

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 3,50 Mk., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Wochenspiegel 10 Pfg. Postabonnementspreis 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile über deren Raum 20 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 20 Pfg. (zweifache Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

**Telegramm-Adresse**  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 22. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die englische Minimallohnvorlage.

London, 20. März. (Eig. Ber.) Die Minimallohnvorlage für Untertagsarbeiter im Kohlenbergbau, die gestern vom Premierminister im Unterhaus eingebracht wurde, bezweckt vor allen Dingen, die streikenden Bergarbeiter zu bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ob dieses Ziel erreicht werden wird, ist noch eine Frage. Aber jedenfalls beweist die Vorlage, daß sich die Regierung bemüht hat, den Bergarbeitern entgegenzukommen, was die Mehrheit der konservativen Organe veranlaßt, von einer schändlichen Kapitulation der Regierung vor den Bergarbeitern zu schreiben. Zwangsbestimmungen enthält die Vorlage nicht; das Recht, zu streiken oder auszusperrn, wird nicht angetastet. Wohl aber wird der Grundsatz aufgestellt, daß der festgesetzte Minimallohn von dem Arbeitgeber bezahlt werden muß. Dieser Minimallohn bildet bei allen künftigen Lohnverträgen eine stillschweigende Voraussetzung. Der Arbeiter kann, wenn ihm ein geringerer Lohn bezahlt wird, die Differenz auf gerichtlichen Wege eintreiben. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft; der Minimallohn tritt mit der Annahme des Gesetzes in Kraft, obwohl er zu der Zeit noch nicht festgesetzt worden ist. Man will also die Bergarbeiter bewegen, die Arbeit so früh als möglich wieder aufzunehmen. Die Vorlage soll nächsten Samstag zur Annahme gelangen.

Wird das Gesetz angenommen, so kann in Zukunft in Großbritannien keine Grube in Betrieb genommen werden, in der nicht den Untertagsarbeitern der festgesetzte Minimallohn gezahlt wird. Die Höhe des Minimallohns wird von gemeinschaftlichen Distriktsämtern festgesetzt werden, die sich aus einer gleichen Zahl Arbeiter- und Arbeitgebervertreter zusammensetzen. In einem Anhängsel zur Vorlage, die aus sechs ziemlich verwickelten Klauseln besteht, werden für 21 Distrikte gemeinschaftliche Distriktsämter festgesetzt. In den meisten Fällen werden jedoch wohl die schon bestehenden Einigungsämter die Funktion der Distriktsämter versehen. Der Vorsitzende eines Distriktsamts soll nach der Vorlage eine unabhängige Person sein, die von beiden Parteien gewählt wird. Stommt es zu keiner Einigung über die Person des Vorsitzenden, so ernannt das Handelsministerium eine passende Person. Der Vorsitzende handelt als Schiedsrichter; er hat die ausschlaggebende Stimme, wenn sich die Parteien nicht einigen können. Er kann also einen Minimallohn festsetzen, der dann fortan ebenso rechtlich bindend ist, als hätte ihn das Distriktsamt beschlossen. Das Distriktsamt beschließt auch die Statuten, die die Anwendung des Minimallohns bestimmen. Es muß darin festgelegt werden, daß alte und invalide Arbeiter den Minimallohn nicht beziehen können. Ferner müssen sie Bestimmungen enthalten über die Regelmäßigkeit und Wirksamkeit der von dem Arbeiter zu leistenden Arbeit. Der Arbeiter soll des Minimallohns verlustig gehen, wenn er diesen Bestimmungen nicht nachkommt, außer in Fällen, in denen er den Bestimmungen nicht nachkommen kann (abnorme Arbeitsstellen, Mangel an Wagen usw.). Die Regelung der Handhabung des Minimallohns wird also den Distrikten anheimgestellt, was auch in Anbetracht der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und Bräuche nicht gut anders möglich war.

Die gemeinschaftlichen Distriktsämter müssen vom Handelsministerium anerkannt werden. Dieses kann die Bedingung stellen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer getrennt als Parteien stimmen müssen und daß der unabhängige Vorsitzende den Ausschlag bei Streitigkeiten geben muß. Das Distriktsamt kann einen besonderen Minimallohn (verschieden von dem allgemein gültigen) und besondere Statuten für gewisse Gruben und gewisse Arbeiter festsetzen. Das Amt hat auch das Recht, den Distrikt in kleinere Bezirke einzuteilen oder sich mit anderen gemeinschaftlichen Distriktsämtern zu einer größeren Körperschaft zu verbinden. Minimallohne und Statuten können jeder Zeit mit Genehmigung beider Parteien verändert werden. Im andern Falle bleiben sie ein Jahr lang in Kraft und ihrer Abänderung muß eine Kündigungsfrist von drei Monaten nach Ablauf des Jahres vorangehen.

Es könnte nun der Fall eintreten, daß sich die eine oder die andere Partei weigert, ein Distriktsamt zu bilden. Für diesen Fall ist vorgesehen, daß das Handelsministerium nach 14 Tagen eine Person ernannt, die an Stelle des Distriktsamts handelt. Sollte ein Amt fünf Wochen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes den ersten Minimallohn und die Statuten nicht geregelt haben, so soll der Vorsitzende des Amtes diese Pflichten erledigen. Die Frist kann jedoch auf gemeinschaftliches Verlangen der beiden Parteien oder auf Antrag des Vorsitzenden verlängert werden. An Stelle eines Vorsitzenden können auch drei gewählt oder ernannt werden, deren Mehrheitsbeschluss bindend ist. Alle Kohlengruben und Eisenbergwerke, in denen Eisenstein flözartig gelagert auftritt, unterstehen dem Gesetz, das auch mit für unterirdisch beschäftigte Arbeiter, nicht für die Obertagsarbeiter und Grubenbeamten gilt.

In der sechsten Klausel wird bestimmt, daß das Gesetz drei Jahre in Kraft bleiben soll, es sei denn, daß das Parlament anders beschließt. Es scheint, als ob die Regierung mit dieser Bestimmung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen will. Einmal will sie ihre nervöse Gefolgschaft trösten und dann will sie den Konservativen, die Aussicht haben, in drei Jahren am Ruder zu sein, ein Bein stellen. Das hat

auch schon den Born konservativer Blätter herborgerufen, die sehr wohl wissen, daß sich das zähe und stets kampfbereite Bergvolk eine Errungenschaft nicht ohne weiteres wieder nehmen läßt. Die liberale Presse setzt eine süß-saure Miene auf, während der größte Teil der konservativen Presse die Vorlage als Schwindel (sham) bezeichnet und nach Zwangsgeboten gegen die Gewerkschaften schreit. In bürgerlichen Kreisen ist niemand mit der Vorlage zufrieden. Man hat das unbequeme Gefühl, daß man einen nicht wieder gut zu machenden Schritt getan hat, der in sehr kurzer Zeit zu großen Umwälzungen im wirtschaftlichen Leben Großbritanniens führen muß. Schon regen sich die Eisenbahner — man spricht von einem Kampf im Monat Mai — und auch die Transportarbeiter schicken sich an, eine Minimallohnbewegung einzuleiten.

Die Frage ist jetzt: Werden die Bergarbeiter die Minimallohnvorlage annehmen und zur Arbeit zurückkehren? Die nationale Konferenz der Bergarbeiter berät augenblicklich über diese Frage. Sie werden jedenfalls verlangen, daß ihre Minimallohntarife für Sauer sowie der Minimallohn von 5 Schilling für andere erwachsene Untertagsarbeiter und der Anfangslohn von 2 Schilling für Knaben der Vorlage einverleibt werden. Ob sie darauf bestehen werden, ist noch nicht sicher. Sollte die Vorlage nicht die Wiederaufnahme der Arbeit bringen, so wird die Regierung, wie Herr Asquith in seiner Rede zur Vorlage andeutete, schärfere Mittel zur Anwendung bringen. Welcher Art diese Mittel sein werden, ist nicht bekannt.

### Verschärfung der politischen Situation.

London, 21. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Ablehnung der Minimallohnvorlage durch den Bergarbeiterverband hat die Regierung in eine kritische Situation gebracht. Denn dadurch wird der Zweck des Gesetzes, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zu erreichen, illusorisch. Man spricht davon, daß die Regierung das Gesetz zurückziehen wolle. Das wäre eine schwere moralische Niederlage. Auf der anderen Seite sind die Konservativen nach Prüfung des Wortlautes des Regierungsentwurfes zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Bill keinerlei Garantien für die Grubenbesitzer enthält. In ihrem Namen wird daher Balfour, der plötzlich wieder aus der Verlenkung auftaucht, heute den Vorschlag machen, den Gesetzentwurf auf 6 Monate zu vertagen, was einer Ablehnung des Regierungsvorschlages gleichkommt. Die Regierung wird sich mithin gezwungen sehen, die Zusatzeinträge, die von den Vertretern der Arbeiterpartei namens des Verbandes der Grubenarbeiter eingebracht werden, anzunehmen oder evtl. die Arbeiterpartei zwingen, gegen das Gesetz zu stimmen, was wahrscheinlich dessen Fall und den Sturz der Regierung bedeuten würde.

### Die Unterhausdebatte.

London, 21. März. Das Unterhaus war heute in allen Teilen dicht besetzt und zwar sowohl wegen der Debatte zur zweiten Lesung der Mindestlohnbill sowie wegen der Tatsache, daß Balfour namens der Opposition die Ablehnung der Bill beantragte. Es ist das erste Mal, daß Balfour seit seinem Rücktritt von der Führerschaft der Opposition an den Debatten des Hauses teilnimmt. Bei seinem Eintritt in das Haus wurde er allgemein mit lautem Beifall begrüßt.

In Begründung seines Antrages, die Mindestlohnbill abzulehnen, erklärte Balfour, niemand sei mit der Bill und ihrer Lösung der schwierigen Lage zufrieden, und eine schwere Verantwortung ruhe auf dem Hause. Das Land habe niemals einer so bedenklichen Krise gegenüberstanden, wenn er auch die ersten Bemühungen des Premierministers Asquith, den Frieden herbeizuführen, anerkenne, so habe doch die Regierung niemals sich und das Haus mehr getäuscht. In ihrem Hauptzweck würde die Bill fehlschlagen, und für die Regierung liege daher keine Veranlassung vor, den Versuch zu machen, diese ungeheure Umwälzung in einer Woche durch das Haus zu erzwingen. Die Opposition werde sich bemühen, die Meinung des Hauses bei der zweiten Lesung auf die Probe zu stellen, aber wenn die zweite Lesung angenommen würde, werde die Opposition ihr Bestes dazu tun, daß die Politik der Regierung erfolgreich sei. Sollte aber die Regierung geschlagen werden, so brauchte deswegen das Haus nicht aufgelöst zu werden, da das Land nicht die allgemeine Verwirrung einer Wahl zu den Schrecken des Streiks hinzutreten lassen könne. Er beantrage die Ablehnung der Bill aus den klaren Gründen einer nationalen und staatsmännischen Politik.

Balfours Rede deutet darauf hin, daß die Opposition die späteren Stadien der Bill nicht obstruieren wird und daß die Lords sie annehmen werden. Premierminister Asquith erklärte, die Rede Balfours sei würdig der kritischen Gelegenheit. Wollte er aber durch seinen Antrag auf Abweisung der Bill der Meinung Ausdruck geben, daß gesetzliche Regelung unnötig sei? Balfours Rede entbehere vollkommen praktischer Hinweise. Die in der Bill enthaltenen Vorschläge seien mit denen identisch, die den beiden Parteien vor drei Wochen von der Regierung unterbreitet worden seien. Die Regierung hätte sich vollkommen unparteiisch gehalten.

Asquith schloß, wir haben durch jede Art von Ueberredung versucht, die Parteien zu einer Einigung zu bringen. Es ist uns nicht gelungen, und die Störung im Kohlenbergbau dauert an. Wir können nicht zugeben, daß die industrielle Bevölkerung des Landes aus Mangel an Kohle leidet. Ist nicht darum eine gesetzliche Regelung notwendig? Er, Asquith, bitte daher das Haus, die Bill anzunehmen, nicht als Teil eines dauernden

Gesetzgebungsactes, sondern als provisorischen und zeitweiligen Notbehelf gegen den augenblicklich herrschenden Notstand. Die Bill sei eine notwendige Vorstufe zu allen weiteren Schritten, die — was Gott verhüte — vielleicht noch getan werden müßten.

## Nach dem Kampf im Ruhrrevier.

Auch am Donnerstag ging die Arbeitsaufnahme im allgemeinen glatt von statten. Einzelne Grubenverwaltungen lassen allerdings ihren Nachgefühlen freien Lauf, die Mehrzahl aber ist zufrieden, wenn sie ihre alten, eingearbeiteten Leute wiederbekommen.

Ob die angedrohten sechs Straffschichten von den Zechenverwaltungen einbehalten werden, läßt sich noch nicht sagen. Die „Kölnische Zeitung“ wußte zu melden, daß der Zechenverband beschloßen habe, die Zechenverwaltungen generell anzuklagen, die sechs Straffschichten in Abzug zu bringen; von anderer Seite wird diese Nachricht jedoch bestritten.

Einige Zechenverwaltungen gaben bekannt, daß, wenn der Christliche Gewerbeverein dies beantragen würde, vom Abzug der Straffschichten Abstand genommen würde. Fest steht jedenfalls, daß einige Zechen die Straffschichten nicht einbehalten werden.

### Streikjustiz im Galopptempo!

Die auffallende Erscheinung, daß schon am Sonnabend voriger Woche und in den ersten Tagen dieser Woche in Castrop, Herne, Dortmund, Bochum Streikfänger zur Aburteilung gelangt sind, findet jetzt eine eigenartige Erklärung.

In Bochum ist festgesetzt, daß den in Untersuchungshaft befindlichen Streikfängern (wahrscheinlich allen) ein Formular zur Unterschrift vorgelegt wird, wonach der Unterschreibende auf die einwöchentliche Frist verzichtet, die nach der Strafprozessordnung zwischen der Ladung und der Hauptverhandlung liegen muß.

In den meisten Fällen wissen die Leute nicht, welche Bedeutung der Verzicht auf dieses Recht hat, und so kommt es denn, daß die Leute binnen wenigen Tagen abgeurteilt werden, ohne auch nur Gelegenheit oder Zeit gehabt zu haben, sich nach Zeugen oder einem Rechtsbeistand umzusehen. Viele wissen auch nicht einmal, daß sie das Recht haben, Beweisanträge zu stellen.

So ist es denn zu verstehen, daß z. B. am Mittwoch ein junger Pole von der Bochumer Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt werden konnte, nur auf das Zeugnis eines einzigen Kriminalschuzmanns hin, während für die Tat, deren er bezichtigt war, etwa 10 Zeugen in Frage kamen, von denen kein einziger geladen war. Der Angeklagte, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, wußte anscheinend nicht einmal, daß er die Ladung von Zeugen beantragen könne. Denn obwohl er unter Tränen beteuerte, daß er nicht gesagt: Werft mit Steinen, sondern: Werft nicht mit Steinen, stellte er keinen Beweisantrag, verzichtete sogar auf Befragen des Vorsitzenden auf das Recht der Revision. Vielleicht hat er sich dazu auch durch den Antrag des Staatsanwalts bestimmen lassen, der 9 Monate Gefängnis beantragt hatte.

Auf diese Weise fällt es nicht schwer, schnell eine Reihe gerichtlicher Fälle von Verletzung von Arbeitswilligen zu erzielen.

### Armer Giesberts.

Großes Leid ist dem herrlichen Sohn von Strehlen, Herrn Giesberts, in den Gefilden Saarabiens, in der ehemaligen christlichen Hochburg Dübweiler am 3. März widerfahren. Er war gekommen, die christlichen Kumpels scharf zu machen gegen die bösen Engländer und die noch schlimmeren Altverbündeten. Doch schon vor Anfang seiner Rede wurde sein Referat vereitelt. Ein christlicher Kamerad sagte nämlich zu ihm: „Sie (die Christlichen) hätten ihn schon oft genug gelüht und soll er seinen Wandwurm, den er aufrollen wolle, bei sich behalten. Besser sei es, er löse die Kumpels an, um zu wissen und in Berlin zu sagen, wie es ihnen in Wirklichkeit gehe.“ Giesberts erklärte, unter diesen Umständen nicht sprechen zu wollen, ließ aber doch dann seinen Wandwurm los. Wenn dies schon am grünen Holz in Dübweiler passiert, wie soll es am dürren in Rheinland-Westfalen werden. Armer „christlicher“ Arbeitswilligengewerkschaftsmitglied! Deine Mitglieder gehen und die Führer sitzen weinend an den Wassern Babylon.

### Der Streik im Zwickauer Kohlenrevier.

Zwickau, 21. März. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) In Zwickau ist der Streik bis zu dieser Stunde unausgesetzt gewachsen. In den Streikbureaus des Bergarbeiterverbandes haben sich bisher über 5000 organisierte und rund 3000 unorganisierte Streikende gemeldet. Im Laufe des Streiks hat die Organisation zirka 500 Mitglieder neu gewonnen. Die Zahl der Streikenden ist jedoch nicht vollständig in die Listen eingetragen. Viele haben die Meldung beim Streikbureau nur darum unterlassen, weil sie als Unorganisierte keine Unterstützung beziehen können. In Wirklichkeit wird die Ziffer der Streikenden auf beinahe 9000 anzugeben sein. Auf einzelnen Schächten ist die Kohlenproduktion ganz wesentlich zurückgegangen. Ein großer Schacht hat seinen Kokssofen eingestellt, weil ihm die Kohlen mangeln. Die Werke versuchen jetzt mit Schredschüssen die Arbeiter einzuschüchtern. Auf dem „Ralkschacht“ ist durch Anschlag bekanntgegeben worden, daß diejenigen, die bis Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, für immer aus der Belegschaftsliste gestrichen werden. Auch andere Werke versuchen diese Manipulationen. Auf den „Krimmschächten“ droht man den Arbeitern mit Abzug der sechs Schichten. Heute ist Genosse Sacke im Streikrevier eingetroffen. Mittags fand eine Revierkonferenz statt, in der beschlossen wurde, nochmals zu versuchen, auf gütlichem Wege mit den



Verlobte zusammenkommen. Die Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, beim Bergamt in Freiberg nochmals eine Vermittlungsverhandlung nachzusuchen. Im Anschluss an diese Konferenz fand im Saale und in dem großen Garten des Lokals „Belvedere“ der erste Generalappell der Bergarbeiter statt. Im Saale standen über 2000 Bergarbeiter Kopf an Kopf gedrängt. Dort sprach Genosse Sachs. Er schilderte zunächst die Ursache des Streikabbruchs im Ruhegebiet und ließ seine Rede anklingen: Nun erst recht streikt hier; es muß dazu kommen, daß die Bergherren den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommen zeigen. Im Garten, wo etwa 5000 Bergarbeiter versammelt waren, sprach der Bezirksleiter Strunz und der Redakteur Genosse Paris. Die Versammlungen nahmen die Beschlüsse der Konferenz einstimmig an. Die Versammlung löste sich dann in aller Ruhe und Ordnung auf. Die Anerkennung der Öffentlichkeit und auch der Polizei über das ruhige Verhalten der Streikenden spricht am besten daraus, daß vor dem Lokal für diese ungeheure Menschenmenge nur ein einziger Schutzmann postiert war.

### Terrorismus gegen Streikende.

In welcher brutaler Weise die Grubenherren ihre Gewalt und ihren Haß gegen die Streikenden geltend machen, beweist folgender Fall: Auf dem Küstnersticht arbeiten seit langer Zeit Vater und Sohn. Der Sohn besuchte die Bergschule seit beinahe vier Jahren und steht in kurzer Zeit vor dem Steigerexamen. Als der Streik ausbrach, schloß sich auch der Vater an und streikte bis Mitte der Woche. Darüber war die Verkleidung so in Wut geraten, daß sie sich mit der Leitung der Bergschule in Verbindung setzte und erreichte, daß von dort aus dem Vater und dem Sohne die Pistole auf die Brust gesetzt wurde: entweder der Vater fährt wieder zur Grube oder der Sohn fliegt aus der (von den Werksunternehmern ausgehaltenen) Bergschule heraus.

### Die Bewegung in Frankreich.

Paris, 21. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Mittwoch trat in Lens der Exekutivauschuss der Nationalen Föderation zusammen, um das endgültige Ergebnis der über die Streikfrage erfolgten Urabstimmung festzustellen. Es erklärten sich danach 122 942 Stimmen gegen die unzulässige Proklamierung des Ausstandes, während 61 682 Stimmen für den sofortigen Streik waren und 9736 Arbeiter sich der Stimme enthielten. Wenn auch diese Abstimmung erkennen läßt, daß die Mehrzahl der Bergarbeiter in Denain von einer sofortigen Arbeitsniederlegung nichts wissen will, so hielt der Exekutivauschuss es doch für angebracht, eine Mahnung zur Disziplin an die Arbeiter ergehen zu lassen.

Sonntag vormittag waren die Delegierten aller Lokalorganisationen des Bezirkes von Anzin in Denain versammelt. Pecant, der Sekretär der Organisationen, erstattete Bericht über eine Beratung zu der das Exekutivkomitee der Nationalen Föderation am Freitag zusammengetreten war. Man nahm dann eine Resolution an, in der der gegen das Exekutivkomitee erhobene Vorwurf der Unschlüssigkeit scharf zurückgewiesen und im Gegenteil auf die Tatsache hingewiesen wurde, daß bestimmte Gewerkschaften der Forderung des Minimallohnens nicht die genügende Beachtung schenken.

Nachdem somit von einem sofortigen Ausstande keine Rede mehr zu sein schien, fand am Abend des letzten Sonntags zu Denain eine allgemeine Bergarbeiterversammlung statt, in der Pecant über die Sitzung vom Vormittag berichtete und die hier gefasste Resolution verlas. Wider Erwarten wurde jedoch in der Versammlung scharfer Widerspruch laut, und als man nach lebhafter Erörterung zur Abstimmung schritt, wurde mit anfänglicher Stimmenmehrheit der Ausstand beschlossen. Am Montag Abend ergab sich, daß auf 5 Schächten von 2280 Bergarbeitern 1650 im Ausstande waren; im Loirebecken streikten Dienstag von 5051 Bergarbeitern 2219.

Der Generalrat der alten Gewerkschaften des Bas de Calais stellt fest, daß der Ausstand entgegen den Beschlüssen des zu Angers abgehaltenen Kongresses ausgebrochen war und sprach sein Bedauern über die Disziplinlosigkeit aus.

### Streik in Amerika.

Cleveland, 20. März. Nach einer Konferenz der Weichkohlengrubenbesitzer und der Bergleute erklärte der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, daß der Ausstand in den Weichkohlenminen, der auf 500 000 Bergarbeiter sich erstrecken werde, am 1. April beginnen würde, falls die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden.

Wilkesbarre (Pennsylvanien), 20. März. Die unabhängigen Grubenbesitzer kündigen an, sie seien bereit, die Forderungen der Arbeiter der Anthrazitkohlengruben zu erfüllen.

## Aufhebung der Liebesgabe und Erhöhung der Branntweinpreise.

Während sich die reaktionären Parteien in heftig abgetönten Worten gegen die geplante Aufhebung der Liebesgabe wenden, überrascht die Spirituszentrale durch die kurze, einfache Mitteilung, daß sie die Spirituspreise um 8 M. erhöht habe. Stehen wirklich beide — die geplante und die vollzogene — Maßnahmen in keiner Beziehung, wie von den Interessenten behauptet wird?

Das Wesen der Liebesgabe und ihr Ruhestoff für die Agrarier besteht darin, daß den Brennern, und vorzugsweise den landwirtschaftlichen Schnapsfabrikanten, ein Extraprofit von 40 bis 50 Millionen Mark jährlich gesichert wird. Wird die Liebesgabe aufgehoben und damit die höhere Steuer für die gesamte Branntweinproduktion eingeführt, so muß das Mehr der Steuer, gleichbleibenden Konsum vorausgesetzt, dem Staate zufließen. Dieser Posten würde auch tatsächlich eintreten, wenn der Konsum gleichbleibend bliebe. Und dafür wieder ist die Voraussetzung, daß die ohnehin sehr hohen Preise nicht weiter erhöht werden.

Die Spiritusproduktion ist aber durch die Spirituszentrale vertrustet. Vertrustung heißt Bindung der Produktion. Beschränkung der Erzeugung bedeutet für den Konsum Verteuerung der Preise. Solange die Möglichkeit der Vertrustung weiter bestehen bleibt, sind Preisgestaltung, Erzeugung und Verbrauchslöhe und damit Steuererinnahme nicht mehr das Resultat des freien Konkurrenzspiels, sondern können von der Spirituszentrale willkürlich beeinflusst werden.

Man ändert auch nicht, daß der Spiritusdring ein direktes Produkt der Gesehgebung ist, die durch den Vergällungszwang für industrielle Brennereien und die Vergünstigung der landwirtschaftlichen Spiritusfabriken erst künstlich das Monopol schuf. Seit 1800, dem Gründungsjahr, ist die Politik der Spirituszentrale dahin gegangen, die Produktion einzuschränken, die Preise zu erhöhen und die Gesehgebungsmaßnahme ihren Zweck dienlich zu machen. Der letzte entscheidende Sieg war die blaue schwarze Branntweinsteuererhöhung von 1909, deren Pläne von der Zentrale entworfen und von der Regierung unbeschadet geschickt wurden. Das Wertvollste dieses Stückchens

„Finanzreform“ ist für die Spiritusfabrikanen gar nicht die Liebesgabe als solche — und die Herren Agrarier schauen seitdem mit einer gewissen Berechtigung spöttelnd dem Streit zu, ob die süddeutschen, ob die ostelbischen Brenner größeren Vorteil von ihr haben —, das Wichtigste ist für sie die durch Gesetz gesicherte Beherrschung des Marktes und Auslieferung der Konsumenten. Solange diese Gesehbestimmungen nicht fallen, verlieren die Spiritusinteressenten nichts und ihr Wehren gegen den Fall der Liebesgabe ist nichts als agitatorische Rache. Argumentiert doch das Junkerorgan sehr hübsch, man dürfe nicht der Opposition diesen Stein des Anstoßes nehmen, sonst würde sie sich hernach gegen andere Bestimmungen des Gesetzes wenden, die den Agrariern noch viel wichtiger sind.

Ehe den Brennern ein Schaden entstehen kann, kommt die Zentrale mit Gegenmaßnahmen schon zuvor. Sie erhöht die Preise; d. h. den Konsumenten wird eine neue Verbrauchsabgabe aufgeschleppt, die in ihrer Höhe den Brennern die fortfallende Liebesgabe ersetzt, den Konsum aber härter als die Liebesgabe drückt. Geht nun infolge der Preissteigerung der Konsum zurück, so wird auch der Steuerertrag reduziert. Nur die Brenner verlieren nichts. Den süddeutschen kleineren Brennern soll die Liebesgabe abgelöst werden. Sie erhalten für ihr „Opfer“ eine bare Entschädigungssumme. Den norddeutschen Brennern entsteht ein anderer Vorteil. Die süddeutschen Spiritusfabriken konnten sich gegenüber den großen im Norden Deutschlands nur durch ihr relativ großes Kontingent halten. Wird ihnen die Liebesgabe genommen, so erliegen sie der Konkurrenz der preussischen Produzenten. Die Konzentration der Schnapsfabrikation würde zunehmen, das Monopol befestigt und die Preisfestsetzung in noch höherem Maße der Willkür der Spirituszentrale ausgeliefert sein.

Die Sozialdemokratie fordert daher neben der Aufhebung der Liebesgabe die Beseitigung der geltenden Branntweinsteuerung überhaupt. Ein Staatsmonopol auf Grund des durch Gesetz begünstigten Monopols der Spirituszentrale würde nur die Macht der Schnapsunternehmungen stärken, anstatt sie aufzuheben.

Ganz unabhängig aber davon, sollte jeder einzelne den Fiskusproduzenten den Tribut an Geld und Gesundheitszerstörung verweigern. Auf die Erhöhung der Preise muß die Verschärfung des Branntweinbottis die Antwort sein!

## Der Krieg.

### Große Truppenabfertigung nach Afrika.

Rom, 21. März. Die 25 000 Mann, die jetzt nach Afrika abgehen, bedeuten keine Verstärkung der dortigen Streitkräfte, sondern sind lediglich dazu bestimmt, den auf Ende März zurückgerufenen Jahrgang 1888 zu ersetzen.

### Italienfeindliche Demonstration in Kairo.

Rom, 21. März. Nach einer Meldung aus Kairo wurde in der dortigen Oper eine Vorstellung gegeben, deren Exträgnis für die Opfer des Bombardements von Beirut bestimmt sein sollte. Bei dieser Vorstellung kam es zu antitalienischen Kundgebungen. Es wurde ein orientalisches Drama gegeben. Der Vorstellung wohnten unter anderem bei Mohammed Ali, der Bruder des Vizekönigs, die Minister und andere höhere Beamte. Zwischen den einzelnen Akten wurden Lieder vorgetragen. Eines dieser Lieder enthielt die wildesten Schmähungen gegen Italien und wurde von den Versammelten mit demontrotem Beifall aufgenommen. Die italienische Kolonie in Kairo ist über dieses Vorkommnis sehr aufgebracht und hat die italienische Regierung aufgefordert, bei England Vorstellungen zu erheben.

## Die Revolution in China.

Die Mächte machen Schwierigkeiten wegen der Finanzierung der Republik.

London, 21. März. Das Reutersche Bureau erfährt aus Peking: In einer Zusammenkunft der Gesandten der sechs Mächte, die an den finanziellen Verhandlungen mit der republikanischen Regierung beteiligt sind, wurde der Beschluß gefaßt, bei Juanshikai gegen Tangschaois modus operandi in der Anleihefrage Einspruch zu erheben und eine endgültige Erklärung über die chinesische Finanzpolitik zu erhalten. Auch soll nach dem Bericht darauf gelegt werden, daß von China, da die sechs Mächte zur Unterstützung bereit sind, ein Nachweis für seine Zuverlässigkeit gefordert wird. Die kausnännischen Kreise drücken ihr Bedauern darüber aus, daß eine derartige Stöckung noch geschaffen worden ist, als die Krise schon für überwunden gehalten wurde.

### Neugestaltung der Verwaltung.

Peking, 21. März. Juanshikai hat bestimmt, daß die Vizekönige und Gouverneure der Provinzen des Nordens und die Hochkommandierenden der Provinzen des Südens während der Uebergangszeit den Titel eines Chefs der provisorischen Regierung der Provinzen führen sollen. — Die Provinzen sind bei Juanshikai schon dahin vorstellig geworden, daß die Gouverneure durch das Volk gewählt werden sollen. Er hat ihnen geantwortet, daß diese Frage späterhin durch die Nationalversammlung entschieden werden wird. Gegenwärtig werden die Gouverneure durch den Präsidenten ernannt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. März 1912.

### Für und wider Arbeiterinteressen.

Aus dem Reichstag, 21. März. Wird die Rache wie du willst, sie fällt doch immer wieder auf die Füße. Die Wahrheit dieses alten Spruches erweisen auch hunschedige und weit absehbende Reichstagsdebatten, wie die des gestrigen Tages eine war: aus ihnen kristallisiert sich doch als Kern immer wieder die Stellung der verschiedenen Parteien für oder gegen die Arbeiterinteressen. Nachdem zu Beginn der Sitzung der Nationalliberale Dr. Wöttinger und sein Fraktionskollege Dr. Juna eine Reform des gesamten Patentrechts verlangt hatten, die auch vom Ministerialdirektor Caspar zugelassen wurde, verbreitete sich Genosse Silberschmidt, der bekanntlich einer der tüchtigsten Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist, über die Frage der Berufsgenossenschaften hauptsächlich in den Baugewerbe. Er wies darauf hin, daß die Kontrolle zur Verhütung der Unfälle bei weitem nicht ausreiche und daß vor allem eine gesunde Fortentwicklung des Bauarbeiter-schutzes dadurch gehemmt werde, daß die Materie der reichsgesetzlichen Regelung entzogen sei. Natürlich bestritt der Ministerialdirektor Caspar, daß der Arbeiter-schutz im Baugewerbe zum Stillstand gekommen sei. Der Zentrumsführer Astor und der Nationalliberale Schulenburg redeten einer Berufsgenossenschaft für den Detailhandel das Wort. Herr Behrens hielt eine Berufsge-

nossenschaft für Gärtner für notwendig und im Gleichklang schöner Seelen fanden sich der Konservative v. Graefe und der schwarze Blockbruder Dr. Dahlem in der Lage über die Schädigung der Landwirtschaft durch „allzu strenge“ Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften. Der Zentrumsarbeiter Hofmann betonte, daß die Revisionen der Berufsgenossenschaften deshalb nutzlos seien, weil sie vorher bekanntgemacht würden.

Die sozialpolitische Debatte schlug heftigere Wellen, als sich Herr Becker-Krnsberg (Z.) über die stets schlechter werdende Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts Zentrums und Sozialdemokratie und zu einer allgemeinen Diskussion über die Reichsversicherungsordnung aus, als die Genossen Wolfenbühler und Hoch mit gewandtem Griff den Zentrumsberren die arbeiterfreundliche Maske vom Gesicht rissen und sie trotz Sträubens und Zappelns in Einzelheiten festnagelten. Daß der Junker Graf Westarp die Gelegenheit benutzte, auf die reaktionärsten Paragraphen der Reichsversicherungsordnung hinzuweisen, versteht sich am Rande. Aber selbst er konnte der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts in allen Fällen keinen Geschmack abgewinnen und Herr Geddeser wußte einen Fall beizubringen, der auf allen Seiten helle Empörung weckte.

In das Gebiet der Reichsversicherungsordnung fiel auch die Anfrage des Genossen Hoch, wie sich eine Aufforderung der preussischen Regierung an ehemalige Offiziere, sich für Beamtenstellen in den Reichsversicherungsämtern zu melden, mit der Zulage des Staatssekretärs verhalte, daß Offiziere derartige Posten nicht bekleiden sollten. Der Genosse Hoch fand dabei die Unterstützung sogar des Herrn Giesberts vom Zentrum, der für die Qualifikation der kleinen Leute für diese Stellen eine Lanze brach und der Ministerialdirektor ritt einen ledernen Gaul von Ausreden vor.

Dany trat der Wilhelmkanal in der Rede des Fortschrittlers Hoff über seine Ufer und plätscherte und plätscherte.

Abends 8 Uhr nationalliberaler Bierabend. Fortsetzung der Reichstagsdebatte heute 1 Uhr.

### Kulturbewegungen.

Das Abgeordnetenhaus legte am Donnerstag die Generaldebatte über das Elementarunterrichtswesen fort. Als erster Redner legte Genosse Hirsch in eindringlicher Darstellung die Forderungen dar, die die Sozialdemokratie nicht nur an ein Volksschulwesen, das dem sozialistischen Ideal entspricht, zu stellen berechtigt ist, sondern bereits an den Gegenwartszustand. Unser Genosse wies die schönfärbische Darstellung energisch zurück, als ob nun bereits der Lehrermangel behoben sei; er geißelte die jeder gesunden Pädagogik höhnpredende übermäßige Durchschnittsklassenfrequenz, er brandmarkte das System des Häufens, wie überhaupt der läblichen und gewerkschaftlichen Arbeit. Den Junkern und ihren Freunden, die durch Zwischenrufe das Los der armen Hülftinder gewissermaßen als Jogh und permanente Sommerfeste darstellten, rief er, doch ihre eigenen Kinder einmal dazu herzugeben oder selbst die Nähe zu hüten. Auch die Vorstöße gegen die Wahl- und Gewissensfreiheit der Lehrer wies Hirsch in schärfster Form zurück.

Dabei rechnete unser Genosse auch kräftig mit dem unglücklichen Zentrumspädagogen Dr. Geh ab, dessen kindische Witzchen und dreisten Denunziationen er dem Gelächter aller Einsichtigen preisgab. Er belächelte nicht minder unerbittlich die unsäglichen Milliarden- und dieses genialen Statistikers, wie die beispiellose wissenschaftliche Rückständigkeit und fanatische Intoleranz dieses Rüstlers eines Kreis-schulinspektors. Ramentlich die Zitterung einer katholischen Ratgeberleuchte von der Unversität Münster, die in wahrhaft grotesker Weise das Innere der Erbkugel als Begefeuer und Hölle beschrieb, bereitete Herrn Geh und der übrigen schwarzen Garde bitterböse Minuten.

Die Ausführungen des nationalliberalen Abg. Hackenberg, eines liberalen Geistlichen, der nach dem Genossen Hirsch zunächst das Wort erhielt, wirkten sympathisch, nicht nur wegen der formvollendeten Art seines Vortrages, sondern auch wegen des Inhalts. Daß wir in vieler Beziehung von ihm abweichen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Aber das hindert uns nicht, anzuerkennen, daß Herr Hackenberg von dem ersten Bestreben befeelt ist, auch den sozialdemokratischen Schulforderungen Verständnis entgegenzubringen, und daß aus seinen Worten warme Liebe für die schulpflichtige Jugend und die Lehrer herausklingt. Seine Anregung, man dürfe nicht jeden Lehrer zur Erteilung von Religionsunterricht zwingen, verdient die weitgehendste Beachtung.

Von einem ganz anderen „Geiste“ ist sein Amtsbruder, Abg. Deckert (L.), befeelt, ein Mann, der nicht nur politisch auf dem äußersten Flügel der Rechten steht, sondern der auch auf kirchlichem Gebiet ein extremer Fanatiker ist. Von dem Wesen der Sozialdemokratie hat er keine Ahnung, die Volksschule ist ihm nicht in erster Linie Bildungsanstalt, in den Lehrern erblickt er Beauftragte des Klassenstaats, die auf Befehl bald rechts, bald links einschwenken müssen, und die Religion ist ihm ein Mittel zur Unterjochung der Massen, der Kampf gegen die Sozialdemokratie erscheint ihm die wesentlichste Aufgabe der Christenheit.

Zwischen beiden Geistlichen sprach ein Schulmann, der Abgeordnete Ernst (W.), der die Angriffe gegen die Lehrer abwehrte und für den Religionsunterricht in den Volksschulen eintrat. Die Fortschrittler können sich, wie sie das in den letzten Tagen wiederholt dokumentiert haben, nicht zu der programmatischen Forderung der Beseitigung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Volksschule auflassen, sie sind für eine Trennung von Schule und Kirche nicht zu haben, sondern bleiben, wie immer, auf halbem Wege stehen.

In die Debatte griff auch der Kultusminister ein, um an der Hand von Zahlen zu beweisen, was Preußen alles für die Volksschule tut. Daß sich die Verhältnisse in den letzten Jahren gebessert haben, ist von unserer Seite niemals bestritten worden, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß noch viel, recht viel zu tun übrig bleibt, ehe die Volksschule ihres Achtenbrödelcharakters entkleidet ist.

Nach einigen Klagen des Abg. Rissen über die Zustände in Nordschleswig und einer Attacke des immer looser werdenden Abg. Geh (Z.) gegen Sozialdemokratie und Liberale wurde die Debatte auf Freitag vertagt.

### Bethmann Hollweg und Tirpitz.

Zur Ministerkrise läßt sich die „Post“ von einer, wie sie behauptet, „vorzüglich unterrichteten“ Seite schreiben, daß die Meldungen über Unstimmigkeiten und die bevorstehenden Veränderungen in den höchsten Regierungsämtern, trotz beharrlicher amtlicher Leugnung, einen tatsächlichen Hintergrund haben. Allerdings von einer „alten Kanakerkrisis“, die den unmittelbar bevorstehenden Rücktritt Bethmann Hollwegs und seine Ersetzung durch Tirpitz im Gefolge habe, könne keine Rede sein. „Wenn man überhaupt von einer Kanakerkrisis sprechen will, so muß man den Begriff doch erheblich weiter fassen.“



Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Stellung des Kanzlers in der Kaiserlichen Gunst nicht mehr so fest und unerschütterlich ist, wie sie es noch bei Abschluß des deutsch-französischen Marokkovertrages war. Der jämmerliche Ausfall der Reichstagswahl hat den Kaiser ziemlich peinlich berührt, und der Kanzler hat nicht verstanden, den Eindruck gänzlich zu verwischen, daß die Regierung an dem Ausfall der Wahl doch nicht so ganz unschuldig sein könne. Diese Auffassung ist dann durch das politische Chaos verstärkt worden, welches nach den Wahlen und nach dem Zusammentritt des Reichstages bei uns Platz gegriffen hat, und das schlechterdings nicht zu überbieten ist. Schließlich haben auch einige mehr persönliche Fragen zu dieser Entwicklung der Dinge beigetragen, zu denen man vielleicht auch die Art und Weise rechnen kann, wie Herr v. Bethmann-Hollweg die ihm unbehaglich gewordenen Mitarbeiter zu befechtigen für gut befand. . . . Das alles hat zusammengewirkt, um die Stellung des Kanzlers, wenn auch nicht unhaltbar zu machen, so doch nicht weniger zu erschüttern. Wenn trotzdem von einer akuten Kanzlerkrise nicht gesprochen werden kann, so liegt das vor allem daran, daß für eine solche der unmittelbare Anlaß fehlt, und daß die Frage der Nachfolgerschaft eine so schwierige ist. Unter den höheren Reichsbeamten befindet sich tatsächlich niemand, dem eine besondere Eignung für diesen durch die Sünden der Vorgänger außerordentlich schwierig gewordenen Posten nachgerühmt werden kann, und die Ernennung des Staatssekretärs v. Tirpitz zum Reichskanzler, die an sich viele Gründe für sich haben würde, kann schon aus der einfachen Ermägung heraus für ausgeschlossen gelten, daß Herr v. Tirpitz als Kanzler ein Programm bedeuten würde, das auf die deutsch-englischen Beziehungen doch manche bedenklichen Rückwirkungen zu zeitigen vermöchte. . . .

Sind die Gerüchte über eine bestehende Kanzlerkrise zurzeit also gegenstandslos, so dürften sie in der Tat ihr Ziel treffen, wenn sie von einem in näherer Zeit bevorstehenden Rücktritt des Staatssekretärs des Reichskanzlers sprechen. Herr v. Siderlen-Waechter trägt sich nicht erst seit gestern mit der Absicht, aus seinem Amte zu scheiden, sondern er ist im Laufe des Winters schon mehrere Male drauf und dran gewesen, seine Entlassung aus dem Staatssekretariat nachzusuchen.

Es wird dann ausgeführt, daß Siderlen-Waechter nie besonders fest in der Gunst des Kaisers gestanden habe, und daß auch seine Beziehungen zum Reichskanzler nicht immer ungetrübt waren. Der Kanzler betrachtet das Gebiet der auswärtigen Politik als eine Domäne, deren Bewirtschaftung seiner „Staatskunst“ bedürfe. Besonders die Frage der deutsch-englischen Beziehungen werde vom Reichskanzler als Stiefkinder geritten, und die in dieser Hinsicht geführten Verhandlungen haben teilweise unter einer ziemlich brüskalen Umgehung des Staatssekretärs stattgefunden. Das alles hätte Siderlen-Waechter antismüde werden lassen. Inwieweit auch das Schicksal des Herrn Bernuth mitbestimmend auf die Rücktrittsabsichten gewirkt habe, könne dahingestellt bleiben, aber dessen Behandlung habe weit über die Kreise der höheren beamteten Persönlichkeiten hinaus eine tiefgehende Verstimmung gegen den Kanzler erzeugt.

Schließlich meint der Mitarbeiter der „Post“ sogar, daß die Entscheidung über die Krise wohl schon gefallen sei, sonst würde der Kaiser jetzt nicht seine Reise nach Korsu antreten. Nach unseren Informationen trifft diese Vermutung nicht zu, die Krise ist nicht beendet; das Duell Bethmann-Hollweg-Tirpitz ist nur etwas hinausgeschoben, weil der Kaiser reisen möchte.

### Das Reichstagspräsidium bei Hofe.

Donnerstag mittag waren die drei Reichstagspräsidenten bei Wilhelm II. Nach dem Bericht hat der Kaiser dem Präsidenten seine besondere Befriedigung über die rasche Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks ausgesprochen. Er hoffe, daß der Streik keine allzu große Schädigung für die deutsche Volkswirtschaft gebracht habe. Nach einem Hinweis auf die schweren Arbeiterkämpfe in England sprach der Kaiser dann die Hoffnung aus, daß es bald gelingen werde, die neue Wehrvorlage im Reichstage zur Annahme zu bringen.

Nach anderen Berichten berührte Wilhelm II. auch die Flottenrede Churchills und wies auf die Wichtigkeit der seit zehn Jahren von Deutschland verfolgten Flottenpolitik hin. Das Gespräch war sehr einseitig. Eine lebhafte Diskussion konnte sich nicht entwickeln, da die empfangenen Herren sich allzu große Reserve auferlegten.

So unterließen sie es, darauf hinzuweisen, daß der Streik zugunsten der Reichsherrschen beendet worden ist, woran neben dem Verrat der liberalen Regierungspartei die Entsendung des Militärs die Schuld trägt. Ebenso wenig haben die Herren Wilhelm II. darauf aufmerksam gemacht, daß die von ihm irtümlicherweise für richtig gebaltene deutsche Flottenpolitik zu dem Aufstande in China geführt hat, der eine beständige Bedrohung des europäischen Friedens darstellt.

Trotzdem die Herren dies alles unterließen, haben sie aufs neue gezeigt, daß diese Art Empfang nur ein höflicher Gulbigungsakt ist ohne jeden politischen Sinn, der ihn rechtfertigen könnte.

Die beiden Fortschrittler, die dem Präsidium angehören, haben scheinbar um den Empfang nicht nachgedacht. Herr Pasche scheint sich da allein bemüht zu haben. Als die Herren Raempp und Dove aber gefragt wurden, ob sie trotz der Abweisung, der sie Herr v. Bethmanns Haltung ausgelegt hatte, der Einladung Folge leisten würden, haben sie zugestimmt.

Immerhin hat die Haltung der Sozialdemokratie also so viel bewirkt, daß diesmal sich nicht das Präsidium an den Kaiser, sondern der Kaiser oder Herr v. Bethmann in seinem Nebenamt als Oberhofzeremonienmeister sich an das Präsidium bemühen mußte.

### Der 21. März 1871.

Am 18. Januar 1871 wurde das Deutsche Reich, in Wirklichkeit ein lösslich gemischter Staatenbund mit Separatkonfessionen und republikanischer Spitze, ohne daß das Volk gefragt worden wäre, in Versailles durch eine Fiktionserklärung neu geboren. Erst danach wurden die Verträge den Kammern der einzelnen Staaten zur Ratifikation vorgelegt. Die vor Versailles erfolgte Anfrage des republikanischen Führers Friedenthal im norddeutschen Reichstag, ob das deutsche Volk nicht ein Oberhaupt bekommen werde und ebenso der dreißigköpfige Deputationszug unter Posters Führung nach Versailles waren nichts weiter als reichlich schlecht inszenierte Komödien.

Das deutsche Volk sprach zum ersten Male in seiner neuen reichlich schädigen Einheit am 3. März 1871, bei den Wahlen zum ersten deutschen Reichstag. Am 21. März 1871 wurde der erste deutsche Reichstag eröffnet. Als Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Deutschlands sahen Webel, der in Glauchau-Meerane gegen den bürgerlich demonstrierenden Schulze-Delphisch glatt segte, und Schrapss — in Zwickau-Grummitzhausen gewählt, zwischen den frisch begeisterten Patrioten,

Trotzdem die Wahl für die selbständig denkende Arbeiterbewegung in die unangenehme Zeit fiel, brachte sie doch 101 927 Stimmen. Rund 3 Proz. der überhaupt abgegebenen Stimmen. Es entfielen 62 052 auf die Sozialdemokraten und 38 875 auf die Eisenacher. Die Sozialdemokraten brachten drei ihrer Kandidaten in die Stichwahl, in der sie zusammen unterlagen. Die Eisenacher konnten Webel und Schrapss in den Reichstag senden.

Die einzige wirkliche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, hat am ersten Tage im deutschen Reichstage gesessen, sie ist heute die stärkste Partei Deutschlands!

### Der Dreihundneunzigste.

Deutschland verbraucht wie irgendein anderer parlamentarischer Staat sehr viel Minister. Der sechsen abgehaltene Bertram ist seit dem Antritt der Regierung durch Wilhelm II. der Dreihundneunzigste. Mit anderen Worten, Wilhelm II. Regierung braucht im Durchschnitt alle vier Monate einen neuen Minister. Angesichts der Tatsache, daß in diesem Verus die Nachfrager das Angebot fast immer überflügelt, muß es verwunderlich erscheinen, wie eifrig gerade unter Bethmann Hollweg, der als Dreihundachtzigster an die Regierung kam, das kündigungslöse Entlassen der Minister geregelt wird. Die Dienstmädchen oder richtiger die Köche der deutschen Steuer- und Reichspolitik scheinen wirklich nicht allzuviel zu taugen — oder sind's andere Gründe?

Unter Bethmann Hollweg wurde die „Homogenität“ — ein philosophisches Wort — des Ministeriums zehnmal von neuem hergestellt. Es verschwand:

Kriegsminister v. Einem, Kultusminister Hofe, durch Tod, Kolonialsekretär Dernburg, Kolonialsekretär v. Binckewitz, Minister des Innern v. Kolbe, Landwirtschaftsminister v. Arnim, Finanzminister v. Rheinbaben, Minister des Auswärtigen v. Schön, Justizminister Rieberding, Reichsschatzsekretär Bernuth, Bethmanns Position soll auch wackelig sein. Dem können wir bestimmt widersprechen. Der philosophische Reichskanzler geht erst als Hundertster! Das wäre das einzige Ganze, was von ihm erreicht werden möchte.

### Der Arbeitsplan des Reichstages.

Die geistige Fehlbildung verschiedener Mütter, monach im Seniorenkongress des Reichstages vereinbart worden sei, die Reichstagsverhandlungen erst am 20. April wieder aufzunehmen, ist unrichtig. Es ist auch mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Fertigstellung des Etats kaum anzunehmen, daß der Reichstag einem etwa auf Verlängerung der Osterferien gerichteten Antrag der Regierung zustimmen würde.

### Oesterreich.

#### Abschaffung des Zahlenlottos.

Der Finanzminister hat dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage auf Erhebung des Zahlenlottos durch die Klassenlotterie eingebracht. Das Zahlenlotto soll allmählich eingeschränkt und dann aufgehoben werden, wenn die Klassenlotterie 20 Millionen Ertrag liefert.

#### Illustrierte Interpellationen.

Unter den mehreren Dutzend Interpellationen, die in jeder Sitzung des Abgeordnetenhauses, auch der Landtage, eingebracht werden, sind immer etliche, die fragen, was die Regierung gegen einen solchen Willkürakt tun wolle, wie es die Konstitution des folgenden Artikels, Flugblattes, Buches sei. (In Oesterreich gibt es keine mündliche Begründung der Interpellationen und eine Besprechung nach der Beantwortung ist selten.) Nun kann der illustrierte Text wieder abgedruckt werden, denn er ist als Bestandteil der Parlamentsverhandlungen immunisiert gegen die Konstitutionsbazillen. Auf diese Weise wurde sogar das kommunistische Manifest und — Wilhelm Busch' „Heiliger Antonius von Padua“ freigemacht werden. Nun hat der Oberste Gerichtshof festgestellt, daß auch einer Interpellation beigefügte Bilder nicht mehr verfolgt werden dürfen, was einen wirksamen Schutz der politischen Witzblätter gegen Zensurwillkür bedeutet.

### Italiens.

Im Abgeordnetenhaus wurde darauf aufmerksam gemacht, daß im Gegensatz zur strengen Fernhaltung aller anderen Schülervereinigungen die marianischen Kongregationen geschützt werden und daß der Erzbischof Kohl von Wien den Kaiser bestimmt hat, das Protektorat über den eucharistischen Weistuhlgang im September zu übernehmen, sowie den inneren Burgthof zu einer heiligen Demonstration herzugeben.

### Frankreich.

#### Der Flieger als Reklamekandidat.

Marseille, 21. März. Der bekannte Aviatiker Bedrines, der bei den Kammerwahlen im Departement Aude durchgefallen war, hat sich nunmehr entschlossen, die Kandidatur der nationalen Partei in Aig en Provence, die er anfangs ausgeschlagen hatte, doch anzunehmen. Er hat bereits angekündigt, daß er morgen in Salon mit seinem Aeroplan erscheinen wird, um mit der Wahlpropaganda zu beginnen.

### England.

#### Churchill über die deutsch-englische Flottenverhandlung.

London, 20. März. Unterhaus. Im Laufe der Debatte ergriff der Erste Lord der Admiralität Churchill das Wort und führte etwa folgendes aus: Murray Macdonald hat die Regierung aufgefordert, eine Politik energischer Flotteneinschränkungen einzuschlagen. Ich muß daran erinnern, daß Campbell Fannerman einen sehr ersten Versuch in dieser Richtung in den ersten zwei Jahren seiner Amtstätigkeit gemacht hat. Man hätte glauben sollen, daß nach dieser Einladung nicht durch Worte, sondern durch Taten ein Nachlassen oder wenigstens keine Erhöhung des Flottenprogramms der nächststärksten Seemacht eingetreten wäre. Das Bauprogramm dieser Macht wurde jedoch erweitert, so daß in dem Jahre, in dem wir nur zwei Schiffe bauten, die nächststärkste Macht mit dem Bau von vier Schiffen begann. Das ist der Standard zwei Kiele gegen einen, aber von der umgekehrten Seite. (Heiterkeit.) Ich wünschte, ich könnte mich zu dem Glauben bekehren, daß eine plötzliche Einschränkung von unserer Seite Bestrebungen beseitigen wird, die wir beklagen. Aber ich glaube nicht, daß es geschehen würde. Wenn dem so ist, so kann die Admiralität ihrerseits nicht viel tun, um den Wettstreit in den Rüstungen zu verringern. Trotzdem kann sie jedoch drei Dinge tun: Wir können aus unseren Marinedisussionen und aus unserer Flottenpolitik Elemente der Ungewißheit und des Argwohns entfernen. Ich hoffe, das Haus wird einsehen, daß ein Versuch voranzuschauen und die zukünftige Lage vorherzusehen, die Wirkung haben wird, die Ungewißheit in unserer Flottenpolitik zu beseitigen, so daß die Notwendigkeit vermieden wird, alljährlich lange und ins einzelne gehende Begründungen und beständige Zugeständnisse auf die Baupläne der anderen Mächte anzustellen. Seit

einiger Zeit sind Verhandlungen im Gange zwischen England und Deutschland für den Austausch von Informationen über die Flotten, und ich vermute das Haus, daß wir sicherlich sehr froh sein werden, wenn die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen. Wir haben in unserem Flottenbauprogramm durchaus nichts zu verbergen. Wir sind immer bereit und werden immer bereit sein, wissen zu lassen, welche Schiffe sich im Bau befinden und — in allgemeinen Umrissen — wann diese Schiffe voraussichtlich vollendet sein können, vorausgesetzt natürlich, daß wir von der anderen Seite in gleicher Weise informiert werden.

Lee fragte, den Minister unterbrechend, ob beabsichtigt sei, diese Mitteilung irgendeiner fremden Macht zu machen, bevor sie dem Parlamente gemacht worden sei. Minister Churchill antwortete: Nein, was wir vermeiden möchten, ist die Vermutung, daß sich andere Schiffe im Bau befinden, als diejenigen, die in den regulären amtlichen Berichten ausgewiesen sind. Das Haus weiß, daß in früheren Jahren hierdurch Argwohn und Mißstimmung verursacht worden ist. Es würde ein großer Vorteil sein, wenn dieses Element des Argwohns aus den maritimen Beziehungen der beiden Großmächte ausgeschaltet werden könnte, und wir würden auf diesem Wege eine sehr große Strecke zurücklegen, falls uns entsprechende Möglichkeiten von der anderen Seite gewährt würden. Ich hoffe, daß wir instande sein werden, den Argwohn zu beseitigen, und schließlich ist es, wenn wir unseren Anspruch auf die vorherrschende Stellung zur See geltend machen, wie wir es zu tun beabsichtigen, auch unsere Pflicht, uns so zu verhalten, daß die anderen Nationen fühlen, daß die Großmacht und die Verantwortlichkeit, die für uns eine Notwendigkeit sind, in einer Art werden angewendet werden, die für keinen eine Drohung ist und eine Fürsorge für alle (trist held for all). (Lauter Beifall.)

Das Unterhaus hat den Mannschaffsbestand der Flotte, wie er im Etat vorgegeben ist, einstimmig genehmigt.

### Die Anklage gegen Tom Mann.

London, 21. März. Der Arbeiterführer Tom Mann wurde heute dem Polizeigericht in Salford vorgeführt unter der Beschuldigung, Soldaten zum Ungehorsam aufgereizt zu haben. Eine Bürgschaftsleistung wurde abgelehnt und Tom Mann auf eine Woche in Untersuchungshaft zurückgeschickt.

Das Vorgehen der Regierung scheint, wie man uns aus London schreibt, als ein Verühigungsmittel für die wilden Streifen der Scharfmacher gedacht zu sein, die absolut haben wollen, daß die großartige und ruhige Bergarbeiterbewegung eine Demonstration des in England nur in kümmerlichen Ansätzen vorhandenen Syndikalismus ist.

### Marokko.

#### Ein erstes Gefecht im Wulujagebiet.

Paris, 21. März. Wie aus Udschda gemeldet wird, fand am 18. März zwischen der aus 1500 Mann Fuhrtruppen, Reiterei und Artillerie bestehenden Kolonne des Majors Binotau und dem durch die Araber verstärkten Stamme der Beni Urain auf dem rechten Wuluja-Ufer ein überaus heftiges Gefecht statt. Erst nach sechsständigem Kampfe zogen sich die Marokkaner, die beträchtliche Verluste erlitten hatten, aus dem Gebiete des Wuluja zurück. Die Franzosen hatten zehn Tote.

### Aus der Partei.

#### Weitere Gemeinde-Wahlsiege in Schlesien.

In Peterswaldau wurden in der dritten Abteilung ein Mandat behauptet und ein neues erobert. Die Gegner erhielten 119, unsere Genossen 835 Stimmen. — In Weigeltsdorf wurde ein Genosse gewählt. Damit zieht der erste Sozialdemokrat in die Gemeindevertretung ein. — In Rausse, Kreis Neumarkt, wurde ein zweiter Sozialdemokrat gewählt.

#### Eine mißglückte syndikalistische Laceration.

Paris, 14. März. (Fig. Ver.) Der Gewerkschaftskongress in Amiens hat bekanntlich erklärt, daß die Arbeitskonföderation alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen, religiösen oder philosophischen Meinungen vereinigen will. Dieses Prinzip der Neutralität steht aber freilich für manche Syndikalisten nur auf dem Papier — nämlich für jene, die im Syndikalismus ein Mittel sehen, die sozialistische Partei zu unterminieren und die Arbeiterschaft dem anarchischen Konfusionsismus zuzuführen. Als nun der sozialistische Parteitag in Lyon es zurückgewiesen hatte, die Genossen Compère-Morel und Chesaux wegen ihrer im Parlament am 2. Dezember vorgebrachten Erklärungen gegen die von den heutigen Konföderationsleitern bevorzugte Taktik der „direkten Aktion“, der Sabotage usw. zu beurteilen, erklärte die „Detaillé Syndicaliste“, die sozialistische Partei habe damit der C. G. T. den „Krieg erklärt“ und in Paris wurde eine Agitation unternommen, die darauf hinauslief, die der Partei angehörenden Gewerkschaftsmitglieder zum Austritt zu bewegen. Die Unredlichkeit dieser Agitation wird durch die Tatsache beleuchtet, daß sie den Parteitagbeschlüssen, der ausdrücklich die Autonomie der Gewerkschaftsorganisation anerkennt, nach ihrem Bedürfnis umlog; ihre demagogische Debnarbeit durch den widerlichen Standal, der vor ein paar Tagen in einer Versammlung von Gemeindevählern es dem Genossen Compère-Morel unmöglich machte, zugunsten der Parteikandidaten zu reden. Die als „Syndikalisten“ verkleideten Anarchisten möchten also das Neutralitätsprinzip durch eine gegen die sozialistische Partei gerichtete Ausnahmeverordnung einschränken und von allen „Meinungen“ nur diejenige mit dem Vorn belegen, die den derzeit im Konföderationskomitee vorherrschenden Tendenzen die in der Gewerkschaftsinternationalen vorherrschenden vorzieht.

Der erste Angriff dieser Gruppe ist indes ohne Miße abgeschlossen worden. Für die gestern von den Propagandisten der Parteisektion einberufene Versammlung hatte die „Detaillé Syndicaliste“ ihre Freunde zusammengetrommelt. Allzustark besucht war die Versammlung nicht, es waren zwischen 200 und 300 gewerkschaftlich organisierte Parteimitglieder da, sie fand allerdings in dem von den Arbeitervierteln weit entlegenen Stadtzentrum statt. Vermutlich aber hat die große Mehrheit der sozialistischen Gewerkschaftler das Geändert. (Heiterkeit.)

Die betrübten Vorgesetzten der „Detaillé Syndicaliste“ geben heute ihrem Aerger dadurch Ausdruck, daß sie von einer Mißtrauens-Resolution sprechen, die dem Parteitagkongress gefolgt sei. Diese Unzuständigkeit wird wahrhaftig dadurch nicht geringer, daß sie sich gegen den Führer des bestorganisierten aller Pariser Ausländer richtet, der mit vollem Recht gestern auf den Vorwurf des Reformismus — Pioncelle ist ein alter Gueddit — antwortete: „Der Reformist, der ich bin, hat in seinen Akten mehr Streiklage als die bedeutendsten revolutionären Föderationen der C. G. T.“



# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Der Lohnkampf der Herrenmahlschneider.

Die Zahl der Firmen, die den neuen Tarifvertrag anerkennen, ist noch immer im Steigen begriffen. Bis gestern waren es 280 Firmen — unter ihnen 9 Mitglieder des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes —, die unterschrieben haben, und sie beschäftigen 2810 Arbeitnehmer. Während jener Verband nach außen hin noch keine Reue zeigt, dem Kampf ein Ende zu machen, erwacht für ihn eine Gefahr daraus, daß die lokale Organisation der Arbeitgeber vor dem Abschluß eines korporativen Tarifvertrages steht und damit allen ihren Mitgliedern einen ruhigen Fortgang der Arbeit sichert. Größtenteils haben die lokalorganisierten Firmen als einzelne die Vereinbarungen unterschrieben, und wie weit die Sache im übrigen gediehen ist, ergibt sich aus folgendem Schreiben, das gestern auf Anfrage des Arbeitgeberverbandes selbständiger Schneidermeister Berlins" dessen Vorsitzenden zugesandt wurde:

Herrn Karl Biele.

Unter bösslicher Begünstigung auf unsere wiederholten Verhandlungen und das von Ihnen überreichte Statut bitten wir Sie, uns nun die Mitglieder Ihrer Organisation zu bezeichnen und zu erklären, ob dieselben, soweit sie bisher den Vertrag noch nicht anerkannt haben, bereit sind, den Vertrag anzuerkennen. Im Falle diese Mitglieder sich weigern sollten, den Vertrag anzuerkennen, machen wir darauf aufmerksam, daß dieselben dann von Ihnen nicht mehr vertreten werden können und sich zu entscheiden haben, ob sie künftig zu Ihnen gehören wollen oder nicht.

Sobald in dieser Hinsicht Klarheit über den Bestand Ihrer Mitglieder geschaffen ist, sind wir bereit, den Vertrag mit Ihnen in aller Form korporativ abzuschließen mit der Maßgabe, daß dann für Ihre Mitglieder alle Verhandlungen ausschließlich mit Ihnen geführt werden. Der Vertragsabschluss würde sich in gleicher Weise erledigen, wie dies mit dem „Adav“ geschieht. Des weiteren bitten wir Sie, uns mitzuteilen, ob Sie bereit sind, an der Tarifierung der noch nicht tariflich geregelten Geschäfte mitzuwirken.

Ihrer gefl. Rückantwortung sehen wir entgegen.

Hochachtungsvoll

(folgt Unterschrift).

Wie wenig man im zentralen Arbeitgeberverband oder in dessen hiesiger Ortsgruppe mit der nötigen Umsicht zu Werke geht, beweist die Tatsache, daß von seiner Seite gestern an die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes der Wunsch nach einer Abschrift des bei den Frankfurter Verhandlungen von den Arbeitgebern selbst vorgelegten Ultimatum gerichtet wurde. Es handelt sich hierbei um eine umfangreiche Tarifvorlage oder eigentlich um zwei Vorlagen, denn der Tagelöhnerlohn kommt auch in Frage, und die Herren wissen nun offenbar nicht einmal mehr, was sie damals eigentlich für Angebote gemacht haben. Auf Seiten der Ortsverwaltung des Schneiderverbandes fühlte man sich nicht veranlaßt, dem Wunsch zu willfahren, und zwar mit Rücksicht auf die brüske Form, die die Berliner Arbeitgeber sich in Frankfurt a. M. von ihren Münchener Kollegen den Arbeitnehmern gegenüber diktierten ließen.

Im übrigen ist nach dem, was uns mitgeteilt wird, in den letzten Tagen festgestellt, daß die Firma Hermann Hoffmann bei einer großen Konfektionsfirma Ulster hergestellt läßt, die die Kundenschaft mit den hohen Preisen für Maharbeit bezahlen muß. In derselben Weise soll es auch die Firma Wolf u. Keller machen. Solche Nachschüsse müssen, da sie ja doch der Kundenschaft auf die Dauer nicht verborgen bleiben können, dazu führen, daß man sich eben lieber gleich der Konfektion zuwendet. Andererseits wird aber auch der Schneiderverband dafür sorgen, daß die betreffenden Arbeitgeber verhindert werden, solche Dinge zu treiben, und zwar dadurch, daß die Konfektionschneider solche Arbeit zurückweisen.

Die Vertrauensmänner der Herrenmahlschneider hielten am Mittwoch wiederum eine Versammlung ab, in der über den Stand des Streiks berichtet wurde. In der Diskussion wurde dann sowohl seitens der Streikenden, wie seitens der zu den neuen Bedingungen Arbeitenden an die Verwaltung die Aufforderung gerichtet, unter den vorliegenden Umständen auf keinen Fall nachzugeben, sondern den Kampf mit ganzer Kraft fortzusetzen. Es bedurfte übrigens dieser Aufforderung eigentlich nicht, denn in der Verwaltung herrscht ganz dieselbe Auffassung wie unter den Mitgliedern.

## Der Streik in der Kartonindustrie.

Zwischen den Parteien ist eine Verständigung nicht zustande gekommen. Es mußte das Einigungsamt des Gewerbegerichts einen Schiedsspruch fällen. Der nach dreistündigem Beraten entstandene Schiedsspruch enthält in der Hauptsache die folgenden Bestimmungen: Die Arbeitszeit beträgt für das männliche Personal 52½ Stunden, für das weibliche Personal 50 Stunden pro Woche. An den Tagen vor den hohen Festtagen: Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Silvester, ist Schluß der Arbeitszeit um 1 Uhr mittags. Die Lohnfrage fand folgende Regelung: Es betragen die

Minimallöhne für Hilfsarbeiter pro Woche: im Alter von 17 Jahren 16 M., von 18 Jahren 18 M., von 20 Jahren 20 M., von 21 Jahren 22,50 M., nach dieser Zeit 25 M.

Minimallöhne für Vohnarbeiterinnen: im ersten Vierteljahr der Berufstätigkeit der freien Vereinbarung überlassen, im zweiten 10 M. pro Woche, im dritten 12 M., im vierten 14 M., nach dieser Zeit im ersten Jahre 16 M., von da ab 18 M.

Aktordlohn für Arbeiterinnen: Die Aktordlöse für Handarbeiter sind um 10 Proz., die für Raschneiderinnen um 7½ Proz. zu erhöhen. Arbeiten, für die ein verhältnismäßig niedriger Preis gezahlt wird, sollen mehr berücksichtigt werden.

Für die Heimarbeitnehmerinnen gelten die gleichen Affordlöse für gleiche Artikel wie für die Werkstattarbeiterinnen. Für den aus den betreffenden Betrieben zu entnehmenden Veim wird eine Vergütung von 6 Proz. gewährt.

In besonderen Bestimmungen werden den Arbeitern dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 616) entsprechende Vergünstigungen zugesprochen.

Bestehende, über den Tarif hinausgehende höhere Löhne, sowie bestehende bessere Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.

Alle, die den im Tarif festgesetzten Lohn bereits beziehen, erhalten eine Zulage von 1 M. pro Woche. Die zur Beförderung der Geschäfte des Verbandes genährten Vertrauensleute können wegen dieser Tätigkeit nicht entlassen werden.

Der Schiedsspruch sieht weiter eine aus den Parteien zu bildende Schiedskommission vor. Des weiteren wird der „Paritätische Sacharbiterspruch" für Buchbinder und verwandte Gewerbe" anerkannt. Der Vertrag läuft bis 30. September 1915 und sieht eine vierteljährliche Kündigungsfrist vor. Wird diese nicht ausgesprochen, dann läuft der Vertrag ein Jahr weiter. Maßregelungen wegen der Lohnbewegung dürfen nicht vorgenommen werden. Den Ausständigen werden die alten Plätze zugesichert.

Der Schiedsspruch wurde gestern einer Versammlung vorgelegt. Von mehreren Rednern fanden einzelne Bestimmungen keine Zustimmung, eine größere Anzahl Redner empfahl die Annahme des Schiedsspruches. Die geäußerten Bedenken führten zu lebhaften Auseinandersetzungen. Schließlich konnte auch von den Opponenten übereinstimmend mit den Befürwortern der Annahme des Schieds-

spruches, der große Erfolg, der in dem durch einen scharfen Kampf erzielten Tarifvertrag liegt, zugesprochen werden, so daß die Abstimmung die einstimmige Annahme des Schiedsspruches ergab. Das Resultat der Abstimmung wurde mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Die Unternehmer haben in einer zu derselben Zeit abgehaltenen Versammlung dem Schiedsspruch ebenfalls zugestimmt, so daß die Arbeit am heutigen Freitag wieder aufgenommen wird.

Eine Lohnbewegung der Wagenladierer wurde durch eine sehr hart besetzte Versammlung dieser Berufsgruppe, die am Donnerstag im Gewerkschaftshause tagte, vorbereitet. Kl. 8 vom Verband der Maler begründete die Notwendigkeit einer Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bei Kleinmeistern und in Karosseriefabriken beschäftigten Wagenladierer. Bei den Kleinmeistern sind die Verhältnisse besonders ungünstig. Die Arbeitszeit beträgt im allgemeinen 9 Stunden, in manchen Werkstätten aber auch 10 Stunden täglich. Der Stundenlohn bewegt sich zwischen 50 und 75 Pf. und beläuft sich im Durchschnitt auf etwa 63 Pf. Es bedarf keines Beweises, daß ein solcher Lohn bei den heutigen Lebensmittelpreisen nicht ausreichend ist. Ein großer Mangelstand in den Kleinbetrieben ist das Ueberwuchern der Verlehrsabhaltung. Es ist festgestellt, daß in einem Betriebe mit 8 Gehilfen 18 Lehrlinge, in einem anderen Betriebe mit einem Gehilfen 7 Lehrlinge gehalten werden. — In den Karosseriebetrieben sind die Verhältnisse etwas günstiger. Hier besteht im allgemeinen die 53stündige wöchentliche Arbeitszeit, auch sind die Löhne besser wie bei den Kleinmeistern. Doch ist eine Verbesserung auch hier am Platze. In der Hauptsache wird es sich für die Karosseriebetriebe darum handeln, daß anstatt der jetzt bestehenden losen Vereinbarungen ein fester gemeinsamer Tarif abgeschlossen wird unter Mitwirkung der übrigen für diese Industrie in Frage kommenden Berufsgruppen (Stellmacher, Schmiede usw.). Natürlich sollen auch die Kleinmeister zum Abschluß eines Tarifvertrages veranlaßt werden. Als Grundlage des Tarifs für Groß- und Kleinbetriebe wird vorgeschlagen: 53stündige wöchentliche Arbeitszeit mit der Maßgabe, daß an Sonnabenden eine Stunde und vor den hohen Festen zwei Stunden früher als sonst Feierabend ist. Der Mindestlohn für Radierer soll 70 Pf., für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahre 65 Pf. betragen. Wo Affordarbeit herrscht, soll ein Affordtarif unter Zugrundelegung dieser Lohnsätze, die zu garantieren sind, aufgestellt werden. Für Ueberstunden sollen 25 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag gezahlt werden. Wo die geforderten Löhne bereits bezahlt werden, soll eine Erhöhung um 8 Pf. pro Stunde eintraten. Der paritätische Arbeitsnachweis soll in erster Linie benutzt werden.

Die Versammlung stimmte dem Tarifvorschlage zu und beauftragte die Ortsverwaltung des Verbandes wegen Abschusses eines Vertrages mit dem Vorstände und dem Gehilfenrat der Radiererinnung, sowie mit den übrigen Organisationen der in den Karosseriebetrieben beschäftigten Arbeiter in Verbindung zu treten. Die Unternehmer dieses Industriezweiges gehören dem Verbande der Metallindustriellen an.

Die Müllkassier, Schaffner und Verlebarbeiter der Wirtschaftsgesellschaft Berliner Grundbesitzer G. m. b. H., für die seit mehreren Jahren ein Tarifabkommen zwischen der Firma und dem Transportarbeiterverband besteht, beauftragten im Februar ihren Arbeiterausschuß, in Anbetracht der Teuerung bei der Direktion um Vermittlung einer Teuerungszulage vorstellig zu werden. Auf einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag des Ausschusses trat die Direktion mit diesem in mündliche Verhandlungen ein. Dem Ausschusse wurde hierbei erklärt, daß die Gesellschaft geneigt sei, dem Wunsch ihrer Arbeiter entgegenzukommen zu zeigen. Seitens der Direktion wurde nun in der vergangenen Woche den Arbeitern die Mitteilung gemacht, daß von der Gesellschaft jedem Arbeiter, welcher in einem festen Dienstverhältnis steht, eine einmalige Teuerungszulage nach folgender Grundtabelle bewilligt worden sei: 12 M. für diejenigen, welche bis 2 Jahre, 18 M. über 2 Jahre und 24 M. über 4 Jahre tätig sind. In Frage kommen nahezu 300 beschäftigte Personen. Die gesamte Teuerungszulage wurde am vergangenen Freitag bei der Lohnung mit zur Auszahlung gebracht und beträgt insgesamt 5070 M.

**Achtung, Schuhmacher!** Der Streik bei der Firma Pinner Nachf., Rungestr. 22-24, dauert unverändert fort. Ueber die Firma G. o. h. m. a. n. n, Albershof, Mollstr. 2, ist die Sperre verhängt. Desgleichen machen wir auf die Sperre über die Firma S. a. m. a. n. n. u. C. o., Richardstr. 15, erneut aufmerksam.

Bei der am Sonnabend, den 16. März er., abgehaltenen Delegiertenwahl zum Verbandstag wurden abgegeben 828 gültige Stimmzettel. Es erhielten: Bendig 626, Bürger 589, Valerius 406, Hannig 382, Tollmerhaus 375, Pauling 311, Schmalke 290, Rehler 218, Ebel 202, Wlaffert 154, Fischer 141, Hoffmann 137 und Börner 1 Stimme. Verband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

## Deutsches Reich.

### Die Porzellanfabrikanten ziehen die Ausperrung in die Länge.

Nachdem die am 8. und 10. März in Hof i. B. stattgehabte Konferenz von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer zur Beilegung der Ausperrung sich auf Einigungsvorschläge verständigt hatte, wurden die Vorschläge den beiden Organisationen zur Entscheidung vorgelegt.

Die Einigungsvorschläge lauteten dahingehend, daß die beiden Firmen, berechtigt die Ausperrung von den Unternehmern unterzogen wurde — H. Rosenthal u. Co. in Selb (Papern) und Porzellanfabrik Kahla, A.-G., in Hermsdorf in Thür. — sich verpflichteten, keine Streikarbeit mehr zu übernehmen. Ferner sollten bei bevorstehenden Differenzen die Leitungen der beiden Organisationen sich vorher zu verständigen versuchen. Der Unternehmerverband erkennt das Recht der Arbeiter und Arbeiterinnen, sich im Porzellanarbeiterverband zu organisieren und durch ihn ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, an. Sämtliche Streikenden und Ausgesperrten werden bedingungslos wieder an ihre alten Arbeitsplätze eingestellt. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Einstellung der einzelnen Gruppen der Arbeiter hat nach einander mit Rücksicht auf die technischen Umstände zu erfolgen. Diejenigen Arbeitskräfte, die längere Zeit nicht eingestellt werden können, erhalten hierfür zur Hälfte vom Porzellanarbeiterverband, zur anderen Hälfte vom Unternehmerverband eine Unterstützung für die Zeit von Beginn des Friedensschlusses bis zur Wiedereinstellung, wobei die Höhe der Entschädigungen von den beiden Verbandsleitungen festgesetzt wird.

Aber neben diesen Fragen, die sich aus der Ausperrung ergeben, beschäftigte sich die Konferenz noch mit der alten Forderung der Porzellanarbeiter auf die Unternehmung, den *Neu- und Ne-tag* einzuführen. Trotzdem schon bei früheren Gelegenheiten die vereinigten Unternehmer eine ernste Prüfung dieser Forderung zugesagt hatten, blieben die Arbeiter bisher ohne jeden Beiseid über die Entschädigung der Unternehmung. Darum richteten die Arbeitervertreter auf der Hof-Konferenz nach folgende Anfrage an die Unternehmerorganisation: „In der Schupverband deutscher Porzellanfabrikanten bereit, eine Erklärung abzugeben, daß der Arbeiterorganisation bis zum 1. Januar 1913 die Behandlung der Frage der Einführung des Neuntages in der Feinkeramindustrie innerhalb des Schupvereins in sichere Aussicht gestellt werden kann und daß die Verhandlungen hierüber bis zum 1. Januar 1913 betari gefördert sind, daß die Verantwortung durch den Schupverband zu diesem Zeitpunkt auf Anfrage der Arbeiterorganisation erfolgen kann?“

Auf diese Frage wollten die Unternehmer in einer am 14. März stattfindenden Sitzung des Aufsichtsrats ihrer Organisation eine Antwort finden, und zugleich sollte in dieser Sitzung auch Stellung zu den Einigungsvorschlägen genommen werden. Aber dabei schienen den Unternehmern wieder Bedenken gekommen zu sein, und sie beschloßen, noch im Laufe dieser Woche eine besondere Generalversammlung ihrer Mitglieder abzuhalten, die sich dann über die Aufhebung der Ausperrung schlüssig werden sollte.

Die Leitung des Porzellanarbeiterverbandes wurde sich bereits am 18. März klar, daß den Einigungsvorschlägen der Hof-Konferenz der lieben Friedens willen beizutreten sei. Sie teilte dies auch der Gegenpartei mit. Die Unternehmer aber lassen sich Zeit. Ihnen kommt es auf eine Woche mehr oder weniger nicht an. Und während sie wahrscheinlich zur Vornahme der Ausperrung eine Generalversammlung nicht nötig hatten, müssen sie jetzt zur Beilegung der Differenzen eine haben. Diese Verschleppungstatik der Unternehmer läßt aber zur vollen Genüge erkennen, was an ihrem der Leidenschaft gegenüber so laut belaudenen Friedensverlangen ist. Die Porzellanfabrikanten wollten den Krieg von Anfang an, und sie denken auch jetzt noch, die organisierten Porzellanarbeiter klein zu bekommen. Deswegen ziehen die Unternehmer den Friedensschluß hinaus und merken dabei nicht, daß sie sich selbst dadurch am meisten schädigen; denn die Ausgesperrten werden den Kampf schließlich doch noch länger aushalten können, als die Unternehmer annehmen.

### Ausstand beim Norddeutschen Lloyd.

Zweihundertfünfzig Schiffbauer der technischen Abteilung des Norddeutschen Lloyd traten wegen Lohnforderungen in den Aus-

## Aus Industrie und Handel.

### Der Fürstentritt.

Seit einer Reihe von Jahren sind die vornehmsten und reichsten Familien, im besonderen des agrarischen Adels, nicht mehr mit ihren Bodenrenten zufrieden, sie haben begonnen, in Industrie- und Gewerbebetrieben zu investieren, dem Umfang ihrer Vermögen angemessen, natürlich gleich im entsprechenden Maßstabe. Mit dem Kleinvermögen einiger der uradeligen Familien entstanden nach und nach zwei Institutsarten als Zentralen der industriell-modernen Fürstentätigkeit. Es sind die Handelsvereinigungen A. G. und die Palastinabank A. G.

Welche Rolle die Geldkräfte der Handelsvereinigungen, des Fürstentritts, in Deutschland spielen, sei einmal daran dargestellt, auf welchen Wirtschaftsbereichen und in was für Gesellschaften ihre Macht in erster Linie konzentriert ist. Zu den Unternehmungen des Fürstentritts gehören unter anderem die Allgemeine Omnibusgesellschaft Berlin, Deutsche Levantelinie, Dampfschiffreederei Union, Seetransportgesellschaft, Levantekontor, A. G., Kohlenhandlungsgesellschaft Wulf u. Co., Niederlausitzer Kohlenwerke, Preussische Feuerversicherungs-Gesellschaft, Deutsche Post- und Eisenbahnverkehrsgesellschaft, Portlandzementwerke Saale, A. G. für Seelinde vorwärts, Wolff, Berliner Terrain- und Bauaktiengesellschaft, Postbau u. Maurer G. m. b. H., Theater- und Soabauaktiengesellschaft, Hanfhaus G. m. b. H., Erzgebirgshotel A. G., Deutsche Hotelgesellschaft, Neue Post- und Betriebsgesellschaft, Postagelshaus A. G., Postagelbetrieb G. m. b. H., W. Berthel G. m. b. H., Rheinischer Hof G. m. b. H., Thalathener, Elberfeld, Gesellschaft für Innenbaukunst m. b. H., Atlas, Gesellschaft für Reiseverkehr, Erzgebirg, Weingroßhandlung, Favorite Dampfmischerei G. m. b. H., Alliance Druckeri und Verlagszentrale G. m. b. H., Theater- und Konzertbetriebe G. m. b. H., Hohenzollernbad G. m. b. H., Braunkohlenwerkstatt Alwine, Braunkohlengewerkschaft Erzgruben, Jagorianer Kohlegewerkschaft, Kallwitzer Friedhofsbau, Kallwitzer, Carlhebt, Kallwitzer Reichstrasse, Richard, Rendsdorf und Burggraf.

Dies ist ja ein ungefähres Ueberbild über die industriellen Interessen des Fürstentritts. Es darf aber nicht angenommen werden, daß die vielen Unternehmungen voneinander unabhängig sind. Wie die einzelnen Unternehmen nun wieder ineinandergefügt, aneinandergehängt und übereinandergelagert sind, dafür nur ein Beispiel:

Das Erzgebirgshotel in Berlin gehört der Theater- und Saalbau A. G., deren Aktienmajorität von Postbau u. Maurer kontrolliert wird. Die Anteile der Postbau u. Maurer-Gesellschaft befinden sich in den Händen der Berliner Bau- und Terrainaktiengesellschaft, deren Aktien sich wieder zum Teil in den Händen der Handelsvereinigung A. G. befinden, die selbst aber auch nur wieder ein Unternehmen der industriell so stark beschäftigten Fürsten ist.

Daß die Favoritenmischerei die Wäsche für die Hotels des Fürstentritts wäscht, die Alliance-Druckerei Druckerarbeiten für die einzelnen Unternehmungen der Fürsten zu erledigen hat, die Atlasgesellschaft für Reiseverkehr an den Schiffahrtsgesellschaften des Fürstentritts engagiert ist und die Gesellschaft für Innenbaukunst mit Ausstattungsarbeiten für andere Fürstentrittsunternehmen beschäftigt wird, ist selbstverständlich. Was aber das Wesentliche ist, in allen Aktiengesellschaften reguliert eine kleine Aktienmajorität den Kurs des ganzen Unternehmens, die Aktienmajorität verschwindet im großen Publikum. Aber die Fäden der Aktienmajorität laufen zum Kopf des Fürstentritts. Geht etwas schief, wird neues Geld gebraucht, werden für irgend eines der Dugende von Fürstentrittsunternehmen neue Aufträge notwendig, dann wird eben wieder weitergegründet, fusioniert und entfusioniert.

So „arbeiten“ agrarische Magnaten Deutschlands!

## Letzte Nachrichten.

### Entschliches Familiendrama.

Wien, 21. März. (Breh-G.) In der Stephanstraße hat sich heute nachmittags ein suchbares Familiendrama ereignet. Dort wohnt seit einiger Zeit der Reisende Deigner mit seiner Frau und zwei Knaben bestehende Familie. Die Ehefrau des Reisenden litt schon seit mehreren Jahren an Melancholie. In einem plötzlichen Anfall ihres alten Leidens öffnete sie heute das Fenster ihrer im vierten Stock belegenen Wohnung und sprang mit ihrem jüngsten Sohne, der erst drei Jahre alt ist, auf die Straße hinab. Auf die Aufforderung der Mutter hin, unternahm auch der zweite Sohn, der im Alter von 9 Jahren steht, den Sprung in die Tiefe. Alle drei sind ihren Verletzungen erlegen. Der bedauernswerte Mann befindet sich augenblicklich auf einer Geschäftsreise in Rumänien und hatte für morgen seine Rückkehr angekündigt.

### Unfall in der französischen Kriegsmarine.

Toulon, 21. März. (W. T. B.) Eine Schaluppe des Schiffschiffes „Duguay Trouin“ kenterte gestern bei den Queres-Inseln mit 12 Mann an Bord. Zwei sind ertrunken. Der Zustand der meisten anderen ist ernst.

### Der Bergarbeiterstreik in Böhmen.

Teplitz, 21. März. (Fr. G.) Auf 30 Schächten des hiesigen Grubengebiete befinden sich gegenwärtig 6000 Bergarbeiter im Ausstande.

### Zu der Grubenkatastrophe in Nordamerika.

Mac Curtin (Oklahoma), 21. März. (W. T. B.) Heute früh sind 14 weitere Verlebte geboren worden. Als die Explosion eintrat, hatten sie sich schnell einen Weg zur Luftpumpe gebahnt und am Eingang zu dem Raum einen Vorhang gezogen, der die giftigen Gase ausblies. Manen am Luftschacht führte dann zu ihrer Entdeckung. (Vergl. „Aus aller Welt“.)

### Anarchie in Paraguay.

Buenos Aires, 21. März. (Telegramm der „Agence Havas“.) In Paraguay herrscht vollkommene Anarchie. Seit mehreren Monaten streiten sich die Parteien um die Vorherrschaft. Jetzt belagern die Revolutionäre und Radikalen, die Anhänger Condra, A. S. u. n. o. C. e. l. e. r. n. e. in der Umgebung der Hauptstadt zu einem heftigen Kampf, bei dem es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete gab. Der Kampf blieb unentschieden. Der frühere Präsident Oberst Jara trifft mit zahlreichen Streikkräften im Innern des Landes Vorbereitungen, ebenfalls in den Kampf einzutreten.



Reichstag.

82. Sitzung. Donnerstag, den 21. März 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel Patentamt.

Patentamt.

Abg. Dr. Wittger (natl.): Die Patentgebühren sind in Deutschland sehr unsozial. Für ein 15-jähriges Patent muß man bei uns 5000 M. zahlen, in Amerika für 17 Jahre nur 147 M. Das bedeutet eine große Mehrbelastung der deutschen Industrie gegenüber der ausländischen.

Abg. Dr. Jund (natl.) regt an, eine Verständigung mit England anzustreben, um den dort eingeführten Auslieferungszwang von Patenten wieder abzuschaffen, der viel schlimmer wirkt, als ein Schutzoll.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquieres: Eine Revision des Patentgesetzes ist dringend nötig und Vorarbeiten dazu sind lange im Gange.

Damit schließt die Diskussion; das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel Reichsversicherungsamt.

Reichsversicherungsamt.

Abg. Silberknecht (Soz.):

Die Verichte der Berufsvereinigungen sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich, obwohl sie ein großes Interesse für die in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen haben.

Im Baugewerbe vollzieht sich seit einer Reihe von Jahren eine Entwicklung dahin, daß an Stelle des Holzes immer mehr die Eisenkonstruktion Eingang findet.

Die Verichte der Berufsvereinigungen sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich, obwohl sie ein großes Interesse für die in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen haben.

Bei den Streikenden im Ruhrrevier.

Essen, Montag, den 18. März. 111.

Seine Majestät der Streikbrecher!

Heute morgen ganz früh machte ich in der Nähe der Markentrolle einer großen Rede, aber nicht zu nahe, weil in diesem Belagerungszustand das Terrain einer jeden Grube dem einer Grenzfestung gleich zu achten ist und man bei zu neuerlicher Beobachtung Gefahr läuft, als Spion verhaftet zu werden.

Um sieben Uhr an diesem Montagmorgen sollte eine elektrische eine Anzahl „Arbeitswilliger“ nach einer der Gruben fahren.

Wir hatten die Stadt schnell hinter uns und glitten auf dem Sandweg mit seinen blätterlosen Bäumen dahin.

Bis zum Jahre 1906 wurden in den Revisionen der Bauberufsgenossenschaften aus der Revision einer Baustelle mehrere gemacht, indem so viele Revisionen gezählt wurden, als Arbeiterkategorien auf der Baustelle beschäftigt waren.

Als ob die Berufsvereinigungen einen großen Fleiß auf die Revisionen verwendeten. Das Reichsamt des Innern hat im Jahre 1907 eine Kenderung veranlaßt, so daß die Revisionen eines Baues auch nur als eine Revision gezählt wurden.

Abg. der Umfang der Revisionen ist durchaus ungenügend. Im Jahre 1908 wird berichtet, daß das Reichsversicherungsamt nach langen Verhandlungen mit den Bauberufsgenossenschaften es endlich erreicht hat, daß 90 Proz. aller revidierten Betriebe einmal im Jahre revidiert werden.

Ich wende mich dann zur Frage der Unfallverhütungsvorschriften im Baugewerbe im allgemeinen. Die Hesse-Nassauische Berufsvereingung beabsichtigt eine Änderung dieser Vorschriften, die von den Bauarbeitern als eine erhebliche Erweiterung der Unfallgefahr angesehen werden muß.

Abg. der Umfang der Revisionen ist durchaus ungenügend. Im Jahre 1908 wird berichtet, daß das Reichsversicherungsamt nach langen Verhandlungen mit den Bauberufsgenossenschaften es endlich erreicht hat, daß 90 Proz. aller revidierten Betriebe einmal im Jahre revidiert werden.

Ich wende mich dann zur Frage der Unfallverhütungsvorschriften im Baugewerbe im allgemeinen.

Die Verichte der Berufsvereinigungen sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich, obwohl sie ein großes Interesse für die in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen haben.

An den Sträuchern sproßte schon Grün, wie man es in Berlin noch nicht sah. Und eine Herde Schafe mit einem friedlichen Durra und einem nachkommen Hund zog über eins der Felder.

Es war, wie ich schon sagte — kann man jemals genug von der schönen Natur da draußen erzählen? — ein ruhiger Frühlingmorgen.

Als sie in der Rede versunken waren, schossen plötzlich drei Herren mit Stöcken auf mich und meinen Führer zu.

„Wer sind Sie? Was wollen Sie hier?“, schauzte uns einer von ihnen ungemächlich an.

„Warum fragen Sie uns danach?“ antwortete ich.

„Sind Sie Arbeitswilliger?“, ergründete er streng.

„Nein, Privatier.“

Bayern das landesgesetzliche Verbot des Ueberdiehandmauerens neuerdings von der bayerischen Regierung wieder aufgehoben worden ist.

Seit 1905 bemühen sich baugewerbliche Arbeiterorganisationen, durch sachgemäße Darstellungen die Unfallgefahren im Baugewerbe der Reichsregierung nahezu legen und reichsgesetzlichen Schutz zu bekommen.

Schritt im Bauarbeiterchutz

eingetreten. Das ist ein Erfolg der Bemühungen der Unternehmerverbände. Der Verband der deutschen Bauberufsgenossenschaften, der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister, der deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe und gelegentlich auch deutscher Handwerker- und Gewerbetage haben den Reichstag mit Gegenpetitionen gegen die Forderungen der Arbeiter bestärkt.

Abg. der Umfang der Revisionen ist durchaus ungenügend. Im Jahre 1908 wird berichtet, daß das Reichsversicherungsamt nach langen Verhandlungen mit den Bauberufsgenossenschaften es endlich erreicht hat, daß 90 Proz. aller revidierten Betriebe einmal im Jahre revidiert werden.

Die Verichte der Berufsvereinigungen sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich, obwohl sie ein großes Interesse für die in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen haben.

Ich wende mich dann zur Frage der Unfallverhütungsvorschriften im Baugewerbe im allgemeinen.

Die Verichte der Berufsvereinigungen sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich, obwohl sie ein großes Interesse für die in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen haben.

Die Verichte der Berufsvereinigungen sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich, obwohl sie ein großes Interesse für die in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen haben.

Die Verichte der Berufsvereinigungen sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich, obwohl sie ein großes Interesse für die in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen haben.

Die Verichte der Berufsvereinigungen sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich, obwohl sie ein großes Interesse für die in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen haben.

„Komm mit,“ winkle mein Kamerad.

„Was das Polizeibeamte?“, fragte ich eingeschüchtert.

„Nein,“ sagte er auseinander: „Steiger der Rede.“

„Wenn ich das gewußt hätte, würde ich Ihnen geantwortet haben!“ sagte ich.

„Das würde Ihnen nichts geholfen haben,“ erklärte er: „Seit Ausbruch des Streiks hat jeder Fahrenbeamte polizeiliche Vollmacht bekommen.“

„So,“ erwiderte ich — und ich bekam noch mehr Ehrerbietung vor den einunddreißig Streikbrechern, die wir hatten eingehen sehen.

Schweigend gingen wir unseren Weg zurück. Hinter uns blöken langweilig gütig, aufregend zahn, die Schafe, das Fahrstuhlrad begann sich zu drehen.

An der anderen Seite des Stadtkreis begegneten wir den neun Kürassieren, deren Fähnchen wir gesehen hatten.

„Ich glaube,“ sagte mein Kamerad, der sogar zu dieser frühen Morgenstunde mit Herz und Seele über die strategischen Interessen der deutschen Armee nachdachte: „ich glaube, daß unter Generalstab nicht dankbar genug für diesen Streik sein kann.“

„Geben Sie lieber acht,“ fiel ich ihm in die Rede: „da wird ein Organisierter oder ein Verbrecher von der Polizei transportiert!“

„Nein,“ sprach er lachend: „das ist so sicher wie zweimal zwei vier, ein Christ, der heute nacht unten gearbeitet hat und nun unter Bedeckung in seine Wohnung gebracht wird.“

Der Niese von einem Schuhmann zog mit dem Kleinen, mageren, scheuen Arbeitswilligen ins Dorf.

„Geben Sie lieber acht,“ fiel ich ihm in die Rede: „da wird ein Organisierter oder ein Verbrecher von der Polizei transportiert!“

„Nein,“ sprach er lachend: „das ist so sicher wie zweimal zwei vier, ein Christ, der heute nacht unten gearbeitet hat und nun unter Bedeckung in seine Wohnung gebracht wird.“

Der Niese von einem Schuhmann zog mit dem Kleinen, mageren, scheuen Arbeitswilligen ins Dorf.

„Geben Sie lieber acht,“ fiel ich ihm in die Rede: „da wird ein Organisierter oder ein Verbrecher von der Polizei transportiert!“

„Nein,“ sprach er lachend: „das ist so sicher wie zweimal zwei vier, ein Christ, der heute nacht unten gearbeitet hat und nun unter Bedeckung in seine Wohnung gebracht wird.“

„Geben Sie lieber acht,“ fiel ich ihm in die Rede: „da wird ein Organisierter oder ein Verbrecher von der Polizei transportiert!“



Fortschritt mit den Bemühungen der Organisationen zu verdanken ist, die die Bauarbeiter geleitet hat, dem Leben einen höheren Wert zuzumessen, ihm einen höheren geistigen und sittlichen Inhalt zu geben, ihre Menschenrechte mehr zu erkennen. Das gegenwärtige Zurückweichen im Bauarbeiterkampf muß in den Arbeitern das Gefühl wachrufen, daß sie von der Regierung vernachlässigt, ungerecht behandelt werden und auf ihren eigenen Schutz angewiesen sind. Wollen Sie, daß auch diese Schicht der Arbeiter sich als gleichberechtigt fühlen soll, dann möchte ich dem Reichsversicherungsamt dringend ans Herz legen, dafür zu sorgen, daß ich solche Klagen, wie gegenwärtig, in Zukunft nicht mehr vorzubringen brauche. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kistor (Z.) befürwortet eine Resolution, die die Errichtung einer besonderen Berufsgenossenschaft für den Detailhandel fordert. Die Lagererwerbungsvereine, in welche die kleinen Handelsgeschäfte jetzt einbezogen sind, ist ursprünglich gar nicht für diesen Zweck gedacht worden; es entstehen daher dauernd Differenzen zwischen dieser Berufsgenossenschaft und den Detailisten, denen viel zu hohe Beiträge von der Lagererwerbungsvereine auferlegt werden. — Die gesetzlichen Vorschriften über die Rücklagen der Berufsgenossenschaften sollen 1913 dem Reichstage zur erneuten Beschlußfassung vorgelegt werden. Dazu sind aber umfassende Erhebungen notwendig. Ich bitte die Regierung um Auskunft, wie es damit steht.

Ministerialdirektor Caspar: Die Sachverständigen-Konferenz, welche die Regierung über den zuletzt erwähnten Punkt zu hören beabsichtigt, konnte bis jetzt noch nicht zusammentreten.

Der Arbeiterkampf im Baugewerbe ist keineswegs zum Stillstand gekommen, wie der Abg. Silberstein meinte, er wird vielmehr in der bisherigen Weise gefördert. Die Zahl der Revisionen ist auf Drängen des Reichsversicherungsamtes dauernd vermehrt worden. — Bei dem Ueber diehandmanern sind nur 108 Unfälle von im ganzen über 43.000 vorgekommen; das Einbauen der Gerüste, die diese Unfälle verurten sollen, ist ebenfalls nicht ungefährlich, daher ist die Frage nicht so einfach zu beantworten, wie der Abg. Silberstein meinte; jedenfalls kann das Ueber diehandmanern nicht einfach verboten werden.

Abg. v. Graefe (L.): Vorschriften der Berufsgenossenschaften, die sich als unpraktisch erweisen haben, sollten zurückgezogen werden, z. B. die der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bezüglich der Dreschmaschinen. (Sehr richtig! rechts.) In bezug auf die Notwendigkeit einer besonderen Detailistenberufsgenossenschaft stimme ich dem Vordredner zu. Wo sind denn die Widerstände gegen die Erfüllung dieses berechtigten Wunsches?

Abg. Schulenburg (natl.) tritt ebenfalls für eine besondere Detailistenberufsgenossenschaft ein, die auch von international liberalen Resolution verlangt wird.

Abg. Behrens (Wittich, Vg.) schließt sich diesem Wunsch an und verlangt außerdem die Errichtung einer besonderen Berufsgenossenschaft für die Gärtner, die jetzt in 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften verteilt sind. Redner empfiehlt eine von seiner Partei eingebrachte entsprechende Resolution.

Abg. D. Dohsem (Z.) bringt Beschwerden der hannoverschen Kleinbauern über die harten Bestimmungen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zur Sprache.

Abg. Rohmann (Z.): Die Arbeiter haben nicht sowohl über zu wenige Revisionen zu klagen, wie der Abg. Silberstein meinte, sondern darüber, daß die Revisionen den Arbeitgebern vor her bekannt sind. Dem wird natürlich alles in Ordnung gebracht, speziell an den Stellen, wo dann revidiert wird. Silberstein verlangte mehr Unfallverhütungsvorschriften. Wichtiger ist ihre Einhaltung. Das wird aber vielfach vermindert durch das herrschende Antezedenssystem und im Bergbau durch die niedrigen Bedingelänge, durch welche die Arbeiter gezwungen werden, nur darauf zu sehen, möglichst viel zu fördern ohne Rücksicht auf den Schutz ihres Körpers.

Sehr zu klagen haben die Arbeiter ferner über die lange Dauer des Rentenverfahrens. Dreiviertel Jahre, in

manchen Fällen sogar fünfviertel Jahre müssen die Leute warten, bis sie in den Genuß der Rente kommen.

Abg. Becker-Arnberg (Z.): Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts hat sich immer mehr verschlechtert. Die Rentenzugungen mit der Begründung, der Verletzte habe sich zum Beispiel an den Verlust einer Hand oder eines Beines „gewöhnt“, nehmen immer mehr Ueberhand. In dieser Auslegung des Begriffs einer „vernünftigen“ Veränderung der Verhältnisse liegt direkt eine Gesetzesverletzung. Die Rekluse der Berufsvereine haben immer mehr Erfolg, die der Verletzten immer weniger. Eine solche Rentenquerschnur ist absolut unbedeutend. Die gewerblichen Berufskrankheiten, wie z. B. der Milzbrand der Bäckerarbeiter, sollten der Unfallversicherung unterstellt werden. (Bravo! im Zentrum.)

Ministerialdirektor Caspar teilt auf eine Anfrage des Vordredners mit, daß die neue Kranken- und Unfallversicherung voraussichtlich am 1. Januar 1913 in Kraft treten werde. Der Milzbrand der Bäckerarbeiter werde bereits als Unfall behandelt.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Es macht einen recht merkwürdigen Eindruck, wenn Redner sich hierher stellen und sich über Mißstände beklagen, die es noch vor wenigen Monaten abgelehnt haben, die Beseitigung dieser Mißstände durch Gesetz herbeizuführen. So hatten wir bei der Reichsversicherungsordnung beantragt, daß gewerbliche Krankheiten als Berufsunfälle entschädigt werden; aber die Herren vom Zentrum haben dagegen gestimmt. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist sehr bezeichnend, daß die Herren mit ihren guten Ansichten immer dann herauskommen, wenn sie wissen, daß das keine weitere Folge hat, aber in dem Augenblick, wo es sich darum handelt, die Konsequenz aus ihren Reden bei der Abstimmung zu ziehen, dagegen stimmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So hat sich Herr Behrens darüber beschwert, daß die Gärtner in der landwirtschaftlichen Berufsvereine schlechter gestellt sind, als gewerbliche Arbeiter. Sie haben es aber selbst abgelehnt, als wir beantragten, daß landwirtschaftliche Arbeiter den gewerblichen gleichgestellt werden; vor allem das Zentrum ist mit aller Entschiedenheit gegen diese unsere Forderung aufgetreten und hat die Schlechterstellung von Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter durchgesetzt. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Interessant waren die Klagen des Herrn aus dem Saarrevier, der mittelste, wie Revisionen in den königlichen Bergwerken immer vorher angeführt werden. Das ist ja begreiflich, denn die Revisionen werden zum Teil von königlich preussischen Polizeibeamten ausgeführt. In Betrieben, die Eigentum des preussischen Staates sind und da sowohl Arbeitgeber wie Aufsichtsinstitution unter derselben Leitung stehen, ist es selbstverständlich, daß der kontrollierende Polizeibeamte dem königlichen Bergwerksdirektor nicht gern Verlegenheiten bereitet, zumal dieser im Range höher steht.

Das das Verlangen nach einer besonderen Berufsvereine für die Detailisten anbelangt, so will ich angeben, daß eine ungerechte Verteilung der Lasten innerhalb der Lagererwerbungsvereine besteht. Das ist aber nicht notwendig damit verbunden, daß die Detailisten in dieser Berufsvereine sind, sondern ist eine innere Angelegenheit dieser Berufsvereine. Bei Bildung einer besonderen Berufsvereine für Detailisten würden die Verwaltungskosten für diese sehr hoch werden. In der Schornsteinfegerer Berufsvereine betragen z. B. die Verwaltungskosten auf je 1000 M. Lohnsumme 520 M., in der Lagererwerbungsvereine nur 1,67 M. Man sollte also vielmehr darauf dringen, daß eine gerechtere Verteilung der Lasten innerhalb der Lagererwerbungsvereine stattfindet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heßler (Vp.): Die Reichsversicherungsordnung ist

Bereits reformbedürftig, vor allem müßten auch in der Landwirtschaft Unfallversicherungsvorschriften eingeführt werden. Bedauerlich ist, daß das große Werk der Reichsversicherungsordnung nicht im richtigen sozialen Geist durchgeführt wird, besonders wird bei den Rentenzugungen ganz bürokratisch vorgegangen. So heißt es in einem Bescheid, ein Mann, der beide Beine verloren hatte, habe sich an das Gehen der Gliedmaßen gewöhnt. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Dieser Fall spricht Bände. Die besten Bescheide werden nicht zur Befriedigung der Arbeiter beitragen, wenn sie nicht in sozialem Geiste ausgeführt werden. (Lebhaftes Hört! links.)

Abg. Becker-Arnberg (Z.): Bisher stand ich bei der Kritik der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts stets allein. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) — Der Abg. Wollenbuhr warf mir vor, mein Wunsch, die Berufskrankheiten in die Unfallversicherung einzubeziehen, sei mir nicht ernst. Mich dagegen zu verteidigen lehne ich ab. (Zustimmung im Zentrum.) Auch die Bezüge, Dr. Wugdan z. B., haben ausgeführt, daß sie bei den Berufskrankheiten nicht entscheiden können, wie weit sie wirklich als solche zu bezeichnen seien. Deshalb konnten wir die Berufskrankheiten in der Reichsversicherungsordnung nicht aufnehmen, sondern müßten dem Bundesrat die Ermächtigung geben, solche Berufskrankheiten, die als solche klar von der medizinischen Wissenschaft bezeichnet werden, der Unfallversicherung zu unterstellen. Nicht einmal dieser abgeschwächte Antrag fand in der Kommission eine Mehrheit. Wie sollte es denn dann bei dem weitergehenden sozialdemokratischen Antrag der Fall sein? Aber die Sozialdemokraten schieben stets nicht nach rechts und links, sondern immer nur in die Mitte; sie wollen eben systematisch das Zentrum bei seinen Arbeiterwählern verächtlichen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Hoch (Soz.):

Die Darstellung des Abg. Becker ist von Uebel zu unrichtig, unklar. (Lärm im Zentrum.) Eben weil der Begriff der Berufskrankheit schwer zu definieren ist, haben wir dies Wort in unserem Antrag vermieden und Entschädigung für diejenigen Schäden verlangt, die der Arbeiter infolge der Arbeit erlitten hat. Der Regierungsvorredner erklärte, die Regierung lehne grundsätzlich die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufskrankheiten ab. Wenn das Zentrum, das unseren Antrag niederkam, der Regierung trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung die Ermächtigung zur Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung geben will, so ist das nur ein Spiel mit Worten.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Das Zentrum hat sich anfangs bemüht, mit uns und mit den Fortschrittlichen die Reichsversicherungsordnung mehr den Wünschen der Arbeiter anzupassen; später hat es sich auf die Seite der Nationalliberalen und Konservativen geschlagen und das, was in der ersten Lesung Gutes geschaffen war, wieder beseitigt. Deswegen haben wir vor dem Volke gezeigt, wie das Zentrum und seine Arbeitervertreter die Interessen der Arbeiter verraten haben. Das Zentrum wird schon die Früchte seiner vollvertreterischen Tätigkeit einheimsen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor der Regierung ist es stets unangefallen, wenn es sich um die Rechte der Arbeiter handelt; die Regierung unter das Joch gezwungen hat das Zentrum nur, wenn neue Steuern in Frage kamen; wir aber werden allen Einfluß geltend machen im Interesse der Arbeiter. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch an der schlechten Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts sind Herr Becker und seine Freunde schuld. Das Herr Heßler anführte, sind alle Kamellen, denn solche Sachen haben wir leider sehr zahlreich seit vielen Jahren erlebt. Wir haben deshalb beantragt, dem Verwaltungsamt in allen Stadien des Verfahrens zu gestatten, auch feinerliche ärztliche Gutachten denen der Berufsvereine entgegenzustellen. Auf Antrag Frimborn ist dann die Bestimmung hineingekommen, daß dem Gericht

Cochon und Wandillot mag ja ihre Vereinigung zu einer Komödientenfirma amüsieren. Aber auf jeden, der den fürchterlichen sozialen Ernst des Wohnungselends bedenkt, kann die Verquickung des Kampfs gegen diese Schmach mit einem Riesennuß nur verächtlich wirken. Der Bauer ist kein Spielzeug. Und der Obdachlose noch weniger.

### Theater.

Münchener Theater. „Pighes Erwachen“ nennt Wilhelm Weigand, der in letzter Zeit mehrfach erfolgreich hervorgetretene Münchener Dichter, sein dreitägiges Schauspiel, das im Schauspielhaus sehr beifällig aufgenommen wurde. Im Gegensatz zu seinen früheren Kar-Walzen-Malerstücken versucht Weigand diese Münchener Mäler- und Ateliertrödelstücke mit artistischen Problemen zu belasten. Er wagt die privilegierte Künstlermoral gegen Menschentum und Charakter zu stellen und beweist an der Hand einiger großgefühlt typischer Mälermodelle, daß es besser ist, ein freireligiöser Lebenskünstler als ein begabter Schweinehund zu sein. Im übrigen entlehnt er sein Hauptmotiv — wie einer seine Geliebte nach von einem Freund beobachtet läßt — dem nicht ganz unbekanntem Hebbelischen „Gyges“. Dem „begabten Schweinehund“ Prof. Geiger stand Hel. Hedwig (Vp) des zu Freiheit und Selbstständigkeit erwachenden neuen Weibes) ganz nach Gangart. Der freireligiöse Lebenskünstler Kollege Wilbert steht hinterm Vorhang zu. Hedwig erfährt Geigers „Dummheit“, rast, verzweifelt an Gott und Menschheit, zerfleischt das auf 40.000 Mark von Herrn Geiger geschätzte Kompromittierende Bild: „Pighes Erwachen“ und wird zunächst — Krankeleierin bei Wilberts Mutter, später —? Besser als die stofflichen Reize sind in dem Stück die künstlerischen Momenten. Weigand, der Kunststammler und Mäler, ist ja vom Bau. Lina Loffen vom Berliner Sessing-Theater ließ als Hedwig ziemlich fall.

### Notizen.

— Theaterchronik. Die verschobene Aufführung des Schwankes „Der Vielgeliebte“ findet Sonntag, den 24. März, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus statt.

— Musikchronik. In der Römischen Oper ist infolge technischer Schwierigkeiten die für Freitag, den 22. März, angelegte Premiere der Operette „Die Heze“ von Richard Jäger auf Montag, den 25. März, verschoben worden.

— Der Dank der Arbeiter. Auf den Sarg des früheren Direktors des I. Hofburgtheaters in Wien, Max Burckhard, wurde auch ein Kranz von der Wiener Gewerkschaftskommission niedergelegt. Die Inschrift gedenkt des Mannes, der den Arbeitern das Burgtheater (durch die Einrichtung von Sonntagnachmittagsvorstellungen) erschlossen hat.

— Literarisches Gewissen und moralischer Schwachsin. Ein junger Pariser Literat, der ein Wohnstübchen der George Sand und ein Abkömmling des Marschalls von Sachlen ist, mußte vor einiger Zeit einen Jubiläumstermin schreiben. Um nun die Gabe der Mitleidenschaft und die Psychologie zu erreichen, zog er mit einer Vorstadtproletarierfamilie zusammen. Er verliebte sich aber so nachhaltig in sie, daß er auf einen Korb, mit dem sie ihn betrog, einige Revolverkugeln abfeuerte. Da diese seinen Schwaben anrichteten, verurteilte ihn das Gericht nur zu sechs Monaten Gefängnis und billigte ihm obendrein auch die bedingte Verurteilung zu, was im Hinblick auf den festgestellten Schwachsin des jungen Mannes ganz gerechtfertigt war.

— Das internationale Schachturnier in San Sebastian ging am Mittwoch nach über vierwöchiger Dauer zu Ende. Den ersten Preis von 5000 Fr. gewann mit einem Schachhand von 12 1/2 Points Rubinstein aus Warschau. Indol Spielmann (München) und Riemenschneider (München) teilen bei dem gleichen Stand von 12 den zweiten und dritten Preis, 3000 und 2000 Fr. Den vierten und letzten Preis von 1500 Fr. gewann Dr. Torraza (München), nur durch einen halben Punkt getrennt, mit einem Schachhand von 11 1/2.

keine tschilpenden Böglein, keine goldblühenden Scheiben mehr gäbe: es gab nur einen verlegenen „Christliden“ und einen Schuhmann, dem die Sonne einen feurigen Federbusch auf den Helm malte, wie weiland Phaeton hinter den sich aufbaumenden Pferden seines Wagens.

Da sagte ein Kumpel mit der Ironie eines Berliner Droschkenfußers, wobei er stramm solutierte: „Seine Majestät, der Streikbrecher!“

Und hinter dem Rücken des Polizisten wagte er es . . . mit mehr als Drei in der Frühjahrsstunde sein Pfeifchen weiter zu rauchen.

Geinz Sperber.

Weitere Feuilletons über den Streik im Ruhrrevier werde ich nicht schreiben. Ganz unerwartet hat heute, Dienstag, die Streikleitung den Streik aufgehoben. Ich unterbreche meine Reise und kehre nach Berlin zurück. Ich sprach mit Otto Hue und mit anderen und kann zum Schluß nur noch erklären, daß jeder hier guten Willens der Zukunft entgegensteht. Verloren ist die Feldschlacht nicht. Im richtigen Moment ist man zurückgewichen, nur zum besseren Sprung auszuholen. Das Notwendigste wird jetzt sein, die christlichen Kumpel durch Argumente zu überzeugen. Und wenn Rom das auf lange Zeit hin verhindern will, wird es die Regierung bitten müssen, mit jeder Belegschaft, zu jeder Morgen-, Mittag- und Nachtschicht, Militär, wo möglich mit Maschinengewehren, einfahren zu lassen. . . .

## Kleines feuilleton.

Die Carl Brandenburg in Farbenphotographie. Ein wunderschönes Werk beginnt schon zu erscheinen: In 20 Lieferungen à 1.25 M. bringt die Verlagsanstalt für Farbenphotographie Naturaufnahmen aus der Carl heraus. Um die Mängel vorwegzunehmen: Der Text scheint — nach der ersten Lieferung und den Namen der professionellen Mitarbeiter (Bobo Eberhardt, Bob — Richard Nordhausen) zu schließen — nicht zu laugen. Auch gereicht es zur besonderen Ehre, mitteilen zu dürfen, daß Ihre Majestät, die Kaiserin und Königin Auguste Viktoria geruht hat, die Widmung dieses Werkes entgegenzunehmen.

Aber das Werk ist trotzdem gut. Unter Leitung des Direktors Franz Goetze (Aronia) werden die Mäler ausgewählt. Gleich in der ersten Lieferung gibt es prachtvolle Aufnahmen.

Schloß Rheinsberg, der Werbellinsee, Eingang zu Schloß Sanssouci. . . Zum Greifen scharf, noch ein Klein wenig zu bunt vielleicht — aber nun das Wichtigste:

Wie verhält sich diese fast naturgetreue Wiedergabe zur Malerei? — Gar nicht! — Es sind inkommensurable Größen. Aber diese Photographie geht bereits ihre eigenen Wege. Sie ist, im Gegensatz zur Malerei, ganz objektiv, nur anschaulich — aber eben dadurch erreicht sie, was der trockne, listige Begleittext nicht kann: sie regt an, Du zu u h t so ein Bild lange ansehen, Du wirst das tun, was sonst der Mäler tat — ergänzen, umfassen, zu verstehen suchen. Wollen siehst Du, weiße, wottige Sonnenwolken, langes Gras und immer wieder diese unendlich schöne, stille, geschwungene Uferlinie des Sees. Und Rheinsberg. . . Du mußt, wenn Du das Bild siehst, weiter denken, an den lauen Sommerwind, an ein Kacheln, es ist reichlich warm, das Sonnenlicht zwinkert durch alte Bäume — aber ferne, auf den Hügel, lag es ausgegossen — und neben Dir stand die, die Du nie vergessen wirst. So lassen Dich diese Bilder schwer atmen: Oerous aus der Stadt heraus! — Du beginnst, die innere Schönheit einer jungen Dirke zu verstehen, eines Schattens. Du wirst eins mit der Natur, und weißt plötzlich was das ist: Frühling! — K. T.

Um den Neubau des Berliner Opernhauses. Der Verein für deutsches Kunstgewerbe in Berlin, der zugleich führender Vorort aller deutschen Kunstgewerbevereine ist, befahte sich am Mittwoch in einer außerordentlichen Versammlung mit dem Neubau des Opern-



anheimgegeben wird, eventuell auf Kosten des Arbeiters ein Gutachten eines Arztes einzuholen. Diese Befugnis besteht schon jetzt, aber es wird davon kein Gebrauch gemacht. Ich richte daher die Bitte an die Regierung, daß sie dem Schiedsgericht nahe legen möge, solchen Forderungen der Arbeiter möglichst entgegenzukommen. Ich bedauere aber, daß wir nicht den Zwang dazu in das Gesetz gebracht haben und stelle fest, daß dies an der Haltung des Zentrums gescheitert ist.

Das Zentrum hatte die Führung bei der Reichsversicherungsordnung und hat in der ersten Sitzung der Kommission beteuert, daß es in der Lage gewesen wäre, eine Reihe Verbesserungen zugunsten der Arbeiter in die Reichsversicherungsordnung zu bringen. Erst durch den Umfall des Zentrums sind die Verbesserungen wieder beseitigt worden.

Es ist dann bei den Beratungen der Versicherungsordnung von uns die Befürchtung ausgesprochen worden, daß man angegebene Offiziere in wichtigen Stellen bei den Versicherungsämtern unterbringen würde. Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat damals sein Wort gegeben, daß auf keiner Seite diese Absicht gehegt würde. Unsere Anträge, Vorkehrungen gegen diese Möglichkeit zu schaffen, hat die Mehrheit der Kommission mit Rücksicht auf dieses Versprechen abgelehnt. Kaum ist aber das Gesetz unter Dach und Fach, da wird

das Wort des Ministers gebrochen.

(Präsident Kaempf: Ich bitte, doch nicht von einem Wortbruch des Ministers zu sprechen. Sie können das selbst auch in parlamentarischen Ausdrücken sagen. Weiterleit.) Ja, ich weiß nicht, welchen Ausdruck ich da gebrauchen soll, in fremden Sprachen zu sprechen, ich doch hier nicht erlaube. (Sehr gut! und Weiterleit bei den Sozialdemokraten.) Die preussische Regierung hat an die Regierungspräsidenten folgendes Rundschreiben erlassen: „Es ist in Aussicht genommen, bei einem Teil der Versicherungsämter verabschiedete Offiziere zu beschäftigen. (Hört! hört! h. d. Soz.) Für den Erwerb der Befähigung dazu ist mehrjährige Vorbereitungszeit in Aussicht genommen, die auch bei Krankenläsungen zurückzulegen ist. Ich ersuche Sie, mir solche Krankenläsungen im dortigen Bezirk namhaft zu machen, die geeignet und bereit sind, solchen verabschiedeten Offizieren Gelegenheit zu ihrer Ausbildung zu geben.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage die Herren von der Regierung, ob sie denn der preussischen Regierung keine Nachricht gegeben haben, was der Herr Staatssekretär versprochen hat. Ist das ein lokales Zusammenarbeiten der Behörden, wenn hier so bestimmte Erklärungen abgegeben werden und unmittelbar darauf das Gegenteil geschieht? Wir erwarten, daß der Staatssekretär über dieses bedenkliche Vorgehen in Preußen Aufschluß gibt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.): Auch wir sind mit der Rechtsprechung, wie sie Herr Hedrich vorgeführt hat, nicht einverstanden. Es liegt hier eine Ueberbannung eines an sich richtigen Grundsatzes vor. Man sollte lieber das Geld, das für ganz kleine Renten ausgegeben wird, für die wirklich schweren Läufe verwenden. — Die Behauptung, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter bei der Versicherung benachteiligt sind, weise ich zurück. Die Verschiedenartigkeit der Bestimmungen ist begründet in der Eigentümlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, in dem Naturallohn usw. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Vergleich des Herrn Rollenhöfer zwischen der Schornsteinfegererei und einer Detailistenberufsgenossenschaft war verfehlt, die letztere würde bei weitem mehr Mitglieder, also auch geringere Verwaltungskosten haben.

Abg. Decker-Arnberg (B.): Den Anregungen des Herrn Hoch kann ich zustimmen. Eine Besetzung der Versicherungsämter mit verabschiedeten Offizieren würde sowohl den Versicherungen der Regierung wie dem Gesetz selbst widersprechen. — Meine Schilderung von den Vorgängen bei der Beratung der Bestimmungen über die Gewerbebeschäftigten als Unfälle entspricht genau den Kommismissionsberichten des Herrn Hoch im Vorwärts. Die Regierung kann natürlich den von uns angeregten Paragraphen nicht ausführen, bevor nicht das Unfallversicherungsgesetz in Kraft getreten ist. — Weiter ist auf unseren Antrag die Bestimmung in das Gesetz gekommen, daß ein vom Arbeiter bezeichneter Gutachter vom Versicherungsamt unter allen Umständen zu hören ist.

Ministerialdirektor Caspar: Herr Hoch hat dem Minister Delbrück Wortbruch vorgeworfen. Ich habe sofort beantragt, daß der Minister benachteiligt wird. Nach meiner Erinnerung ist eine solche bestimmte Aussage von dem Minister nicht gegeben worden. Es ist nur gesagt, daß den Offizieren kein Vorrecht für diese Stellen gewährt werde. In dem preussischen Gesetz steht extra, daß die Offiziere sich die nötige Qualifikation durch jahrelange Erfahrungen erwerben sollen. Eine Aussage, daß pensionierte Offiziere von solchen Stellen überhaupt ausgeschlossen werden sollen, kann vernünftigerweise gar nicht gegeben worden sein. Meine Ansicht, daß Offiziere nicht bevorzugt werden sollen, hat der Minister immer nachdrücklich zur Geltung gebracht. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Westarp (L.): Offiziere und Militärärzte dürfen nicht zurückgesetzt werden; auf eine solche Zurücksetzung kommt die Tendenz der Reden der Herren Sozialdemokraten hinaus, und dem treten wir entgegen. (Beifall rechts.)

Abg. Westberts (B.): Den Vorwurf des Wortbruchs gegen den Minister mache ich mir nicht zu eigen; aber auffallend ist die Anfrage bei den Krankenläsungen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Schaffung neuer höher besoldeter Beamtenstellen in der Versicherung sollte die Regierung sich hüten, die geschulten Beamten mit praktischer Erfahrung, die in untern Stellen sich befinden, zu übergehen. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Abg. Decker-Arnberg (B.): Es ist sehr merkwürdig, daß das Rundschreiben nur in bezug auf die Offiziere ergangen ist.

Abg. Hoch (Soz.): Ich stelle fest, daß auch Herr Decker seine Auffassung von der Erklärung des Ministers teilt. Auf Grund der Haltung der Regierungsvorlage habe ich damals die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß Offiziere für solche Stellen genommen werden könnten. Ich hatte erklärt, daß in gewissen Ausnahmefällen auch Offiziere dafür geeignet sein könnten, daß aber in der Regel die ganze Vorbildung und Längigkeit der Offiziere für solche Posten ungeeignet machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Trimborn stimmte mir damals zu. Daraufhin hat sich der Minister erhoben und hat erklärt, es wäre in keiner Weise daran gedacht, in großer Zahl Offiziere in solche Stellen zu bringen. Sie werden doch nicht dem Volke einreden wollen, daß dieses Rundschreiben an alle Regierungspräsidenten nur ergangen sei, um in Ausnahmefällen Offiziere unterzubringen. Es ist ganz klar, daß das in großen Gedanken war. (Abg. Redebour: Es ist eine direkte Aufforderung an die Offiziere, sich zu melden!) Man sollte doch nicht betreiben wollen, was klar vor uns liegt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar: Herr Hoch hat nun schon zugegeben, daß nichts dagegen einzuwenden wäre, wenn in gewissen Fällen qualifizierte Leute, die früher Offiziere gewesen sind, angestellt werden. Es kann keine Rede davon sein, daß die Absicht bestanden hat, das in Massen zu tun, zumal ja nur Offiziere angestellt werden sollen, die sich durch mehrjährige Beschäftigung bei einer Krankenläsungen die Qualifikation erworben haben. (Anrede bei den Soz.) Auch werden in der Regel überhaupt nicht besondere Beamte für diese Stellen angestellt werden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Bezüglich der Berufsunfähigkeit war auch die Haltung des sozialdemokratischen Antrages nicht einwandfrei; ob z. B. die Lungenschwindsucht eines Webers darunter fiel, wäre sehr zweifelhaft.

Abg. Rollenhöfer (Soz.) bestreitet dies. In dem Streit über die Verwendung von Offizieren in den Krankenläsungen bemerke ich noch, daß es dort auch Stellen gibt, zu denen weder Vorbildung noch Qualifikation nötig ist. Wenn nämlich die Mehrheit der Arbeiter und die der Arbeitgeber sich über den

Vorliegenden nicht einigen, wird er von der Aufsichtsbehörde ernannt, und zwar auf Kosten der Kaffe. Wer die Kosten bestimmt, ist offen gelassen. Hier wird die Aufsichtsbehörde Offizieren ohne jede Vorbildung und Qualifikation zu Vorständen ernennen und die Vergütung für sie nach dem Range festlegen, den der Offizier vorher gehabt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulz (Sp.): Diese Befürchtung des Abg. Rollenhöfer ist ganz ungerechtfertigt. Im übrigen streiten wir um Kaisers Wort. Bis zum 1. Juli sollen alle Beamten ernannt sein, und bis dahin kann kein Offizier die mehrjährige Vorbildung sich erworben haben.

Abg. Hoch (Soz.): Das Rundschreiben ist an Tausende von Rassen ergangen; das beweist, daß man nicht einzelne Offiziere, sondern Offiziere in Massen in diese Stellen bringen will. Das ist keine lokale Ausführung des Gesetzes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Schulz meint, jetzt kann noch kein Offizier die nötige Ausbildung haben. Bei Offizieren wird die Behörde sagen, auch der Dumme ist uns noch gut genug. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar: Wenn jetzt schon ein Offizier angestellt würde, so wäre das ein Verstoß gegen den Wortlaut des Gesetzes, der ausdrücklich eine mehrjährige Ausbildungszeit verlangt. Damit liegt die Diskusssion. Die vorliegenden Resolutionsentwürfe, besondere Berufsgenossenschaften für den Detailhandel und für die Gärtner zu schaffen, werden angenommen.

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel Physikalisch-Technische Reichsanstalt feiert

Abg. Dr. Doormann (Sp.) die Verdienste der Anstalt, die jetzt ihr 25jähriges Jubiläum begeht.

Es folgt das Kapitel Kanalarbeit.

Abg. Hoff (Sp.) tritt für Aufhebung einzelner Beamten- und Arbeiterkategorien der Kanalverwaltung ein.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Darauf einzugehen, lehne ich ab; die Beamtenbesoldung ist vorläufig abgeschlossen. Die Weiterberatung wird vertagt auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Die Kolonialrats in der Budgetkommission des Reichstags.

Staatssekretär Solff teilte zu Beginn der Donnerstags-Sitzung mit, daß auch in 25 Staaten der Vereinigten Staaten Nordamerikas die Ehe zwischen Weißen und Schwarzen verboten sei. Eine Reform der Schutzgebietsgesetzgebung könne erst dann eintreten, wenn die Strafprozedur und der oberste Kolonialgerichtshof vom Reichstag verabschiedet worden ist, weil diese Gesetze von wesentlichem Einfluß auf die fernere Kolonialgesetzgebung sein werden. Dagegen müßten schnell die Rechte der Kirche und der Missionen reformiert werden, ferner die Staatsanwaltschaft. Abg. Erzberger begrüßte diese Reformen, wünschte aber noch, daß Landbesitzungen und Bergwerksrechte nicht mehr ohne Zustimmung des Reichstags erteilt werden dürfen. Auch die Zusammenziehung der Gerichte müsse reformiert werden, denn es sei ein Uebelstand, daß der Richter nach Gutdünken die Weisheit auswählt, also je nach Bedarf einen Gerichtshof zusammenlegen kann. Es wurde eine Resolution angenommen, die eine Reform der Schutzgebietsgesetzgebung fordert. — Sodann wurde in die Beratung des Etats für Kamerun eingetreten. Abg. v. Böhlendorff erzählte mit Begeisterung von dem angeblich riesigen Reichtum wertvoller Hölzer in Kamerun, obwohl selbst die angebliche Denkschrift es verneint, daß Holzreichtum vorhanden, und eine nennenswerte Verwendung möglich ist.

Abg. Noske fordert Auskunft darüber, ob die Regierung eine Untersuchung über die von Noske im Reichstage zur Sprache gebrachten schweren Arbeitermisshandlungen eingeleitet habe. Staatssekretär Solff teilte mit, daß Wittrock ein sehr umfangreicher Bericht eingetroffen sei, aus dem er das Folgende mitteilen könne: Die Angaben des Abg. Noske seien leider in der Hauptsache Wahrheit. Es sind schwere Ueberschreitungen gegen farbige Arbeiter vorgekommen, auch grobe Mißhandlungen, durch die auch sehr bedauerliche Krankheiten verschuldet worden sind. Junge Arbeiter, die von den Hauptlingen für den Bahndau bestimmt worden sind, sind in den Busch geschickt, wurden aber von den schwarzen Soldaten unter Anwendung von Gewalt und erheblichen Ueberschreitungen herausgeholt. Ein Kommissar hat dann die Arbeiterverhältnisse studiert und gegen 27 Angestellte der Firma, die die Mittelbahn baut, ein Verfahren eingeleitet. Dem Reichstage soll das Material zugänglich gemacht werden. Die Frage, wie es denn jetzt den schwarzen Soldaten geht, die wegen Meuterei von Kamerun nach Südafrika verbannt worden sind, beantwortet der Staatssekretär dahin, daß der Gouverneur die Begnadigung abgelehnt hat, weil im Interesse der Disziplin und des Ansehens des Deutschen Reiches eine exemplarische Strafe notwendig sei. Die Reise- und Umzugsgebühren für Beamte in Kamerun sind mit 311 400 M. eingeleitet, das sind 115 400 M. mehr als im Vorjahre. Die enorme Steigerung wurde lebhaft kritisiert, zumal schon wiederholt auf die auffällig hohen Umzugskosten hingewiesen werden mußte. — Die Beratung wird fortgesetzt.

### Wahlprüfungskommission.

Im Wahlkreise Halberstadt wurde der Abg. Brandes (Soz.) in der Stichwahl mit 1813 Stimmen gewählt. Auf den national-liberalen Kandidaten Rimpow fielen 1843 Stimmen. Wegen diese Wahl ist von national-liberaler Seite Protest eingelegt, der in der Hauptsache rügt, daß in zwei Wahlbezirken in Halberstadt die Wahlgellen den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen. Die anderen Protestpunkte sind von untergeordneter Bedeutung. Bei der Prüfung der Wahlakten stellte sich nun ein Fehler heraus, der zu einer langen Debatte und zu einer wichtigen Entscheidung führte. Nach § 11 des Wahlreglements hat der Wahlvorsteher des Wahlbezirks 3-6 Weisiger zu ernennen. Im 4. Wahlbezirk der Stadt Halberstadt hatte nun aber der Wahlvorsteher nur zwei Weisiger ernannt. Die Frage war nun, ob die Vorschriften des § 11 zwingender Natur ist. Diese Frage wurde mit 7 gegen 7 Stimmen verneint. Dagegen beschloß die Kommission, Beweiz darüber zu erheben, ob während des Wahlaktes jederzeit drei Personen immer gleichzeitig am Wahlstisch sich befinden. Die Prüfung dieser Wahl wird Freitag fortgesetzt. Die Wahl des Abg. Baudert (Soz.) wurde für gültig erklärt.

### Die Impfsfrage vor der Petitionskommission des Reichstags.

Der Zentralverband zur Bekämpfung des Impfwanges petitioniert wieder um Aufhebung der Zwangsimpfung. Der gleiche Antrag hat im Vorjahre die Kommission und das Plenum des Reichstages beschäftigt und ist schließlich durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt worden. Die Kommission beschloß im Hinblick auf die jedenfalls anders geartete Auffassung des jetzigen Reichstags und im Hinblick darauf, daß dem Reichstag von Zentrumseite und von sozialdemokratischer Seite Anträge vorliegen, die die Einsetzung einer paritätischen wissenschaftlichen Kommission zur Prüfung der ganzen Impfsfrage fordern, Regierungsvertreter zuzuziehen und sowohl die Petition wie die genannten Anträge später eingehend durchzusprechen.

### Die konfessionelle Eidesformel vor der Petitionskommission.

Die Debatte über die vom Vorstehenden der freireligiösen Gemeinde Deutschlands, Prediger Fischer, Breslau, und anderen gestellten Anträge füllte fast die ganze Sitzung der Kommission aus. Zentrum und Konfervative vertreten in der Eidesfrage den Standpunkt, daß die religiöse Formel dem Eide in erster Linie sein Gewicht gebe, und bei der Mehrzahl der Schwörenden die Furcht vor der Sünde größer sei, als die von dem irdischen Richter. Zugestanden wurde, daß in Deutschland viel zu viel und bei den wichtigsten Anlässen geschworen und dadurch die Bedeutung des Eides stark beeinträchtigt würde. Sozialdemo-

kraten und Fortschrittler bekamen demgegenüber, daß die Eidesleistung auf eine religiöse Formel einen völlig unverständlichen Gewissenszwang für diejenigen bedeute, die mit dem offiziellen Bekenntnis gebrochen haben. Die Kommission beschloß schließlich mit 14 gegen 13 Stimmen Uebergang zur Tagesordnung, obwohl vorher besonders betont wurde, daß die Frage durch Aufbringung der notwendigen Unterschriften dem noch im Plenum zur Behandlung gelangen würde.

Dasselbe Schicksal erfuhr die Petitionen auf Einbringung eines Gesetzesentwurfs, durch den der Zwang gegen Dissidentenfinder zur Teilnahme an christlichen Religionsunterricht beseitigt werden sollte, und die reichsgesetzliche Regelung des Austritts aus der Landeskirche. — Unter Hinzuziehung von Regierungsvertretern soll dagegen eine Petition verhandelt werden, die religiösen und politischen Vereinen das Recht auf Eintragung in das Vereinsregister und damit die Rechte einer juristischen Person gibt.

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Am Montag verstarb unser Mitglied, der Schuhmachermeister **Karl Stäpke**,  
Stahlhölzerstr. 27-28.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Straßhofes, Hermannstraße, aus statt.  
110/11 Der Vorstand.

**Sozialdemokr. Kreis-Wahlverein Nieder-Barnim.**  
Bezirk Nieder-Schönhausen.  
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau **Ernestine König**  
am 19. März gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Buchholzer Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
240/18 Die Bezirksleitung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Stralauer Viertel, Bez. 353 o.  
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Steinbrucker **Franz Weise**  
Grauburger Str. 6, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
214/10 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubenbrecher **Johann Milde**  
am 20. d. Mts. an Magenleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sünderer Kirchhofes in Erkden aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
114/5 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
(Köpenicker Viertel),  
Bezirk 206 I.  
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kaufmann **Adolf Letzel**  
(Brangelstr. 59)  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes in der Landsberger Allee aus statt.  
Der Vorstand.

**Verband der Sattler und Portefeullier, Ortsverwaltung Berlin.**  
Den Mitglidern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschirrfattler **Georg Rohr**  
Brauerei Vohsenhofer, Alt-Moabit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Moabiter Krankenhauses aus nach dem Neuen Johannis-Kirchhofes in Wlshagen statt.  
156/12 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 20. März verstarb unser Genosse, der Schuhmacher **Ernst Baumgardt**  
Oberberger Straße 14.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemani-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Kordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband**  
Zweigverein Berlin.  
Am 18. März verstarb unser Mitglied, der Bauarbeiter **Erich Pundrich**  
(Bezirk Osten II).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
138/3 Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer **Gustav Höhne**  
am Dienstag, den 19. März, im Alter von 46 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemani-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Kordend aus statt.

Am 20. März entfiel nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Sattler **Gottlieb Hanke**  
im Alter von 69 Jahren.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten St. Thomas-Kirchhofes, Reinfuß, Hermannstraße, aus statt.  
**Oskar Hanke, Gustav Hanke, Hermannstr. 81.**

Ferner den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreikönigsfahrer **Karl Moews**  
am Mittwoch, den 20. März im Alter von 63 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Roedden aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
62/17 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere innig geliebte Tochter **Helene Boczek**  
nach schwerem Leiden trotz aller Mühe und ärztlicher Hilfe im 19. Lebensjahr sanft entschlafen ist.  
Dies zeigen die tiefbetäubten Eltern an.  
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von Trauerhalle, Sorauer Straße 21, aus nach dem neuen Johannis-Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt.  
Witwe Thiele nebst Kindern.





# A. Wertheim



G.M.B.H

Leipzigerstr. 132-37  
Königstrasse 31-32

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37  
Die Firma A. Wertheim  
hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen

Rosenthalerstr. 28-31  
Oranienstrasse 52-55

## Soweit Vorrat Preiswerte Lebensmittel

Inseriertes Obst, Gemüse und Fische werden nicht zugesandt

### Frisch. Fleisch

Pa. Schmorfleisch 95 Pf.  
Fehltrippe und Brust . . . Pfund 75 Pf.  
Kamm u. Gulasch Pfd. 70 Pf.  
Gehacktes . . . . . Pfund 60 Pf.  
Talg rob . Pfund 45, ausgelassen Pfund 55 Pf.  
Pökeltzunge . . . . . Pfund 1.30  
Pökelfleisch . . . . . Pfund 1.00  
Eisbein (Dickbein) . . . . . Pfund 65 Pf.  
Frischer Schinken im ganzen Pfund 80 Pf.  
Schweinekamm u. Schuft 85 Pf.  
Schweinekotelettes Pfund 95 Pf.  
Rückenfett . . . . . Pfund 65, 70 Pf.  
Kalbskeule und Nierenbraten im ganzen Pfund 1.00  
Kalbskamm u. Bug 75, 80 Pf.  
Kalbsbrust Pfd. 80, Spitze 95 Pf.  
Hammelkeule und Rücken l. ganz. Pfd. 85 Pf.  
Kasseler Rippespeer 80 bis 95 Pf.

#### Renntierfleisch

Keule	Rücken	Blatt	Ragout
Pfd. 90	70	50	15 Pf.

Wilde Kaninchen St. 1.00

### Fleischwaren

Rotwurst . . . . . Pfd. 45, 70 Pf.  
Landleberwurst . . . . . Pfd. 85 Pf.  
Feine Leberwurst . . . . . Pfd. 95 Pf.  
Pasteten-Leberwurst . . . . . Pfund 1.10  
Jagdwurst . . . . . Pfd. 90 Pf.  
Bauernmettwurst mit Knoblauch . 1.00  
Teewurst . . . . . Pfd. 1.10  
Salami- und Zervelatwurst Pfd. 1.20  
Zervelatwurst in Fettdarm . . . . . Pfd. 1.35  
Plockwurst . . . . . Pfd. 1.25  
Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfd. schwer Pfd. 1.15  
Schinkenspeck in Stücken von 1/2 bis 1 Pfd. . . . . Pfund 95 Pf.  
Landschinken ca. 5-10 Pfund schwer Pfd. 1.20  
Delikatess-Würstchen Dose 12 Paar 1.50, Dose 6 Paar 80 Pf.  
Delikatess-Sülze ca. 1 Pfund schwer Dose 80 Pf.  
Schinken tafelfertig zum Warmmachen in Dos. von ca. 6-9 Pfd. Pfd. 1.40

### Obst u. Gemüse

Blut-Apfelsinen . . . . . Dtz. 45, 55, 83 Pf.  
Apfelsinen . . . . . Dtz. 35, 45, 60 Pf.  
Zitronen . . . . . Dtz. 28 Pf.  
Ananas . . . . . Pfund 68, 85 Pf.  
Amerikanische Äpfel . . . . . Pfund 18 Pf.  
Krachmandeln . . . . . Pfund 75 Pf.  
Traubenrosinen . . . . . Pfund 75 Pf.  
Haselnusskerne . . . . . Pfund 85 Pf.  
Wallnusskerne . . . . . Pfund 1.35  
Para-Nüsse Pfd. 75, Datteln Pfd. 85 Pf.  
Röm. Pflaumen Pfd. 1.40, Kiste 78 Pf. 1.38  
Sellerie grosse Knollen . . . . . Stück 25, 30 Pf.  
Kanarische Kartoffeln Pfund 14 Pf.  
Malta-Kartoffeln . . . . . Pfund 10 Pf.  
Blumenkohl grosse Köpfe Kopf 25, 30 Pf.  
Kopfsalat . . . . . 2 Köpfe 25 Pf.  
Radieschen . . . . . 2 Bund 10 Pf.  
Schwarzwurzeln . . . . . 2 Pfund 25 Pf.  
Frische grüne Gurken Stck. 48, 52 Pf.  
Artischocken . . . . . Stück 25 Pf.

### Fische

Schellfische Pfund 13, 18 Pf.  
Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen . . . . . Pfund 12 Pf.  
Rotzungen . . . . . Pfund 15, 20 Pf.  
Bratschollen . . . . . Pfund 10 Pf.  
Grosse Schollen Pfd. 22 Pf.  
Seelachs ohne Kopf, in ganzen Fischen . . . . . Pfund 12 Pf.  
Heilbutten . . . . . Pfund 38 Pf.  
Lachs in ganzen Fischen . . . . . Pfund 46 Pf.  
Zander Pfund 65, Stockfisch 55 Pf.  
Hechte lebend . . . . . Pfund 85 Pf.  
Plötzen lebend . . . . . Pfund 33 Pf.  
Grosse Schleie lebend Pfund 92 Pf.  
Schuppenkarpf. Pfund 60 Pf.  
Spiegelkarpfen lebend Pfund 78 Pf.

### Geflügel

Enten <sup>gr.</sup> <sub>fr.</sub> 2.50, 2.75, 3.00  
Junge Gänse . . . . . Pfund 1.25  
Junge Tauben . . . . . Stück 80 Pf.  
Suppen-Tauben Stück 58 Pf.  
Wolghühner Stück 1.40, 1.75, 2.00  
Puten . . . . . Pfund 88, 95 Pf.  
Suppenhühner Stk. 2.00 bis 2.75  
Birkhähne . . . . . Stück 2.00  
Ungar. Mast-Enten u. -Puten

#### Ständiger Verkauf:

**Haushalt-Kakes**  
Paket ca. 1 Pfund 65 Pf.  
**Spezialmischung**

**Trumpf**  
feine Speise-Schokolade Pfd. 1.50  
besteh. aus 50 pCt. gemahl. Bohnenkaffee u. 50 pCt. Kaffee-Ersatz Pfd. 95 Pf.

## H. Weltmann Nachf. Stefan Esders

BERLIN C

Kaiser-Wilhelm-Strasse 41-42  
Spandauer. Str. 70-71



## Ulster

ein- und zweireihig  
M. 26-37-45-52-  
60-70-80-

## Paletots

M. 22-26-30-36-  
42-50-60-70-

Nur eigene Anfertigung!  
Vorzügliche Stoffe  
neuester Dessins.  
Hervorragendste Passform

Das Haus hat keine Zweig-Niederlassung in Berlin

Wichtig für jeden Raucher!

## BOLERO Cigaretten

Verfeinerte Qualität!

Tabake neuester Ernte!

GEBR. SELOWSKY, DRESDEN.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, <sup>sicht am</sup> Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

**Möbel-Angebot.**  
Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnschränke sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei keiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Postamt 100.  
Kein Abzahlungsgeschäft. 247712\*

## Palmona

(Pflanzen-Butter-Margarine)

Ist von feinsten Süßrahmbutter durchaus nicht zu unterscheiden. Wer das nicht glauben will, streiche sich ein Palmona-Butterbrot und überzeuge sich selbst! Probieren geht über Studieren! Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!



Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung. Donnerstag, den 21. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Trotz zu Solz. Zu einem Antrag des Abg. Dr. Wizerki (Pole) auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Korsantj...

Der Etat des Volksschulwesens.

Zweiter Tag.

Abg. Girsh (Soz.):

Die gestrige Rede des Abg. Dr. Geh war, abgesehen von den Ausfällen auf die liberalen Lehrer, ein fortgesetzter Angriff gegen die Sozialdemokratie.

Wenn Herr Geh meinen Freund Vorchardt als einen parlamentarischen Anfänger bezeichnet hat, so ist die Wichtigkeit dieser Tatsache nicht zu bestreiten. Aber ein parlamentarischer Anfänger kann sehr gute und ein alter Parlamentarier braucht deshalb noch nicht sehr weise Reden zu halten. Auch das parlamentarische Alter schützt vor Torheit nicht. (Sehr gut! links.) Wenn man den wissenschaftlichen Wert einer Rede, den Herr Geh der Rede Vorchardts bestritt, lediglich nach der Selbstgefälligkeit beurteilt, mit der sie vorgetragen ist, dann müßten wir allerdings dem Abg. Geh die Palme der Wissenschaft zuerkennen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Geh nennt die Forderungen meines Freundes Heinrich Schulz einfach „wahnsinnige Forderungen“. Andere, bemerkenswertere Männer urteilen anders über das Buch von Schulz. So zum Beispiel der Universitätsprofessor Dr. Rein-Jena in der „Frankfurter Zeitung“. Er sagt: „Sieht man von den parteipolitischen Grundlagen ab, von denen der Verfasser ausgeht, namentlich von der Ausschaltung der Familie als Erziehungsfaktor, so kann man sich mit nicht wenigen der Reformvorschläge einverstanden erklären, vor allem dem, die historisch gewordenen Schuleinrichtungen durch eine einzige nationalorganische Gesamtheit zusammenzufassen, die aus einer gemeinsamen Grundschule herauswächst, wobei die persönlichen Anlagen und die damit verbundene Leistungsfähigkeit den Ausschlag für die Wahl der über die Volksschule hinausliegenden Schulgestaltungen zu geben haben. Die Reform, die der sozialdemokratische Verfasser vorschagt, knüpft eng an das Vorhandene an und sucht von hier aus die langfristige Gestaltung vorzubereiten.“ (Hört! hört! bei den Soz.) Herr Geh hat aber auch die Gesamtheit der sozialdemokratischen Wähler als urteilslos bezeichnet. Nun, Herr Geh, wenn Ihnen, nachdem Sie Ihre Anschauungen den Wählern einer kulturell entwickelten Gegend vorgetragen haben, auch nur ein einziger seine Stimme gibt, will ich Ihnen gern konzedieren, daß die Wähler urteilslos sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber, wo es denke Menschen gibt, wird Sie keiner wählen. Das, was Herr Geh gestern erklärt hat, hat er schon im vorigen Jahre in zwei langen Artikeln der „Konigschen Volkszeitung“ geschrieben, nur unsere erste parlamentarische Pflichtenfullung kann uns bestimmen, bei dem wiederholten Vortrag solcher Ansichten auch noch zuzuhören. Den aheren Erfolg in diesem Hause, der allerdings wenig belogen will, hat er gewiß gehabt, namentlich als er behauptete, daß die Sozialdemokratie den Schulunterricht bereits mit dem dritten Lebensjahr beginnen lassen wolle. Das ist aber gar nicht wahr, sondern wir fordern, daß für die zahllosen Kinder in noch nicht schulpflichtigem Alter, die des Heimes und der elterlichen Für Sorge entbehren, etwas geschieht, damit sie nicht zugrunde gerichtet werden. We Herr Geh nicht, daß die katholische Kirche sich der Kinder vielfach noch viel früher, wenn auch zu selbstlichen Zwecken, annimmt? Schulz unterscheidet sehr genau zwischen unserem Zukunftsideal und unserem, schon heute durchzuführenden Forderungen. Das alles durcheinander zu wurfen, hieß Herr Geh vorbehalten. Mit allen einsichtigen Pädagogen fordern wir eine

Herabsetzung der Klassenfrequenz auf 30.

Die Rechnung, mit der uns Herr Geh vernichten will, ist ein Schulbeispiel dafür, wie man es nicht machen darf, wenn man die Wahrheit erforschen will. Während er in der „Kön. Volkszeitung“ behauptete, daß die Verwirklichung der sozialdemokratischen Schulforderungen 4 Milliarden erfordern würde, waren es gestern schon 6 Milliarden, und wenn er seine Rede vielleicht erst morgen hätte halten können, wären es 7 oder 8 Milliarden geworden. (Heiterkeit links.) Es ist ein Grundirrtum, daß sich mit der Herabsetzung der Klassenfrequenz auf die Hälfte alle Ausgaben verdoppeln müßten. Die Ausgaben für Unterrichtsmittel würden sich gar nicht, die für Schulgebäude lange nicht in dem Maße vermehren, denn die Klassen würden ja dann kleiner sein können. Bei Herabsetzung der Frequenz würde mancher Kreisfurhulinspektor überflüssig werden. Weitere Ersparnisse könnte man durch die Verringerung der Schulen für konfessionelle Minderheiten machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine genaue Rechnung, selbst auch nur Schätzung der Kosten, ist unmöglich. Die Frage ist in der Tat nicht, ob die Verwirklichung unseres Schulideals eine Milliarde mehr oder weniger kostet, sondern ob wir imstande und willens sind, die für die Volksschulbildung erforderlichen, eines Kulturstaates angemessenen Aufwendungen zu machen. Nehmen wir an, daß die Kosten drei Milliarden wären — das wäre nur der zehnte Teil des von Professor Deibtrud berechneten Jahreseinkommens aller preussischen Staatsbürger zusammen. Ja, ist Ihnen der zehnte Teil des Einkommens der preussischen Staatsbürger zu viel für die Bildung der Jugend des Volkes? Rechnen Sie unsere Ausgaben für Militar, Marine und Kolonialpolitik, für kirchliche Zwecke und für Bekämpfung der Polen — wenn Sie das alles sparen, dann haben Sie Geld in Hülle und Fülle, um unsere Volksschulbildungsforderungen zu erfüllen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ja würde Herr Geh sehr gern auf das Gebiet seiner Reugier folgen, wie es im sozialdemokratischen Zukunftsstaat aussehen werde. Aber der Präsident wird nicht der Meinung sein, daß der sozialdemokratische Zukunftsstaat zu dem Kapitel Elementarunterrichtswesen des Etats gehört. Und wenn doch Herr Geh am Schicksal prophezeit hat, daß es zu dem Zukunftsstaate gar nicht kommen werde, so, warum ist er dann so neugierig, wie es in einem Staate aussieht, den es nach seiner Meinung niemals geben wird. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es gibt Leute, die mehr fragen, als tausend Wee beantworten können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wollte ich darauf eingehen, so würde das Zentrum über den Mißbrauch der Zeit des Hauses durch die Sozialdemokraten schreien! Uebrigens haben wir mit der Kritik der heutigen Volksschulzustande so ungeheuer viel zu tun, daß wir die Erörterung des Zukunftsstaates einstweilen ruhig vertagen können. Ich halte es mit Goethe:

Das Dahen kann mich wenig kammern, Schlägt Du erst diese Welt in Trümmern, Die andere mag danach entstehen.

Bevor ich mich dieser Kritik aber zuwende, möchte ich dem Abg. Geh noch den Dank meines Freundes Schulz aussprechen für die vorzügliche Beklampe, die er für sein Werk gemacht hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Zahlen, mit denen Abg. Vorchardt lechtin nachgewiesen hat, wie verhältnismäßig wenig der Staat für die Volksschulen ausgibt, sind von keiner Seite angezweifelt worden. Sie beruhen ja auf amtlichen Material. Die Schulfachstatistik vom 24. Mai 1911 stellt fest, daß, was ich auch zugebe, der Lehrermangel abgenommen hat. Die Zustände haben sich in dieser Beziehung ganz wesentlich gebessert. Aber am 2. Oktober 1911 waren immer noch 883 Lehrstellen unbesetzt. Es gab immer noch 13 548 Schulen mit zusammen 661 147 Kindern, die in einklassigen Schulen unterrichtet wurden. Weiter 4107 zweiklassige Schulen mit 488 819 Kindern, und 4190 dreiklassige Schulen bei 2 Schulstellen mit 578 173 Kindern; an sonstigen drei- und mehrklassigen Schulen waren vorhanden 10 159 mit über vier Millionen Kindern und an Halbtagschulen 9352 mit 526 900 Kindern. Angesichts dieser Zahlen kann man von einer vollkommenen Befreiung des Lehrermangels nicht sprechen. Und immer noch kommen auf einen Lehrer in der Stadt 40, auf dem Lande sogar 61 Schüler. Nach amtlicher Mitteilung waren am 1. Mai v. J. 7396 Schulen mit 2 219 000 Schulkindern überflüssig,

darunter befanden sich Klassen, die eine Frequenz von 100 bis 150 Kindern aufwiesen. Besonders schlimm ist das im Osten; im Regierungsbezirk Posen beträgt die niedrigste Schülerzahl in einer Klasse 87 und auf den einzelnen Lehrer entfallen im Durchschnitt 128 Kinder. Rechnet man auf jede Klasse 60 Schüler, so fehlen in den 28 Schulgemeinden nicht weniger als 83 Lehrer. Für Germanisierungsbestrebungen hat der Staat Geld übrig, nicht aber für die Erfüllung seiner Pflichten auf dem Gebiete des Volksschulwesens. Aber selbst in der Provinz Brandenburg haben wir Zustände, die jeder Beschreibung spotten. So existieren in Bezirke Potsdam 124 Volksschulen, in denen auf einen Lehrer 80 Schüler kamen und im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. sogar 227 solcher Volksschulen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Lehrziel der Volksschule wird vielfach nicht erreicht und selbst in Charlottenburg, wo das Volksschulwesen anerkanntermaßen auf einer gewissen Höhe steht, haben knapp zwei Drittel der Volksschüler das Ziel der Volksschule erreicht.

In einer Schrift des Kölner Professors Adolf Weber über „Die Großstadt und ihre Probleme“ werden trostlose Beispiele für die Erfolge Berliner Volksschulen angeführt. Auf die Frage, warum wir Oskern feiern, gaben von 23 Bierzechnjahrigen 9 gar keine, 5 eine grundsätzliche Antwort. Die Frage: Wie heißt der Stifter der christlichen Religion? beantworteten 9 Schüler mit Dr. Martin Luther, 2 Schüler würden überhaupt nicht achtjährigen Unterricht keine Antwort. Als Zeitgenossen Wilhelms I. wurden Bismarck, Gneisenau und der Große Kurfürst angegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 9 dieser Schüler, die die Volksschule verlassen, würden von Bismarck kein Wort und 2 konnten nicht einmal den Namen des Deutschen Kaisers. Wenn das die Erfolge in Berlin, in den nach Ihrer Ansicht wichtigsten Rahern sind, dann können Sie sich denken, wie es in den anderen Gegenden und erst auf dem Lande aussieht. (Ruf rechts: Viel besser!) Wer behauptet, daß die Schulen in den Großstädten weit schlechter sind, als die auf dem Lande, beweist nur, daß er nicht imstande ist, objektiv zu urteilen, sondern nur durch die Brille der Parteileidenschaft. Ich kann es nur als

leeres Gewäsch

bezeichnen, wenn man immer und immer wieder davon spricht, daß in Preußen die Kulturaufgaben nicht leiden. Ich wuhle absichtlich diesen meinem Gesmach nicht entsprechenden Ausdruck, weil der Berichterstatter der Budgetkommission die sozialdemokratische Behauptung von der Vernachlässigung der Kulturaufgaben als ein leeres Gewäsch bezeichnet hat. Das ist der Ton in der Kommission, in der die Sozialdemokratie nicht vertreten ist. Dieses Beispiel beweist Ihnen, die Sie behaupten, wir trügen zur Verrohung des Tones im Hause bei, daß wir hier im Hause verborben worden. (Große Heiterkeit links; verlegenes Lachen rechts.) Aus den von verschiedenen Parteien gestellten Anträgen geht hervor, daß auch andere Parteien den Lehrermangel empfinden. Die Verordnung, die die Regierung gegen den

Mißbrauch der Hutefinder

erlassen hat, enthält nicht ein Wort über die Dauer der Arbeitszeit und gestattet, daß schon Kinder im ersten Lebensjahre zum Huten verwendet werden. Solche Kinder müssen losperlich und geistig zurückbleiben (Widerpruch rechts.) Sie sagen, was soll das den Jungen schaden? Wahrscheinlich haben Sie in Ihrem Leben nicht als Hutefinder gearbeitet und Sie würden Ihre Kinder auch nicht als Hutefinder von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang arbeiten lassen. Der Schulunterricht wird dabei vollständig vernachlässigt, nicht einmal eine einigermaßen ausreichende Sonntagsruhe haben die Kinder. Und da sollen die Kinder auf dem Lande wer weiß was lernen. Das System der Hutefinder men als erzieherischen und gesundheitlichen Gründen beseitigt werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Redner bespricht dann die Ergebnisse der Erhebungen der von der Berliner Arbeiterkammer eingesetzten Kinderbeschulungskommission; als er dabei die Regierung auffordert, Hand an Werk zu legen und dafür zu sorgen, daß eine kräftige Jugend heranwächst, die bereit ist, den Kampf ums Dasein zu bestehen, wird von der Rechten gerufen: Lauter Studentenhofer! — Dieser Ruf ist bezeichnend für Sie! Ein Gefangnislehrer Exjunkt von Wlodyense hat auf der Lehrerversammlung in Breslau 1898 ausdrücklich erklärt, daß unter den schweren Verbrechen viele sind, die in ihrer Jugend als Regeljungen und Semmeltrager arbeiten müßten und dabei zu keinen Diebstählen und Betrugsereien verleitet wurden. Wenn die Regierung Mittel auswirft, um diesen unheilvollen Zuständen ein Ende zu machen, dann tut sie eintausendfach vernunftigeres Werk, als wenn sie Mittel vergeudet für Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugend. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Schulgesundheitspflege muß mehr geschehen, es fehlt noch vielfach an Schulkraften, wodurch die rechtzeitige Heilung von Beispiel skrofuloser Kinder verhindert wird. Die Ausgaben dafür rentieren sich sehr gut, denn aus gefunden Kindern werden später gute Steuerzahler.

Der Staat muß die weniger leistungsfähigen Gemeinden hierbei unterstützen, selbst wenn wir dadurch allmählich zur Staatschule gelangen würden, deren Anhänger wir sind, freilich nicht in dem gegenwärtigen Klassenstaate.

Warum hat man keinen Lehrer zu den Vorberatungen? Sozialdemokraten werden von Schulkommissionen und Schulvorstanden ferngehalten; statt der Eltern der Kinder, die die Gemeindefamilien besuchen, entscheiden die Eltern über das Volksschulwesen, deren Kinder in höheren Schulen geschickt werden. Die Lehrer schaltet man aus, denn sie könnten zu viel Verstandnis entwickeln. Wie die Agrarier die Lehrer einschugen, ist ja bekannt genug. Die Lehrer haben wie jeder Staatsbürger das Recht, auch eine eigene politische Ueberzeugung und ebenso gut wie ein Lehrer einmal vom richtigen Weg abirrt und konservativ wird, ebenso gut ist es zu verstehen, daß ein Lehrer auf den richtigen Weg kommt und Sozialdemokrat wird. Nicht gegen die Lehrer, die Sozialdemokraten sind und vom Minister als Heuschler bezeichnet wurden, ist ein Vorwurf zu richten, sondern nur gegen diejenigen, die durch ihren

Terrorismus die wirtschaftliche Existenz aller derer untergraben, die es wagen, wider den Stachel zu lachen. Eine Dienstaneignung der Regierung zu Koslin an die Kreisfurhulinspektoren fordert von den Lehrern so nachdrücklich Zurückhaltung, daß sie direkt darauf hinausläuft, daß sich die Lehrer überhaupt nicht politisch betätigen sollen. Nur für die Konferenzen oder das Zentrum sollen die Lehrer agieren, aber dafür bedanken sie sich.

Von unserem Ideal, der wirklichen Volksschule, sind wir noch sehr weit entfernt. Auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß in Danzig hat Geheimrat Rubejus erklärt, daß es unmöglich ist, das auszuwachen, was die Schüler aus dem Hause an Anschauungen, Gedanken, Empfindungen und Gefühlen mitbringen. Sie aber glauben, daß Ihnen das gelingen wird. All Ihre Reden, daß die Schule eine konigstreue, gottesfürchtige usw. Jugend heranzubilden müsse, beweisen, daß Ihnen die Schule ein Instrument der Herrschaft

der Herrschenden Klassen ist, wie die Polizei, die Justiz usw. Wir fordern dagegen die völlige Trennung von Schule und Kirche, Weisheit des Unterrichts und Abschaffung des Religionsunterrichts. Diese Forderung erheben wir aus wahrer Religiosität. (Lachen rechts und im Zentrum.) Einflureiche Pädagogen, die Bremer Lehrer und andere stehen auf dem gleichen Standpunkt wie wir. Wenn die Anschauungen des Herrn Geh, der u. a. behauptete, daß dort, wo die Religion aus der Schule verbannt sei, die meisten Analphabeten seien, bei uns in Preußen erst herrschen, dann werden auch wir bald mit einer größeren Zahl von Analphabeten gesegnet sein. Das Zentrum möchte wohl am liebsten nach dem Buch des Professors Joseph Paug von der königlichen Universität in Münster lehren, worin ganz genau die Einteilung der Hölle bis in alle Details geschildert ist. Wir bedanken uns für solche Weisheit; wir werden für wirkliche Volksschulbildung sorgen. Bereit ist die Religion den Leuten durch eine Partei, deren ganze Tätigkeit auf Verdummung, Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes gerichtet ist und die ihr gefahliches Handwerk unter dem Deckmantel einer Religion betreibt, die keine Religion ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lachen im Zentrum.)

Der Oberkonsistorialrat Frank in Danzig erklärt, daß die gegenwärtige Wirtschaftsordnung nicht christlich sei, daß vielmehr die Sozialdemokratie die Verwirklichung der christlichen Grundsätze erstrebe und 1877 hat sogar Dr. Hige anerkannt, daß es unberechtigt sei, den Sozialismus als unchristlich zu verwerfen und das Privateigentum am Produktivkapital förmlich als christliche Einrichtung hinzustellen. (Ruf vom Zentrum: Das hat er zurechtgenommen!) So, wo und wann denn? Sie haben immer nur eine Ausrufe. Aber Sie beleidigen Herrn Hige, wenn Sie behaupten, daß er sich von seinen früheren vernunftigeren Anschauungen zu Ihrem heutigen Standpunkt durchgemauert habe. Unser Schulprogramm ist von dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie dahin zusammengefaßt worden, daß sich alle an der Erziehung beteiligten Parteigenossen dieser Aufgabe mit dem tiefbedenklichen Ernst und der größten Gewissenhaftigkeit angemeen haben. So lange aber die Volksschule als Werkzeug der Klassenherrschaft mißbraucht werde, muß die heutige Erziehung den Tendenzen entgegenwirken, welche den Schulunterricht verfälschen und vergiften. Die Erziehung im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erfolge nicht dadurch, daß man die unmündigen Kinder zum Auswendiglernen programmatischer Formeln zwingt, sondern durch zweckentsprechende Geistes- und Charakterpflege das Verständnis der sozialistischen Theorien und die Betätigung sozialistischer Gesinnung vorbereitet werde.

Wir sind überzeugt, daß wir durch unsere Bemuhungen in diesem Sinne der Menschheit, dem Volke einen weit größeren Dienst leisten als diejenigen, die Religion, Kirche und Schule mißbrauchen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und zur Verdummung des Volkes. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gudenberg (nail): In den scheinbar utopischen Schulidealen steckt oft ein sehr berechtigter Kern. Die Für Sorge für die noch nicht schulpflichtigen Kinder ist ein durchaus gesunder Gedanke. Die Einheitschule wird nicht nur von der Sozialdemokratie gefordert, den Tätigen aus allen Volksschichten soll der Weg zu höheren Lebensstellungen geobnet werden. Wer die Schule kritisieren will, muß sie auch kennen, das aber habe ich beim Abg. Vorchardt nicht gefunden. Man kann nicht sagen, alles was der Klassenstaat einrichtet, taugt nichts. Abg. Vorchardt muß doch das hochstehende Berliner Schulsystem kennen. Unsere Lehrerschaft ist ängstlich bemacht, gesunde Erziehungsmittel zu finden. Ohne Unterordnung unter die Autorität ist kein Gemeinschaftsleben möglich, auch keine Erziehung. Auch Sie (zu den Sozialdemokraten) werden anerkennen müssen, daß die Eltern, das erfahrene Alter, das Gute, das Wahre und Schöne Autorität bleiben muß. (Sehr richtig!) Allgemein zu behaupten, daß unsere Erziehung auf der Furcht vor der Strafe und der Aussicht auf den Lohn beruhe, ist eine Beleidigung unserer Lehrer, die die Kinder zu Charakteren erziehen wollen. Selbstverständlich kostet ein Student mehr Aufwendungen als ein Volksschüler. Aber weil ein Lämmergeier weit mehr Nahrung verbraucht als ein Pausenbrot, ist doch der Pausenbrot nicht untererhert. (Sehr gut!) Bei allzuwach besetzten Klassen würde der gegenständliche Ansporn der Schüler fehlen. Der Redner bespricht dann Lehrgerechtigkeitsfragen, weist es zurück, daß die liberalen Lehrer Gegner des Religionsunterrichts und Schrittmacher der Sozialdemokraten seien und wünscht, daß die dritte Lesung nicht auf Kosten des deutschen Sprachunterrichts gehen soll. Möge nie der Tag erscheinen, daß unserem Volksschulwesen eine verschuldete Klandrigkeit nachgefagt werden muß. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Ernst (Op.) protestiert namens des Vorstandes des Deutschen Lehrervereins energisch gegen die Verschuldung des Abg. Geh. Der gesunde Sinn der Lehrer wird der Sozialdemokratie das Eindringen unmöglich machen. Der Deutsche Lehrerverein steht hoch über diesen Angriffen. Für den hauswirtschaftlichen Unterricht muß viel mehr geschehen. Es fehlen und noch 21 200 Lehrer. (Hört! hört!)

Kultusminister v. Trotz zu Solz: Ich kann fast in allem dem Abg. Gudenberg zustimmen. Gemi ist noch viel zu bessern, aber die Staatsfinanzen müssen berücksichtigt werden. Die überflüssigen Schulen sind von 1905 bis 1911 von 9589 auf 7396 zurückgegangen. Auf eine Schulstelle entfielen 1901: 64, 1906: 61 und 1911: 57 Kinder, auf eine Klasse 54, 53 und 51. Auf 10 000 Einwohner kommen nur zwei Analphabeten. Preußen steht auf dem Schulgebiet an der Spitze in der Welt. (Lebh. Zustimmung.) Die Schulverwaltung beklagt die Beschäftigung der Kinder während der Schulzeit zur Erwerbsarbeit, aber zuständig dafür ist die Gewerbeverwaltung, das Reich. Die Unterrichtsverwaltung wird da alles tun, was sie kann. Auf dem Lande ist es nicht so schlimm. Die Beschäftigung als Hutefinder ist gesundheitlich nicht schädlich, aber im Interesse des Schulbesuchs muß das Hutefinderwesen nach Möglichkeit einzuschränken versucht werden. Die Ferien dafür für Landarbeit nicht gelast werden. Die Verursacher von Kindern in der Schulzeit wird immer mehr eingeschränkt. Wir bevorzugen auch nicht das Land vor den Städten. Besondere Vorkehrungen für die Gesundheit der Kinder sind auf dem Lande nicht so nötig, die Kinder sind ja viel mehr in der frischen Luft als in der Stadt. Dem Bedarfsfussen der Kirche kommen wir bei der Kosterlehre weit entgegen. Die Landflucht der Lehrer geht erfreulicherweise zurück. Wenn ein Lehrer in Not gerät und um Unterstützung erndet, so hat er Anspruch darauf; das ist kein Almosen. Neue Fächer wollen wir nicht einführen, sondern die jetzt gelehrten ver-



tiefen. Damit dienen wir der Jugend besser. (Zustimmung.) Der Minister erläutert die beabsichtigte Ausgestaltung der Lehrerseminare und der Lehrerkurse.

Abg. Hedenroth (L.): Die Landlehrer wollen gar keine kleinen Klassen. Die Landschulen sind gut. Die Kleinbauern können die Kinderarbeit nicht entbehren. Wir bitten, mit der Ferienanweisung noch mehr die Landwirtschaft zu berücksichtigen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben längst auf die bedauerliche Ausbeutung städtischer Kinder durch Eigenmut der Eltern, auch infolge der Not, hingewiesen. Die Lehrer haben politische Freiheit, aber wenn sie Sozialdemokraten sind, handeln sie doch gegen den Treueid für den König. Sozialdemokratische Lehrer dürfen also nicht gebildet werden. Sie sprechen von Religiosität, aus der Sie die Abschaffung des Religionsunterrichts fordern? Wedel hat doch gesagt: Auf politischem Gebiet verlangen wir die Republik, auf religiösem den Atheismus, auf ökonomischem den Kommunismus. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Wo hat Wedel das gesagt?) Den Lehrern soll der Hochschulbesuch erleichtert werden. Wo es notwendig ist, sind auch wir für hauptamtliche Kreisfachsinspektoren. Die Geistlichen sind ebenso geeignet zur Schulinspektion wie Pädagogen und dergleichen. Man könnte sie ja auch noch besser pädagogisch ausbilden. Die geistliche Ortschulaufsicht ist den Lehrern, wie den Geistlichen unangenehm, aber im Dienste der Kirche und der Eltern üben sie die Geistlichen aus. — Die Bremer Lehrer und Herr Generalsekretär Lewis haben Veseitigung des Religionsunterrichts und Erziehung durch einen allgemeinen Moralunterricht verlangt, aber der Vorstand des Deutschen Lehrervereins hat erklärt, daß diese Forderung der Bestimmung eines großen Teils der Lehrerschaft entspricht. Das ist höchst bedenklich. (Stürmische Zustimmung rechts.) Die Landlehrer sollten erklären, daß sie mit dieser Diskreditierung der Schule nichts zu tun haben. (Bravol rechts.) Die Thesen des hannoverschen Lehrerkongresses über die Jugendpflege können und christliche und vaterlandstreue Männer nicht befriedigen. (Sehr richtig rechts.) Die Vergiftung der Jugend durch die Zeitschrift „Arbeiterjugend“ macht die einseitig tendenziöse christlich-nationale Jugendpflege nötig! Unserer Zeit mangelt es nicht an Freiheit, sondern an Zucht und Autorität. Lehrer, die die Sozialdemokratie anerkennen, müssen aus dem Lehrerverein herausfliegen. Die Lehrer müssen klares Zeugnis geben, daß sie keine Atheisten und Sozialistenfreunde unter sich dulden wollen. Unser Schul- und Erziehungsideal ist, daß die Lehrer fest an der Seite der christlich-nationalen Bevölkerung stehen. (Großer Beifall rechts.)

Abg. Nissen (Däne) bepricht lokale Fragen.  
Abg. Dr. Hoff (Z.): Auf die Rede des Abg. Girsch einzugehen, liegt für mich keine Veranlassung vor. Er hat ja die Zukunftsstaatsfrage nicht beantwortet. Im Generalantrag f. Hamburg-Altona stand, daß in einer Nachbargemeinde Lübeck, wo die Sozialdemokratie die Mehrheit in der Gemeinde hat, nur 60 M. jährlich für Lehrmaterial, Schwämme usw. bewilligt werden. Dort gibt's keine Wohlgelegenheit und keine Schülerbibliothek. Die väterlichen Ermahnungen des Abg. Hadenberg verbitte ich mir. Es ist aufgefallen, daß Herr Hadenberg gegenüber dem Abg. Borchardt eine rührende Herzlichkeit hatte (Abg. Hoffmann: Sind Sie doch nicht so neidisch!), wie der Vater gegenüber seinem Erstgeborenen. (Weiterkeit.) Der Redner verteidigt den Rationalisten ausschließend ihr Benehmen gegen ihn, wirft der „Pädag. Ztg.“ Unterklugung seiner Reden vor, nennt die Partei des Abg. Ernst „sozialdemokratische Volkspartei“ und erklärt, den Deutschen Lehrerverein nicht angegriffen zu haben. Merkwürdig ist die zustimmende Haltung der „Päd. Ztg.“ zu dem Satz: „Weser der junge Mann geht in einen sozialdemokratischen Verein, als in gar keinen.“ Seine bestigen Ausfälle schließt der Redner mit einem Hymnus auf die konfessionellen Lehrervereine.

Freitag 11 Uhr: Kulturelat. Schluß 4<sup>1/2</sup> Uhr.

## Siebenter Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Rürnberg, 20. März.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Geschäftsberichte

füllte den ganzen Vormittag aus. Die Hotelbedienten beschwerten sich weiter lebhaft, daß für sie zu wenig getan worden sei, was aber von der Hauptverwaltung energisch bestritten wurde. Nachdem 33 Redner ihrer Ansicht Ausdruck gegeben hatten, machte ein Schlußantrag der Debatte ein Ende. Von den nun gefassten Beschlüssen seien hervorgehoben: Im Verbandsorgan sollen politisch-wirtschaftliche Vorgänge mehr als bisher behandelt werden. Um die Agitation durch genügend befähigte, agitatorisch vorgebildete Funktionäre noch besser gestalten zu können, soll halbjährlich ein zur Ausbildung geeigneter Kollege im Zentralbureau als Hilfsbeamter beschäftigt werden. Anträge auf Teilung von Gauen und Reuanstellung von Beamten werden dem Vorstand als Material überwiesen. Er soll zusammen mit dem Ausschuss dem nächsten Verbandstag eine Vorlage unterbreiten, in der ganz Deutschland in Bezirke eingeteilt ist, denen ein Bezirksleiter vorsteht. Annahme fand ein Antrag, eine regere Agitation unter den Hausdienern, Kupferputzern und Küchenangestellten zu entfachen. In gewissen Verwaltungen sollen eigene Sektionen der Hausdiener, Kupferputzer usw. gegründet werden. Dem Vorstand überwiegen wurde weiter ein Antrag, der den Vorstand beauftragt, dem Reichstage eine Petition zu übermitteln, in der die durch ihre Verschiedenartigkeit unheilbaren Zustände der für Stellensvermittlung vorgeschriebenen Gebührentarife geschildert werden und beantragt wird, durch eine Novelle zum Stellensvermittlungsgesetz den Gebührentarif für das Deutsche Reich einheitlich zu regeln. — Die Hauptverwaltung wurde entlastet.

Leber

Lohnbewegungen im Gastwirtsgerwerbe.

referierte dann Zeiske-Verein, der einleitend die Schwierigkeiten bei Lohnbewegungen im Gastwirtsgerwerbe schilderte. Der größte und schwerste Kampf des Verbandes in der Vorberichtszeit war der Streik der Hamburger Cafetellner im Jahre 1910. Der Kampf galt der Anerkennung des Arbeitsnachweises der Gehilfen. Die Unternehmer wollten die Organisation der Angestellten iprengegen. Diesen Zweck haben sie aber nicht erreicht. Haben die Gehilfen auch keinen vollständigen Sieg errungen, so gingen sie doch gesiegt aus dem Kampfe hervor. Im Jahre 1911 war die Zahl der Bewegungen bedeutend größer als 1910. In einer ganzen Reihe Städte, voran Berlin und München, wurden erfolgreiche Kämpfe geführt. In Berlin wurde für 408 Belegschaften eine Lohnerhöhung von 103 1/2 Mark pro Jahr und Arbeitszeitverlängerung um 55 1/2 Stunden jährlich erzielt. In München wurde für die festangestellten Kellnerinnen eine allgemeine Lohnerhöhung von 8 M. monatlich, im übrigen ein monatlicher Mindestlohn von 10 M. für bessere Geschäfte und 15 M. für Bierwirtschaften erreicht. Auch für die Auswärtigen Kellnerinnen wurden wesentliche Verbesserungen durchgesetzt. Rund 1000 Kellnerinnen kamen diese Erfolge zugute, die um so höher anzuschlagen sind, da vor einigen Jahren die Kellnerinnen nicht nur ganz unisono arbeiten, sondern auch noch hohe Aufgaben haben mußten. Auch in anderen Orten wurden schöne Erfolge erzielt und teilweise Verträge abgeschlossen. Freiwillig haben die Arbeitgeber nirgends eine Aufbesserung der vielfach miserablen Lohnverhältnisse vorgenommen. Sie waren vielmehr eifrig bemüht, selbst die geringste Anregung für Aufbesserung der Löhne unverzüglich mit Rahregelung zu bestrafen. Da auch auf dem Wege der Gesetzgebung wohlwollende Stellungnahme gegen die Entlohnungsart der Gastwirtsgehilfen (Minimallohn statt Trinkgeld) fürs erste nicht zu erwarten steht, da ferner selbst Reich und Kommunen bei Verpachtung ihr gehöriger gastwirtschaftlicher Betriebe ausnahmslos den Arbeits- und Lohnbedingungen des Personals keine Beachtung entgegenbringen, empfiehlt der Referent in einer von ihm vorgelegten Resolution, dem Mittel der Selbsthilfe (Lohnbewegungen) mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Als

Vorbedingungen für Bewegungen stellt der Referent eine Reihe Punkte auf, die aber mehr interner Natur sind. Vor allem müsse natürlich verfuht werden, die Mitgliederzahl zu stärken, denn dies bedeute eine Zunahme der Macht des Verbandes.

Am das Referat schloß sich eine Debatte, die aber heute nicht mehr beendet wurde.

## Aus der Frauenbewegung.

Sexuelle Aufklärung.

Zu der Monatschrift „Deutsche Arbeit“ entwickelt Dr. Altschul-Prag seine Anschauungen über sexuelle Aufklärung. Das für uns Bemerkenswerteste dieser Ausführungen ist wohl, daß Dr. Altschul erklärt: Zwischen den Kindern der besseren Kreise und den Proletarierkindern besteht ein großer Unterschied. Bei den beschränkten Wohnungverhältnissen der mittellosen Familien — und es muß mit Nachdruck betont werden, daß diese die überwiegende Majorität ausmachen — sind die Kinder in sexuellen Dingen sehr frühzeitig aufgeklärt, fast kann man sagen, zu sehr aufgeklärt, und der größte Teil der Literaturzeugnisse über sexuelle Aufklärung paßt sonach bestenfalls nur für die Kinder der besser situierten Kreise. Aber auch in dieser Kinderheit gibt es sovieler Schattierungen, sovieler verschiedene Kindercharaktere, daß die Befolgung der fast ausnahmslos nach ein und derselben Schablone gearbeiteten Anweisungen für die sexuelle Aufklärung in einer großen Reihe von Fällen mehr schaden als nützen können. Dr. Altschul verwirft natürlich die alte Vogel-Strauß-Methode, das Storchmärchen, erkennt auch die Dringlichkeit der Aufklärung an, begründet durch die Umfrage Dechis, der feststellte, daß von 1843 Abiturienten von Mittelschulen (unseren höheren Schulen entsprechenden) der Hauptstädte 142 (7,7 Proz.) geschlechtskrank waren, und von 1886 Abiturienten aus Provinzmittelschulen 155 (8,1 Proz.). Altschul fragt sich nur, ob die Aufklärung allein genüge, um hier Abhilfe zu schaffen, wo oft nicht einmal die Krankheit selbst genügend abgekehrt habe. Dr. Altschul wünscht die Aufklärung streng getrennt in biologische Aufklärung (Aufklärung über das Werden der Lebewesen) und Aufklärung über den eigentlichen Geschlechtsverkehr und die Geschlechtskrankheiten. Für die biologische Aufklärung tritt Dr. Altschul ganz entschieden ein, weist sie selbstverständlich der Schule zu, die gar nicht früh genug damit beginnen könne. Wegen die schematischen Aufklärungschriften wendet er sich aber. Die Erziehung zur Natürlichkeit sei Hauptache, keine übertriebene Pruderie solle geduldet werden, man gewöhne die Kinder an den Anblick des Nackten in der Kunst. Bei der Aufklärung über Geschlechtsverkehr warnt Dr. Altschul vor der Doppelschneidigkeit, besonders krankhaft veranlagten Kindern gegenüber. Um die Gesundheit und Moral der Jugendlichen vor den verderblichen Folgen außerehelichen Geschlechtsverkehrs zu schützen, empfiehlt Dr. Altschul eine Reihe indirekter Vorkehrungen. Als erstes Mittel nennt er die gemeinsame Erziehung der beiden Geschlechter, die in Amerika und anderen Ländern, wie Finnland, Schweden, sich sehr gut bewährt hat, allerdings für Deutschland noch Experiment sei. Zweitens tritt er für eine zielbewusste körperliche Erziehung ein, Jugendspiele, Sport usw. Drittens gute Jugendliteratur, Bekämpfung der Schundliteratur. Die Geschmadsrichtung der Menge in gesündere Bahnen zu lenken sei, eine überaus schwierige, aber keineswegs aussichtslose Aufgabe. Und zum Schluß kommt der Verfasser zur Bestätigung aller unserer sozialen Forderungen, nämlich die erwähnten Bestrebungen durch gesetzliche Maßnahmen zu fördern, durch eine zweckbewusste Wohnungsreform, die Erlassung eines umfassenden Jugendfürsorgegesetzes, Jugendgerichte, eine zielbewusstere Gemeindefürsorge, Mütter- und Säuglingshäuser, obligatorische Fortbildungsschulen für die gewerbliche Jugend mit schulärztlicher Aufsicht, die Bekämpfung der Trunksucht usw. Die Hebung des sozialen Elends sei unstreitig das probateste Mittel zur Hebung der Volksmoral.

Für das Frauenstimmrecht im Staate Ohio (Vereinigte Staaten von Nordamerika) erklärte sich jüngst ein Kongreß, der zur Beratung von Fragen der Staatsverfassung in der Stadt Columbus zusammengetreten und von 119 Delegierten besetzt war. An der Abstimmung über die Frage, die Verfassung so zu ändern, daß den Frauen die politische Gleichberechtigung gewährt wird, beteiligten sich 109 Delegierte. Davon stimmten 76 für die Gleichberechtigung. Dieser Beschluß wird bei der nächsten Wahl den Bürgern zur Abstimmung unterbreitet werden. Ist der endgültige Sieg auch noch zweifelhaft, so bedeutet es doch einen Erfolg, daß die erstrebte Änderung der Verfassung zur Abstimmung gestellt wird und bei der Wahlagitiation eine große Rolle spielen kann.

## Soziales.

Siemens u. Halske vor dem Gewerbegericht.

Gestern hatte die 5. Kammer des Berliner Gewerbegerichts in anderer Besetzung über den Ablehnungsantrag zu entscheiden, den der Vertreter der Beklagten, Dr. jur. Burchenne, auch gegen die Arbeitnehmerbeisitzer Behrendt und Zernicke gestellt hatte.

Dr. Burchenne machte gestern nochmals geltend, daß auch diese beiden Beisitzer, ebenso wie die vier des vorausgegangenen Termins, Mitglieder einer freien Gewerkschaft und des sozialdemokratischen Wahlvereins, ja sogar angestellte Beamte derjenigen Gewerkschaft seien, die an dem Ausgang des schwebenden Prozesses lebhaft interessiert sei. Bei diesem Prozeß handele es sich nicht um die Lohnsumme, die der Kläger fordere, sondern es sei ein Prozeß von politischer Bedeutung. Das beweise schon die Ueberschrift des Gutachtens, welches der Vertreter des Klägers eingereicht habe, welche laute: „Leber die gelben Gewerkschaften“. Dieser Auffassung trat zunächst der Vertreter des Klägers, Adolf Cohen, entgegen. Die Klage stütze sich einfach auf den § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, welcher ausdrücklich die Kassen bezieht, zugunsten welcher geschuldete Beiträge aufgerechnet werden können. Der gelbe Verein gehöre nicht zu denselben. Politische Prozesse vor dem Gewerbegericht zu führen, habe man durchaus nicht beabsichtigt. Er erucht, den Ablehnungsantrag zurückzuziehen.

Nach der Beratung verkündete der Vorsitzende Magistratsrat Wölbling folgenden Spruch:

Das Ablehnungsgesuch der Beklagten gegen die Arbeitnehmerbeisitzer Behrendt und Zernicke ist für unbegründet erklärt, und zwar aus folgenden Gründen:

Das Ablehnungsgesuch stützt sich unter anderem darauf, daß die beiden Beisitzer Angestellte einer freien Gewerkschaft seien und der Prozeß eigentlich zwischen dieser freien Gewerkschaft und der Firma Siemens u. Halske geführt werde; es handele sich also um einen politischen Prozeß. Es werde weiter aufgeführt, in welchen Beziehungen diese beiden Personen auch zu der sozialdemokratischen Partei stehen, welche wiederum zu den freien Gewerkschaften Beziehungen habe. Es könne nun nicht verkannt werden, daß solche Beziehungen vorhanden seien und ein gewisses Band die beiden Personen wohl damit verknüpfe. Man müsse sich aber fragen, ob nach dem Gewerbegerichtsgesetz eine derartige Beziehung erheblich sei. In der Natur des Gewerbegerichtsgesetzes liege es, daß die Beisitzer den Verhältnissen, welche hier verhandelt werden, näher stehen, als es bei Berufsrichtern der Fall sein könne. Das Gewerbegerichtsgesetz schreibe gerade deshalb vor, daß

die Beisitzer dem Gewerbe angehören müssen. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer stehen allen Fragen, die hier verhandelt werden, etwas näher. Es werde sich wohl jeder Arbeitgeber und auch jeder Arbeitnehmer über eine solche Frage wie die vorliegende — ob der gelbe Verein eine Wohlfahrtseinrichtung ist — sein Urteil schon gebildet haben. Solcher Fragen gebe es ja viele, und jeder einzelne werde schon außerhalb des Gerichts dazu Stellung genommen haben. Das lasse sich nun einmal nicht vermeiden, und daher sei ja auch die Bestimmung getroffen worden, daß der Vorsitzende weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein dürfe, also der Sache selbst etwas fernere stehen müsse. Bei den Arbeitnehmern müsse man nun damit rechnen, daß sie den freien Gewerkschaften und auch der sozialdemokratischen Partei nahe stehen. Aber unter den Arbeitgebern gebe es doch auch Leute, welche ihrerseits die freien Gewerkschaften bekämpfen; ja selbst unter den Arbeitnehmern befänden sich oft Leute, welche dasselbe tun, so die Strich-Dunderichen und die Christlichen. Wenn man daraus Ablehnungsgründe herleiten wolle, dann würde das in vielen Fragen eintreten. Ob nun die Beziehungen zu den freien Gewerkschaften mehr oder weniger enge seien, sei auch unerheblich. Es sei nicht anzunehmen, daß das Mitglied einer freien Gewerkschaft, das nicht angestellt sei, deren Interesse weniger wahrnehmen würde als ein Angestellter. Selbst wenn der Prozeß im wesentlichen von einer Gewerkschaft unterstützt würde, könnte das Gericht nicht zu dem Schluß kommen, daß einige seiner Mitglieder befangen seien. Bei der Aufstellung der Listen zu den Gewerbegerichtswahlen könne man genau sehen, in welcher Stärke die einzelnen Gruppen beteiligt seien. Wolle man nun die Mitglieder einer Gruppe, die ein Interesse an dem Ausgang des Prozesses habe, ausschließen, so würde das zu weit führen.

Hierauf richtete Magistratsrat Wölbling an den Vertreter des Klägers die Frage, ob er damit einverstanden sei würde, wenn das Gericht doch eine andere Zusammensetzung erhalte. Mit Recht wies Adolf Cohen dieses Ansuchen mit der Begründung zurück, daß dieses ein unangebrachtes Entgegenkommen gegenüber der Beklagten und zugleich eine Beleidigung für die abgelehnten Beisitzer sein würde. Er habe selbstverständlich keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des ersten Gerichts gehabt, müsse nunmehr aber darauf beharren, daß die Klage vor diesem verhandelt werde.

Am Sonnabend, den 23. d. M., wird nun über den Ablehnungsantrag gegen die vier Beisitzer des ersten Gerichts Beschluß gefaßt werden.

## Gerichts-Zeitung.

Entschädigungsprozeß der Witwe Herrmann.

Um das Opfer des Noabiter Polizeifabels wurde gestern vor dem Landgericht Berlin I weiter getritten. Noch immer sind jene Polizisten nicht ermittelt, die im September 1910 während der „Noabiter Unruhen“ den Arbeiter Herrmann niederschlugen. Noch immer wartet auch die Witwe des Erschlagenen auf die Entschädigung, die sie von dem Polizeifiskus oder eventuell von der Stadt Berlin fordert. In dem Prozeß, den sie um ihren Rentenanspruch führen muß, stand gestern wieder Termin an. Vertreten wurde die Klägerin Frau Herrmann durch den Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, der verflagte Fiskus durch den Justizrat Frh. Reumann, für den der Assessor Kühn erschienen war. Für die Stadt Berlin war kein Vertreter anwesend.

Das Gericht hatte früher gemeint, daß die Ermittlungen über die Niederschlagung Herrmanns, zu denen die Staatsanwaltschaft, veranlaßt durch den Prozeß um Noabit, sich entschlossen hatte, ein greifbares Resultat bringen würden. Nachdem diese Hoffnung getäuscht worden war, ließ es sich nicht rechtfertigen, in dem Prozeß der Witwe Herrmann noch länger die Entscheidung hinauszuschieben.

In dem gestrigen Termin führte Rechtsanwalt Rosenfeld für die Klägerin aus, daß mindestens dem Grunde nach schon jetzt eine Entscheidung gefällt werden könne und müsse. Ausgereicht habe schon, was in dem Strafprozeß um Noabit durch die Beweiserhebung festgestellt worden sei. Festgestellt sei, daß Herrmann infolge einer von zwei Schulleuten verübten Uebergriffung ihrer Befugnisse sein Leben eingebüßt habe. In dieser Hinsicht verweise er auf das Urteil, das die Strafkammer nach mehrtägiger Verhandlung gefällt habe. Die Aussage der Eheleute Jordan habe damals ergeben, daß Herrmann, der ruhig aus der Beulestraße in die Bieleffstraße einbog, von einem Schuttmann einmal und dann noch von einem anderen Schuttmann zweimal mit dem Säbel geschlagen wurde, so daß er blutend zu Boden stürzte. Die Strafkammer habe auch das als festgestellt angesehen, daß in dem Augenblick kein Anlaß zum Einschreiten vorlag, weil die Strafe zu dieser Zeit menschenleer war und jener Mann ein harmloser Passant war. Die Polizei habe da weder für die öffentliche Ordnung noch für sich selber etwas zu fürchten gehabt. Wenn dessenungeachtet die beiden Schulleute auf den Mann einschlugen, so sei das keine berechtigte Ausübung ihres Amtes mehr gewesen, Selbst wenn er etwa vorher an einem Tumult teilgenommen hätte, so seien die Schulleute nicht berechtigt gewesen, nachher noch auf ihn einzuschlagen, wie wenn sie ihm eine Züchtigung zuteil werden lassen wollten. Jene Feststellungen in dem Strafprozeß seien durch die Beweisaufnahme in diesem Zivilprozeß, die man eigentlich gar nicht mehr nötig gehabt habe, bestätigt worden. Das Ehepaar Jordan habe bekundet, daß Herrmann, während er ruhig seines Weges ging, ohne weiteres von zwei Schulleuten angefallen und niedergemacht worden sei. Beachtung verdiene, daß dieses Ehepaar in dem Strafprozeß um Noabit anfänglich zur Belastung der Angeklagten geladen war. Erst im Laufe der Vernehmung habe sich dann ganz zufällig herausgestellt, daß diese Zeugen der Anklagebehörde in der Lage waren, Auskunft darüber zu geben, wie Herrmann zu Tode gekommen sei. Bezüglich der Frage, ob die Polizei zu der Zeit und an der Stelle einen Anlaß hatte, einzuschreiten, hob Rechtsanwalt Rosenfeld hervor, daß nach den Befundungen gerade dieser Zeugen die betreffende Stelle damals menschenleer war. Gewiß sei es auch da mehrfach zu Ansammlungen gekommen und mehrfach habe die Polizei die Menge vertrieben, aber nicht in dem Augenblick, wo Herrmann ruhig vorüber kam. Diese Aussagen des Ehepaars Jordan seien durch die Vernehmungen anderer Zeugen nicht entkräftet worden. Aus deren Befundungen sei nicht zu erkennen, daß ihre Beobachtungen sich überhaupt auf den Fall Herrmann bezogen. Der Herrmann Dietrich, der ebenso wie der Herrmann Will vernommen worden sei, könne aus seiner Wohnung — das habe Rechtsanwalt Rosenfeld jetzt selber durch eigene Augenscheinnahme festgestellt — die fragliche Stelle gar nicht hinreichend überschauen. Daß sie zur fraglichen Zeit tatsächlich menschenleer gewesen sei, solle durch Vernehmung noch einer neuen Zeugin bewiesen werden. Nun könne eingewendet werden, auch das stehe nicht fest, daß die Beobachtungen des Jordanschen Ehepaars sich auf den Fall Herrmann bezogen. Gewiß, es wäre leichter für das Gericht, wenn die Schulleute, die Herrmann niederschlugen, hätten ermittelt werden können. Leider



seien aber alle Versuche gescheitert, und selber habe sich keiner gemeldet. Auffallen müsse es allerdings, daß die Ermittlungen so ergebnislos verlaufen seien. Es stehe fest, daß der Kreis der Schutleute, die in Betracht kommen können, nicht groß sei. Man dürfe annehmen, daß die Täter in den Kommandos der Leutnants Seeger oder Horn zu suchen seien. Am ehesten sei noch von den Schutleuten Klawitter und Karsch, die ja sonst über sehr genaue Beobachtungen berichtet hätten, zu erwarten gewesen, daß sie über die Täter etwas wissen könnten. Aber auch ihre Vernehmung habe nichts ergeben. Zu der Frage, ob Herrmann etwa zweimal auf die Straße hinuntergegangen sei, berief Rechtsanwalt Rosenfeld sich noch auf das Zeugnis des Fräulein Erna Herrmann, der Tochter des Erschlagenen. Sie werde bekunden, daß das nicht zutrefte und daß sie ihren Vater, dem sie nachgegangen sei, im Hausflur schon blutend aufgefunden habe.

Gegenüber diesen Ausführungen stellte Assessor Kühne als Vertreter des verklagten Polizeifiskus sich ungefähr auf den Standpunkt, den in dem Strafprozeß um Roabit die Staatsanwaltschaft eingenommen hatte. Die Polizei sei berechtigt gewesen, einzuschreiten, und auch in dem fraglichen Augenblick habe sie, wie sich aus den Befundungen der Pfarzer Dietrich und Will ergebe, hinreichenden Anlaß dazu gehabt. Was die Eheleute Jordan beobachtet haben, könne sich nicht auf den Fall Herrmann beziehen. Es sei ihnen nicht einmal möglich gewesen, das Datum des betreffenden Tages zu nennen. Assessor Kühne beantragte, die Klägerin abzuweisen.

Rechtsanwalt Rosenfeld stellte fest, daß mindestens Frau Jordan das Datum des 27. September genannt hat, des Tages, an dem Herrmann niedergeföhelt worden sei.

Das Gericht kam in dieser Sitzung noch nicht zur Verkündung eines Beschlusses. Die Verkündung soll erst in acht Tagen erfolgen.

Schnelle Justiz forderten die Freunde des Herrn Jagow im Herren- und Abgeordnetenhaus, aber nur gegen Arbeiter. Sollte von Herrn Jagow zu ermitteln sein, ob der Täter sich inzwischen nach den Gefühlen um Regio herum, die wegen Totschlags nicht ausliefern, gemeldet hat? Nichts einfacher als festzustellen, welcher von den am 27. September 1910 tätig gewesenenen Schutleuten verabschiedet ist und wo er sich aufhält. Freilich, bis der Prozeß beendet ist, könnte der Täter auf eine Reise um die Welt wiederholt vollendet haben. Warum ist schnelle Justiz gegen die Mitglieder der Behörde unmöglich, deren oberster Chef der Minister v. Dallwig ist?

#### Nichtwähler in Wahlversammlungen.

Vernburg, 20. März. Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung hat das Schöffengericht Vernburg gefällt. Durch Strafbefehle des hiesigen Amtsgerichts hatten der Parteisekretär G. und der Kassierer Fr. Hierfelb, sowie der Lagerhalter D. in Reunborf Geldstrafen erhalten, und zwar G. 20 M., Fr. und D. je 10 M. Sie waren beschuldigt, am 19. Dezember 1911 und am 3. Januar 1912 politische Versammlungen in Großmühlungen und in Reunborf ohne die durch die §§ 5, 6, 7, 8 und 9 des Reichsvereinsgesetzes vorgeschriebenen Anzeigen oder Bekanntmachungen veranstaltet oder geleitet zu haben. Da zu diesen Versammlungen auch Nichtwählerberechtigte und Frauen eingeladen und zugelassen worden waren, hatte die Herzogliche Kreisdirektion in Vernburg die Verurteilung der Genannten beantragt, da die Vergünstigung des § 8 Absatz 2 des Vereinsgesetzes sich nur auf die Versammlung von Wahlberechtigten beziehe. Die Folge waren die erwähnten Strafbefehle, gegen die die Beiratsräte schöffengerichtliche Entscheidung beantragten. Das hiesige Schöffengericht kam nun zu einem freisprechenden Urteil, da es nach § 8 Absatz 2 des Vereinsgesetzes einer Anzeige nicht bedürftig für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung, und daß sich das Recht der Teilnahme nach § 1 Absatz 1 Satz 1 richte, und daß ferner eine Versammlung ihren Charakter als Wählerversammlung nicht durch die Anwesenheit von Nichtwählerberechtigten verliere; durch die Bestimmung in § 5, der nur die Anzeigepflicht regelt, werde der § 1 Absatz 1 nicht aufgehoben. Es sei zweifellos der Wille des Gesetzgebers gewesen, allen Wählerversammlungen, sobald sie nach amtlicher Ausbreitung der Wahl stattfinden, die Vergünstigung des § 8 zuteil werden zu lassen, auch wenn nichtwählerberechtigte Personen an ihnen teilnehmen.

Die Entscheidung entspricht durchaus dem Gesetz.

#### Ein Polizeihauptmann als Vormund.

Ein interessanter Zivilprozeß ist jetzt vor dem Landgericht Berlin III zur Entscheidung gelangt. Es klagte der Sohn des alten Berliner wohlhabenden Theaterdirektors Gerz, der f. B. im damaligen Viktoriatheater die ersten großen Ausstattungsstücke aufstellte, gegen seine Mutter, jetzige Frau v. Deeringen, auf Herausgabe seines Erbteils von seinem Vater. Er behauptet, erst lange Jahre nach seiner Großjährigkeit 48 000 M. erhalten zu haben, während die Gesamterbschaft mindestens 2½ Millionen

Mark betragen habe. Denn für diesen Preis sei f. B. das Viktoriatheater verkauft worden. Die vom Justizrat Lehfeld vertretene Beklagte behauptete, kein Vermögen ihres Sohnes Gerz hinter sich zu haben. Der Prozeß förderte höchst eigenartige Tatsachen zutage. Es stellte sich f. B. heraus, daß der Vormund des Klägers, Polizeihauptmann Hoppe, den größten Teil des Mündelvermögens unterschlagen hatte, und, als der Kläger zur Großjährigkeit gelangte, Selbstmord beging, um sich dem erblichen Richter zu entziehen. Es wurde auch das Konkursverfahren über das Vermögen des ungetreuen Vormundes eröffnet. Das Landgericht III wies die Klage ab und stellte fest, daß Kläger keinerlei gegenwärtige Ansprüche gegen seine Mutter habe. Hiergegen wird vermuthlich Berufung eingelegt werden.

## Aus aller Welt.

### Hervé bekommt eine halbe Million geschenkt.

Paris, 16. März. (Eig. Ber.)

Schon vor einigen Monaten hatte Gustav Hervé von einem früheren Leutnant die Mitteilung erhalten, daß dieser ihm, solange seine Haft dauere zum Zeichen des Protestes monatlich 1000 Fr. zur freien Verfügung für revolutionäre Zwecke ausfolgen werde. Der Exleutnant hielt seine Zusage. Die in diesem Monat fällige dritte Rate wurde von Hervé dem Streikfonds der schon über 100 Tage ausständigen Taxameterchauffeurs übergeben. Gestern erhielt nun Hervé von diesem Schenker einen Brief, der in der Form eines an Fallières gerichteten Briefes, den Hervé zu übermitteln gebeten wird, die Bekanntgabe eines noch weit größeren Geschenkes enthält. Hervé hat, sofern er nicht doch noch einer Amnestie teilhaftig wird, was aber bei der derzeitigen chauvinistischen Stimmungsmache wenig wahrscheinlich ist, und wenn er nicht — was viel wahrscheinlicher ist — noch weitere Zusatzstrafen für seine Artikel einheimst, noch 48 Monate abzusitzen. Der Exleutnant aber stellt ihm jetzt eine halbe Million Frank zur Verfügung. Der interessante Brief, worin der ehemalige Militär dem Präsidenten der Republik die Geschichte seiner Bekämpfung zum Sozialismus erzählt, hat folgenden Wortlaut:

Herrn Armand Fallières, Grundbesitzer im Loupillon. (Loupillon ist die Weingegend, wo Fallières sein Gut hat. Anmerkung der Redaktion.)

Ich habe erst vor kurzem die Uebersetzung gewonnen, daß Sie ein großer Staatsmann sind. Ich hatte ehemals von einem Federführer namens Gustav Hervé sprechen gehört, der von Deutschland bezahlt sein sollte, um unsere große Armee zu zerstören und ihm unser schönes Frankreich auszuliefern. Sie haben ihn zu elf Jahren Gefängnis verurteilen lassen, und ich sprach: Das ist wohlgetan.

Die Prozeßberichte, die in meinem Leitblatt, dem „Gaulois“, erschienen, machten mich mit seinem Namen ein wenig vertraut. Als ich eines Tages vor einem Kiosk vorüberging, las ich dort in großen Lettern: „La Guerre Sociale“, Chefredakteur Gustav Hervé. Ich war neugierig, was dieser Ungläubige zu sagen hätte und blies meine 10 Centimes. Ich begann zu lesen, und je weiter ich kam, desto mehr war ich erlaucht und interessiert, und schließlich rief ich: Ja, der Kerl hat vollkommen recht! Ich gab das Blatt mehreren meiner Kameraden weiter. Wir diskutierten darüber, und sie waren meiner Meinung, so daß wir jetzt ein Duzend Offiziere sind, die die „Guerre Sociale“ regelmäßig lesen.

Also bin ich nicht, dank Ihnen, Herr Fallières, revolutionärer Sozialist geworden, ich, der Soldat, die vereidigte Stütze des Staats, der Ordnung, des Eigentums, der Familie, der öffentlichen Häuser und anderer Regierungsanstalten? Hier sehen Sie die Wirkung von Einserlungen, als Vorbereitungsmittel gegen unwillkommene Meinungen betrachtet.

Ob Hervé im Gefängnis oder draußen ist, bedeutet nicht viel. Es sind nicht die Menschen, die dieser Bewegung fehlen. Was ihr fehlt ist der nervus rerum. Seine Majestät das Geld — ein unumgängliches Ding in der heutigen Gesellschaft — selbst für Revolutionen. Nun, ich werde Ihnen das Geld liefern, und wir werden dann sehen, wer gefährlich ist: Hervé in Freiheit ohne Pfennig, oder Hervé im Loch mit 500 000 Fr. Da ich keine Familie habe, erlaubt mir mein persönliches Vermögen ein solches Experiment.

Und nun, Herr Fallières, glaube ich das bewiesen zu haben, was ich an die Spitze dieses Briefes stellte: Sie sind ein großer Staatsmann.

Kummer 22

Ex-Leutnant und Grundbesitzer.

Bei der Lektüre dieses Briefes wird man sich sicherlich nicht des Eindrucks ganz erweichen können, daß der idealistische Exleutnant die soziale Revolution noch etwas offiziersmäßig auffaßt. Eine halbe Million ist sicher ein schönes Stück Geld, und man kann damit eine revolutionäre Sache ohne Zweifel sehr fördern. Aber die Emanzipation des Proletariats hängt doch weniger, als der Exleutnant anzunehmen scheint, von der Opferwilligkeit ihrer Professoren aus den besitzenden Klassen ab. Wenn einer proletarischen

Bewegung in einem großen, kapitalistisch entwickelten Land die Mittel fehlen, wie in Frankreich, wo der größte Teil der Einnahmen der geeinigten Partei aus der Depuliertensteuer besteht und die Arbeitskonföderation sich mit dem Budget eines mittleren Gewürzkrämers bescheiden muß, so ist das eben ein Beweis, daß ihr auch die Menschen fehlen — nämlich die zum Massenbewußtsein erzogenen, ihrer Organisationspflichten gedenkenden Menschen, ohne die auch die großherzigen persönlichen Opfer dem Ziel nicht näher führen können. Mit dieser Bemerkung soll natürlich die Lobenswürdigkeit der Spende nicht im geringsten herabgesetzt werden. Daß diese in der Form des Protestes gegen Hervés dauernde Einserkung auftritt, gibt ihr in einer Epoche, wo fast alle „Intellektuellen“ den Chor des banalsten Epischerpatriotismus mitheulen, auch eine erhöhte moralische Bedeutung, und ihre Widmung an Hervé ist eine schöne Ehrung dieses opfermütigen, sich immer mehr zu klarer Auffassung der proletarischen Bewegung durchdringenden Kämpfers.

### Grubenkatastrophe in Nordamerika.

Eine in seinen Folgen fürchtbare Grubenexplosion wird aus McCurtin im Staate Oklahoma berichtet. In einem Steinkohlenbergwerk nahe der Stadt kam es aus bisher unbekannter Ursache zu einer Explosion an gesamelter Grubengase. Durch die Explosion geriet die Grube in Brand, so daß den in der Tiefe Arbeitenden der Rettungsweg abgeschnitten wurde. Nach der einen Meldung sollen 85 Bergleute von der Außenwelt abgeschnitten sein, während ein anderes Telegramm berichtet, daß 105 Bergleute den Tod gefunden haben. Bisher wurden vier Leichen geborgen, die so vollständig verbrannt sind, daß ihre Identifizierung nicht möglich war. Vor dem Schachte spielen sich entsetzliche Szenen ab. Fast jede Familie der kleinen Ortschaft hat unter den Verunglückten einen Angehörigen.

### Räuberunwesen in Rußland.

In der Nikolajewskaja-Straße in Lodz überfielen bewaffnete Räuber den Kassierer der Aktiengesellschaft Louis Geier, der eine zur Lohnzahlung an die Arbeiter bestimmte Summe von 20 000 Rubel bei sich trug. Während sich die Räuber bemühten, die Geldkassette zu sprengen, wurden sie von Arbeitern überrascht und ergriffen die Flucht, wobei sie Revolvergeschosse abgaben. Ein elfjähriger Knabe wurde verwundet. Einer der Räuber wurde bei der Verfolgung durch die Polizei getötet. Er war im Besitz von drei Schußwaffen und vielen Patronen.

### Kleine Notizen.

Explosion einer Granate. Beim Verladen alter Granaten im Hüttenwerk Colonnowska in Oberschlesien schüttete ein Arbeiter glühende Kohlen auf eine Granate, die noch nicht entladen war. Es erfolgte eine Explosion. Einem Arbeiter wurde ein Arm und ein Bein, einem zweiten ein Bein abgerissen. Der Zustand der Verletzten ist hoffnungslos.

Liebesroman einer Berliner. Aus Neapel wird der „Tribuna“ gemeldet, daß in einem dortigen Hotel gestern früh der neapolitanische Aristokratie angehörige 28jährige Marquise Polpicelli und die Berlinerin Josefina Adameit erschossen aufgefunden worden sind. Dem Ansehen nach habe Josefina Adameit den Marquis infolge eines Streits erschossen und dann sich selbst getötet.

Zur Bombenexplosion in Oporto. Aus den Trümmern der durch die Bombenexplosion zerstörten Häuser wurden gestern Abend zwei Kinderleichen und Teile menschlicher Körper herbeigezogen. Die Zahl der Toten ist nunmehr auf sieben gestiegen. Vermuthlich liegen noch mehrere Opfer unter den Trümmern.

Großfeuer in Tokio. Im Stadtviertel Noshitawara ist ein Großfeuer ausgebrochen, das sich infolge des Windes schnell verbreitet. Siebenhundert Häuser und viele Warenhäuser sind den Flammen bereits zum Opfer gefallen.

### Briefkasten der Redaktion.

— P. 17. Nieder-Schönhausen. Sie können Herausgabe fordern und schon jetzt die Feststellungsfrage erheben. Fortnahme gegen das Verbot bedenklich, es könnte Verurteilung erfolgen. — W. 23. Rowanow. Nichten Sie eine Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft in Potsdam. — W. 87. Verjährung ist noch nicht eingetreten. — R. 13. Für den Gesamtbetrag 4 M. jährlich. — G. 18. 1. Rein. 2. Können Sie ebenfalls in Anspruch nehmen. — C. 11. 1. Ja, 10 Stck. 2. 20 innerhalb zwei Jahren. 3. Durch Datierung. — H. 100. 1. Das ist zweifelhafte, und zwar vor Ablauf des Monats. 2. Buchhandlung Vormärts, Lindenstr. 69, erteilt auf Nachfrage nähere Auskunft. — W. 1886. Rostock. Wir halten Sie für verpflichtet, für die Zeit bis zum Ersten zu zahlen. Wenn der Antrag unbedenklich war, konnte er eingehalten werden. — R. 2. 101. 5. Ihre Frau hat Anspruch. Wenden Sie sich an die Küchichtsbehörde, den dortigen Magistrat. — C. 8. 1234. 1. Sie haben das Recht, wegen Weistrafens — falls der Amtsarzt solche begünstigt — Aufhebung der Fürsorgeerziehung zu beantragen. 2. Sie sind bis zur Dedung der Gesamtsumme haltbar.

# 5 billige Knaben-Tage!

Schluß morgen Sonnabend.

Große Gelegenheitsposten wesentlich unter regulären Verkaufspreisen:

**Sport- und Blusen-Anzüge** Qual. II 4.50 Qual. I 6.50  
sehr gute Stoffe, für 3-8 Jahre .. durchweg

**Manchester-Anzüge** in vielen Farben, Qual. II 3.50 Qual. I 6.50  
schöne Fassons, für 3-8 Jahre .. durchweg

**Blaue Kammgarn-Anzüge** hochgeschlossen oder offen mit Ueberkragen, für 3-8 Jahre .. durchweg M. 6.50

**Jackett-Anzüge** in den neuesten Stoffen, auch aus Reaston gearbeitet, für 3-14 Jahre, durchweg Qual. II 7.50 Qual. I 9.50

**Schulhosen** aus guten gezwirnten Stoffen, für 8 bis 14 Jahre .. durchweg Mark 2.—

**Farbige Trikot-Sweater** m. 1.45 1.10 95, 55 fr.

**Wasch-Anzüge** Blumen- und Matrosenformen gestreift und glatte Waschatze, für 3-8 Jahre durchweg M. 2.25 1.30 70 fr.

**Wasch-Anzüge** verschiedene Formen, gestreift, Kadettstoff, Ledersatin sowie in Kollerstoff, für 3-8 Jahre durchweg M. 4.65 3.40

**Kieler Wasch-Anzüge** gestreift, Kadettstoff, wundervolle Paßformen, f. 3-8 J. durchw. Qual. II M. 3.30 Qual. I 4.60

**Kieler Wasch-Anzüge** gestreift, Kadettstoff, f. 3-8 J. durchw. Qual. II M. 3.95 Qual. I 5.30

**Wasch-Anzüge** Prinz-Heinrich-Form, gestreift, Kadettstoff, für 3-8 Jahre .. durchweg Qual. II 3.10 Qual. I 4.50

**Satin-Sporthosen** waschocht, für 3-8 Jahre M. 1.60 1.95

**Stoff-Hosen** aus guten haltbaren Stoffen, für 3-8 Jahre .. durchweg M. 1.50 60 fr.



**Einzelne Waschblusen**  
aus Reaston aufgearbeitet für 3-8 Jahre durchweg M. 1.15 90, 45 fr.

**Einzelne Waschhosen**  
aus verschiedenen Stoffen für 3-8 Jahre durchweg M. 1.15 80, 45 fr.

# BaerSohn

Chausseestraße 29-30  
Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11  
Schöneberg, Hauptstr. 10

**Pelerinen für Knaben und Mädchen**  
nur imprägnierte Stoffe, graue oder grüne Strichlöden in den Längen  
70, 80, 90 cm 100, 110 cm  
durchweg Mark 4.50 durchweg Mark 6.00







Protestveranstaltungen

gegen die Ausnahmesteuerung der Konsumvereine.

Dienstag, den 26. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, in Adlershof, Lehmgraber, Bismarckstr. 60; Baumfchulenweg, Serpentin-Festhalle, Baumfchulenstr. 79; Grünau, Bellevue, Friedrichstr. 2; Hermsdorf, Forsthaus, Auguste-Viktoria-Str. 18; Johanniöthal, Bürgergarten, Parkstr. 9; Reinickendorf-Ost, Seebad, Residenzstraße; Tempelhof, Wilhelmsgarten, Berliner Str. 9; Treptow, Viktoriagarten, Köpenicker Landstraße.

Mittwoch, den 27. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, in Friedenau, Kaiser-Wilhelms-Garten, Rheinstr. 64.

Tagesordnung: Die neue Einkommensteuergesetz-Novelle — eine indirekte Lebensmittelsteuerung.

Referenten: Fr. A. Dieß, R. Siebel (R. d. R.), G. Regel, R. Lamm, S. Lammé, Frau G. Lodaß, K. Kollstadt, R. Schubar, Fr. Schulze.

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Protestiert durch Massenbesuch der Versammlungen gegen die neue Belastung, die Euch die preussische Regierung auferlegen will.

Flugblattverbreitung hierzu am Sonntag, den 24. März, früh 8 Uhr.

Die Propagandakommission für das Genossenschaftswesen Groß-Berlins.

Für die Gewerkschaften: E. Prädner, R. Siebel, R. Fehschold, R. Ritter, E. Wuhle.

Für die Genossenschaften: R. Hildebrandt, R. Junger, R. Lichtenberg, A. Mirus, P. Müller.

Für die sozialdemokratische Partei: E. Böcke, P. Brühl, A. Stadthagen, D. Wels.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

Steglitz-Friedenau. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schellhose, Steglitz, Thonstr. 15a, der fünfte Vortragsabend des Genossen E. Däumig über „Deutsche Literaturgeschichte“ statt. Der Bildungsausschuss.

Groß-Lichterfelde. Freitag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Wahrensdorf, Wälschstraße 7: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Gemeindevertreterwahl. Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand.

Pankow. Parteigenossen, welche noch an dem Sonntag, den 24. März, stattfindenden Besichtigung der „Vorwärts“-Druckerei teilnehmen wollen, treffen sich früh 9 Uhr bei Bahmann, Schmidtstr. 19. Die Bezirksleitung.

Hermsdorf, Waidmannslust und Glienicke. Sonntag, den 24. März, früh 8 Uhr, von den bekannten Lokalen aus: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Berlin. Sonnabend, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Salzmann, Badstraße. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung. 2. Beschluß über die Raiffeisen. 3. Parteiangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Birkenwerder. Heute, Freitag, abends 1/9 Uhr, findet beim Genossen Feuerstuck ein Extrabildabend statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu der am Sonntag, den 24. März, stattfindenden Ertragwahl zur Gemeindevertretung. Die Gruppenführer.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

fuhr gestern fort in der zweiten Beratung des Stadthaushaushaltstats für 1912 und führte sie in ziemlich flottem Tempo zu Ende.

Beim Etat der Gemeindeschulen kam es zu einem Meinungsaustrausch über einige oft erörterte Mängel, auf die Genosse Wehl wieder einmal hinwies. Er beklagte, daß die Zahl der Schulärzte zu gering ist und das Uebel der Rietischulen noch immer fortbauert. Gegen seine Ausführungen erhoben sich nicht weniger als drei Magistratsmitglieder, aber was sie zur Entgegnung vorbrachten, wirkte keineswegs überzeugend. Festnageln wollen wir die stolze Erklärung des Stadtrats Selberg, daß Berlin durch seine Schulärzte — ganze 50 für 306 Schulen — ein Vorbild für andere Städte sei.

Den Etat der Polizeikosten nahm Genosse Rosenfeld zum Anlaß, erneut darauf hinzuweisen, wie wenig in Berlin die Polizei durch ihr Verhalten sich die Sympathien der Bevölkerung erwirbt. Auch die Rolle, die sie in neuerer Zeit in dem Kampfe um die Arbeiterjugend spielt, wurde von ihm beleuchtet. Im Anschluß an die Beisehung der Spitzelwirtschaft überreichte Rosenfeld die Photographie des neuesten Spitzels, der das Bock gehabt hat, entlarvt zu werden. Von den Freisinnigen ging auf das ganze Thema niemand ein; sie fürchteten wohl, durch eine Kritik der Polizei „oben“ anzustoßen.

Im weiteren Verlauf der Etatsberatung brachte beim Etat der Rieselgüter unser Genosse Mann zur Sprache, daß den Gutsarbeitern die Feuerungszulage versagt worden ist, weil sie einen Teil ihres Lohnes in Form von Deputat erhalten. Er hat, eine nachträgliche Gewährung zu bewilligen. Auch bezeichnete er es als notwendig, den Rieselwärttern die Löhne aufzubessern. Oberbürgermeister Kirchner antwortete kühl ablehnend. Er stellte sich hiermit in schroffen Gegensatz zu dem, was in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung der Bürgermeister Reide auf eine ähnliche Anregung bezüglich der Feuerungszulage erwidert hatte.

Vor der Schlußabstimmung über den gesamten Stadthaushaushalt erklärte Genosse Bruns für die sozialdemokratische Fraktion, daß sie auch diesmal sich zu einem ablehnenden Votum genötigt sehe. Dieser Etat verfolge, wie die früheren, Prinzipien der Verwaltung, mit denen die Fraktion nicht einverstanden sein könne. Wieder seien in ihm die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung nicht hinreichend berücksichtigt. Die Freisinnigen begleiteten diese Erklärung mit höhnischen Zwischenrufen und nahmen dann in der Schlußabstimmung den gesamten Etat an. Das übliche „Bravo“, das sie sonst als Siegel dahinter zu setzen pflegten, blieb diesmal aus.

Uebrigens war auch die Festsetzung der Gemeinde-Einkommensteuer auf nur 100 Pro. — eine

Leistung, auf die die Freisinnigen sonst immer ganz besonders stolz waren — diesmal sang- und klanglos vorübergegangen. Viel Freude haben sie wohl nicht mehr daran gehabt; sie fürchteten nun selber, daß es das letzte Mal war.

Berliner Verkehr: Post, Eisenbahn, Straßenbahn. Das Postamt 75 wird am 23. März nach Dienstfahrlauf aus dem Hause Krausenstr. 31 nach den neuen Diensträumen im Hause Schützenstraße 53 verlegt. — Osterzüge gehen vom Stettiner Bahnhof vom 30. März bis 15. April nach Reuthehl-Stralsund, Angermünde-Posevald-Stralsund, Ederwalde-Brizeen, Stettin-Velgard, vom Schlesischen Bahnhof nach Brizeen-Jäddendorf als Vorzüge zu Schnell-, Eil- und Personenzügen. Sie verkehren in der Regel 10 Minuten vor den Hauptzügen und erreichen auf den Uebergangsstationen die Anschlüsse sicherer wie die Hauptzüge. Außerdem gehen Personenzüge an verschiedenen Tagen vom Stettiner Bahnhof um 10.45 nach Velgard und 11.24 nach Velgard, Stolp und Danzig. — Die Straßenbahn muß wegen Asphaltierungsarbeiten ihre Linien 58, 65, 66 und 67 vom 25. März an für etwa 3 Wochen vom Nollenmarkt durch die Spandauer Straße und Köpenicker Straße umleiten. Die betriebslos werdende Strecke ist ohne Haltestellen.

An unsere Abonnenten. Wir bitten diejenigen unserer Abonnenten, die ihre Wohnung wechseln, dies rechtzeitig dem zuständigen Spediteur oder der Votenfrau mitzuteilen, damit in der Zustellung des „Vorwärts“ keine Unterbrechung eintritt. Die Hauptexpedition.

Die Benutzung von Diktiermaschinen empfiehlt das Eisenbahn-Zentralamt, welches diese Maschine mit gutem Erfolge versucht hat. In dem Bericht darüber heißt es: In erster Linie bieten die Diktiermaschinen den Vorteil, daß die Aufnahme eines Diktats nicht mehr von dem Vorhandensein und der Vereittheit eines Stenographen abhängig ist. Weiterhin gestatten sie eine jederzeitige Unterbrechung des Diktats und seine Fortsetzung nach beliebig langer Zeit. Aus letzterem Grunde dürften sich die Maschinen namentlich für die Aufzeichnung solcher größerer Schriftsätze (Niederchriften usw.) eignen, bei deren Feststellung auf Akten und sonstige Unterlagen zurückgegriffen werden muß. Infolge dieses günstigen Ergebnisses hat Minister v. Drehtenbach den Eisenbahndirektionen nahegelegt, Versuche mit der Diktiermaschine zu machen.

Die umgetauschte Hempelstraße. An die Unterschlagungen bei der Vorjagwaber Terrain-Aktiengesellschaft erinnert eine amtliche Bekanntmachung des Amtsvorstehers von Wittenau. Bekanntlich hatte der Direktor Hempel von der genannten Gesellschaft große Unterschlagungen begangen und sich dann das Leben genommen. Nach H. war aber seinerzeit eine Straße in Wittenau benannt worden und nach Bekanntwerden wurde allgemein der Wunsch laut, die Hempelstraße umzutauschen. Dies ist nunmehr geschehen und der Amtsvorsteher von Wittenau teilt mit, daß die ehemalige Hempelstraße nunmehr Ernststraße heißt.

Der Jahrmarkt in der Petersburger und Barfchauer Straße ist auch in diesem Jahre reichlich besichtigt. Vor allem haben Böttcher, Stelmacher und Thüringer Steingutwarenhändler ihre Waren aufgestellt.

Von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet. Beim Aussteigen auf der Strecke wurde in der vergangenen Nacht ein noch unbekannter Mann von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet. Ein Zug, in dem unter anderem auch mehrere Sachkengänger saßen, blieb in der Höhe des Wilhelmufers auf der Ueberführung stehen, weil er keine Einfahrt in den Leichter Bahnhof hatte. Einer der Leute glaubte, daß er schon eingelaufen sei und auf dem Bahnhof halte. Er stieg aus und war gerade dabei, sein Gepäck aus dem Abteil heranzuziehen, als sich der Zug wieder in Bewegung setzte. Der Mann erkannte jetzt seinen Irrtum und lief neben dem Zug her, um ihn auf dem Bahnhofs wieder einzuholen. Hierbei aber wurde er von einem anderen Zuge gefaßt, überfahren und auf der Stelle getötet. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. Die Persönlichkeit des Verunglückten konnte noch nicht festgestellt werden.

In vergiffen verfauchten sich gestern infolge finanzieller Bedrängnisse der Musiker Paul Piesch und seine Geliebte, eine Arbeiterfrau Schulz, in der Gartenstr. 35. Beide nahmen beträchtliche Mengen Sublimat und wurden in besinnungslosem Zustande aufgefunden. Man schaffte sie nach einer Inzuffation und pumpte ihnen den Magen aus. Jetzt liegen sie im Krankenhaus Noabit in bedenklichem Zustande danieder.

Eine Straßenräuberin treibt gegenwärtig im Südosten der Stadt ihr Unwesen. Die Unbekannte, eine etwa 18jährige Frauenperson, macht sich an Kinder, die zum Einholen fortgeschickt worden sind, heran und beraubt sie in der raffiniertesten Weise. Unter anderem sprach sie die achtjährige Tochter des Saitenwebers Koch, Welterstr. 41, die sechs Mark in Papier eingewickelt in der rechten Hand hielt, an. Sie fragte die Kleine, was sie in der Hand trage, und als das Kind Auskunft gab, überreichte sie ihm eine Handtasche und ließ sich das Geld geben. Nur eine Mark gab sie dem Mädchen wieder zurück. Die Tasche, die die Räuberin einem anderen Kinde fortgenommen hatte, enthielt ein leeres Portemonnaie. Die dritte Diebin hatte sich auf diese Weise der verräterischen Tasche aus einfachste entledigt.

Im Feuerungsloft verbrannt. Das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalles wurde der Maschinenheizer Robert Felsch, Weihensee, Eisastraße 69 wohnhaft. F. war bei der A. E. G. in der Guttenstraße beschäftigt. Er hatte am Feuerraum zu tun und wollte den Feuerungsloft reinigen. Von unten rief er seinen Kollegen zu, nicht einzusehen, doch war die Warnung nicht gehört worden. Während F. nun im Kessel reinigte, wurden oben glühende Kohlen eingeschüttet. Sie fielen auf F. und dieser wurde am ganzen Körper schwer verbrannt. Der Kopf, das Gesicht und die Brust wurden dem Kernstein fürchterlich zugerichtet. In bedenklichem Zustande mußte der Schwerverwundete nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Beim Fischen tödlich verunglückt ist der 59 Jahre alte Vater Wilhelm Grulms aus der Blumenstr. 46. Grulms half vor einigen Tagen bei einem Umzug in der Kaiserstr. 41. Als ein Wagen zum Torweg hinausfuhr, beging er die Unvorsichtigkeit, neben ihm herzugehen, anstatt das Pferd vorn am Jügel zu führen. So geriet er zwischen Wand und Wagen und wurde so stark gequetscht, daß er jetzt im Krankenhaus am Friedrichshain seinen Verletzungen erliegen ist.

Ein Kindesmord ist in Groß-Lichterfelde entdeckt worden. Beim Waffern der Steglitzer Straße fand ein Invalide vor dem Grundstück Nr. 77 mitten auf dem Bürgersteig ein Paket. Er öffnete es und fand zu seinem Entsetzen die stark mit Blut besudelte Leiche eines neugeborenen Kindes darin vor. Er machte sofort der Polizei von seinem Fund Mitteilung. Die Untersuchung der Leiche durch den Polizeiarzt ergab, daß das Kind ermordet worden ist. Im Munde des Kindes steckten mehrere blutdurchtränkte Wattebausch und am Hals waren Bürgermerkmale deutlich sichtbar. Ferner wurden an der Leiche Spuren, die von einem stumpfen, schweren Instrument herzurühren scheinen, wahrgenommen. Demnach ist das Kind erwürgt und erschlagen worden. Die Nachforschungen nach der Mörderin waren bisher ergebnislos. Der Mord kann nur wenige Minuten vor der Auffindung am Fundort niedergelegt worden sein. Das Paket enthielt außer der Leiche ein Stück graue Padleinswand,

eine Damenreformhose und etwas graues Padpapier. Die Polizei vermutet, daß das Paket mit der Leiche von außerhalb nach Groß-Lichterfelde gebracht worden ist.

Von der Anklage wegen Vergehens wider die Sittlichkeit freigesprochen wurde der längere Zeit verhaftete Werkmeister Doble. D. war angeklagt worden, sich an seinem eigenen jetzt zwölfjährigen Mädchen seit Jahren vergangen zu haben.

Durch einen Sturz vom Gerüst schwer verunglückt ist gestern nachmittag der 51 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Keppner aus der Prosauer Str. 43. Er arbeitete auf einem Neubau am Kärntner Platz, und hatte auf dem Gerüst am Hofe im ersten Stock zu tun. Infolge eines Fehltritts fiel er in die Tiefe und zog sich einen Bruch des rechten Beines und schwere innere Verletzungen zu. Man brachte ihn nach der Rettungswache in der Köpenicker Straße und von dort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain.

Der Polizeipräsident macht bekannt: Das Fundbureau wird von Abteilung V und die Bearbeitung der Generalien der Fundfachen von Abteilung I vom 1. April 1912 ab abgetrennt. Von diesem Tage ab werden das auf den Landespolizeibezirk Berlin ausgedehnte Fundbureau (Zentralfundbureau) und die Bearbeitung der Generalien der Fundfachen der Abteilung X zugeteilt.

Wegen einer Gasergiftung wurde der 1. Löschzug nach der Lindenstr. 8 gerufen. Bei Anbruch der Feuerwehr war der Mann schon tot. In einem zweiten Fall, der aus der Reichstr. 15 gemeldet wurde, gelang es durch Einflößen von Sauerstoff die Person zu retten. — Wegen eines größeren Preklophenbrandes wurde die Feuerwehr nach der Pitschstr. 18 alarmiert. Dort mußte kräftig gelöscht werden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine Rede gegen die Sozialdemokratie

hat, wie uns mitgeteilt wird, Professor Dr. Georg Dubislav, der Direktor der jungen Herderschule, am Donnerstag, den 14. d. M., bei der Feier der Abiturientenentlassung und bei dem damit verbundenen Eintritt des Gymnasiums in eine Vorklasse vor der ganzen Schule gehalten, deren Anfang etwa wie folgt gelautet haben soll:

„Meine lieben Schüler! Zum erstenmal werden aus dieser Anstalt an dem heutigen Tage Abiturienten entlassen, die nun in das Leben treten und nicht mehr in Schutze der Schule stehen. Das ist ein erster und bedeutender Augenblick, und da möchte ich Ihnen noch einmal an das Herz legen, daß gerade in der Großstadt tausend große Gefahren der jungen Menschen harren. Da sind vor allen Dingen die Sozialdemokraten, jene vaterlandlosen Gesellen, die die heiligsten Güter unserer Nation betrachten, und die für die Taten und das Schaffen unserer Väter nur Spott übrig haben. Schämten und betrachten müßte ich mich, wenn ich mit einem Sozialdemokraten an einem Tisch sitzen würde. Die Luft, die sie atmen, ist verpestet. . .“

Welchen Widerhall diese Worte bei einem Teil seiner Schüler gefunden haben mögen, zeigt am besten die Kritik, die einer derselben an die Bemerkung seines ehemaligen Lehrers knüpft. Der junge Mann schreibt uns:

Hunderie von Schülern lauschten andächtig den erregten Worten des Keinen, alten Herrn, der dann noch vom Rednerpult aus Eugen Richters Ansichten über die Sozialdemokratie zitierte. Hunderie von jungen, begeisterungsfähigen und warm schlagenden Herzen nahmen gläubig auf, was ihr berechter Direktor sagte. Und doch — da war etwas, was sie nicht verstehen konnten. Stimmen denn die Worte des Direktors überein mit den Lehren jenes Nazareners, von dem ihnen immer so viel in der Religionsstunde erzählt wurde und der doch sagte: „Liebe Deinen Nächsten“? In einer Stunde, in der zum letztenmal der Lehrer zum Schüler spricht, in der junge Menschen aus dem sicheren Hafen der Schule und des Elternhauses auf das ungewisse, stürmische Meer hinaussegeln, und die ihm daher heilig sein müßte, hält er eine konservative Agitationsrede! Man denke sich nur in die Seele der Abiturienten hinein, denen diese Feier eine Weisestunde ihres Lebens bedeutet. Im goldigsten Lichte erstrahlte ihnen die Zukunft; sie möchten so gern einige freundliche Worte darüber hören. Anstatt sie beim Lebetwohl noch herzlich zu ermahnen, tüchtige Männer zu werden, die ihren Platz im Leben ausfüllen, beschimpft der Direktor seine politischen Gegner. Natürlich wurde auch hier der alte Adolatenkniff wieder benutzt, die Hypothesen von Eugen Richter als Tatsachen hinzustellen und sie als Grundlage für Folgerungen zu benutzen. Der Herr Direktor kann sich das leisten, denn die Schüler, die ja noch kein eigenes Urteil haben können, glauben es bedingungslos. Wie kann es auch möglich sein, daß der Direktor ihnen etwas Solches sagen kann?!

Amüsant ist es, wenn Herr Professor Dubislav die Sozialdemokraten „vaterlandlose Gesellen“ nennt; er, der das weit verbreitete „Elementarbuch der französischen Sprache, Ausgabe B“ mit Vorkurs versehen hat, das im Zeichen der Franzosenhymnenmerke steht. In ihm wird Frankreich und sein Patriotismus verherrlicht; ja, es enthält sogar Gedichte, die die Kinder auffordern, für Frankreich zu leben und die sich für französischen Kanonendonner begeistern. Solche Herzen pachten den Patriotismus nur dann, wenn es nötig ist, während die Sozialdemokraten, die das Ribbelungsgold der „heiligsten Güter unserer Nation“ heben und wahren wollen, ihn besitzen!

Es bedurfte also nicht erst des reifen Urteils eines im Sturm des Lebens erprobten Mannes, um die Mahnworte des Professors Dr. Georg Dubislav an seine Schüler richtig zu bewerten. Daß des Herrn Direktors Worte eine solche Entgegnung von einem seiner Schüler ausgelöst haben, wird den Herrn gerade nicht befriedigen.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung genehmigte in ihrer Sitzung vom Mittwoch zunächst entsprechend dem Antrage des Ausschusses die Vorlage betreffend Uebernahme einer Garantie für den Krüppel-, Heil- und Fürsorgeverein für Berlin-Brandenburg. Es handelt sich um die Uebernahme einer Garantie für die Verzinsung und Tilgung einer Amortisationshypothek von 1 350 000 M., welche der Verein aufgenommen hat, im Verhältnis von 8000 zu 62 500 M.

Einen großen Teil der Sitzung füllte die Besprechung von Petitionen aus. Die Petitionen sind meist rein persönlicher Art. Von allgemeinem Interesse ist eine Petition betreffend Errichtung eines Pfandbriefamtes, die dem Magistrat als Material überwiesen wurde, eine Petition des Verbandes für handwerkliche und fachgewerbliche Ausbildung der Frau betreffend Gewährung eines Vorkurses, und eine Petition von Hausbesitzervereinen gegen den Strophenhandel. Auch diese Petitionen gingen als Material an den Magistrat. Von den Vorlagen interessiert besonders die betreffend Bewilligung von Beiträgen für die Jugendpflege, der die Versammlung mit Ausnahme der Sozialdemokraten zustimmte. Für unsere Fraktion erklärte Genosse Richter, daß wir nach wie vor Gegner der Vorlage sind, da es sich nach einer Erklärung des Kultusministers nur um die Unterstützung von solchen Vereinigungen handele, die auf nationalem Boden ständen. Wir



hätten keinen Anlaß, Mittel zur Bekämpfung unserer eigenen Jugendorganisation zu bewilligen.

Eine Reihe weiterer Vorlagen wurde Ausschüssen überwiesen. In nichtöffentlicher Sitzung beschloß die Versammlung dann noch, dem Kammerer und dem Stadtkassier neben dem etatsmäßigen Gehalt vom 1. April 1912 ab eine persönliche Ruhegehaltsfähige Zulage von je 2500 M. zu bewilligen. Dieser von allen Stadtverordneten mit Ausnahme der Sozialdemokraten gestellte und vom Magistrat befürwortete Antrag wurde von den Sozialdemokraten aus prinzipiellen Gründen bekämpft. Unsere Genossen konnten sich nicht damit einverstanden erklären, daß acht Tage nach Abschluß des Etats plötzlich die Gehälter von Magistratsbeamten einzeln und allein aus dem Grunde erhöht werden, weil man fürchtet, daß sie sich sonst um Stellen in anderen Gemeinden bewerben könnten.

Im Grunewald erschossen hat sich gestern morgen der 66 Jahre alte frühere Bergarbeiter Moritz Schroterberger aus der Schillerstraße 49. Schroterberger verunglückte in Eisenbüchsen, wo er als Bergmann beschäftigt war und zog sich eine Lähmung des rechten Armes zu. Seitdem erhielt er Rentenunterstützung. Er zog jetzt zu einer Witwe Müller in der Kantstr. 119. Vor sechs Wochen heiratete er diese und zog mit ihr und deren vier erwachsenen Kindern nach der Schillerstraße. Gestern früh ging er nach dem Grunewald und schoß sich in der Nähe des Luftbades eine Kugel in den Kopf, die ihn sofort tötete. Spaziergänger fanden dort später seine Leiche und brachten sie nach dem Schauhaufe in Schildhorn.

### Wilmerdorf-Palensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Am Mittwoch ging die zweite Lesung des Etats vor sich. Der Führer der konservativen-nationalliberalen Mehrheitsfraktion, Stadtverordneter Dröse, gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß in der Frage der Erhöhung des Steuerzuschlages auf 110 Proz. auch der Magistrat zurückgewichen ist und es wie in den beiden letzten Jahren bei 100 Proz. belassen will. Auch empfand Herr Dröse das Bedürfnis, eine Unflugthat, die er vor vier Wochen bei der ersten Lesung des Etats begangen hatte, ein wenig abzuschwächen. Damals wollte er zur Erparung von Gemeindeforschulbauten die Klassen stärker belegt wissen; und diese menschenfreundliche Absicht hatte dem konservativen Herrn einen Protest der Lehrerschaft des Ortes eingebracht. In der Steuerfrage scheint die Mehrheitsfraktion aber doch nicht durchweg die Stimmung des Herrn Dröse zu teilen, denn ein anderer namhafter Vertreter dieser Fraktion, der rechtsnational-liberale Professor Dr. Leidig, meinte etwas bekommen, daß die gegenseitige Eifer sucht der Groß-Berliner Gemeinden vom liebel sei und ein Zusammenwirken angestrebt werden müsse. Bekanntlich ist der Mißerfolg einer nach dieser Richtung gegebenen Anregung wesentlich dem Widerstande der Wilmerdorfer Stadtverordnetenmehrheit zuzuschreiben. Nicht erbaulich war auch ein Streit, der sich zwischen den Herren Dr. Leidig und Dr. Edel entspann. Dieser ist ein Mitglied der kleinen fortschrittlichen Fraktion; und er trat gleich dem Sozialdemokraten Schröder mit guten Gründen dem Verlangen entgegen, daß an dem von der Stadt Wilmerdorf übernommenen Joachimsthalschen Gymnasium eine Vorschule errichtet werde. In seiner Besessheit hielt Dr. Leidig dem Fortschrittler vor Augen, daß in Berlin, wo seine Partei im unbeschränkten Besitz der Kommunalgewalt ist, die parteilamlich verworfene Politik des Vorschulwesens eifrig gefördert wird. Dr. Edel geriet in Verlegenheit und antwortete, daß es in seiner Partei eben nicht üblich sei, sich um das Verhalten der Parteigenossen in anderen Gemeinden zu kümmern; und er kam dann auf den glücklichen Einfall, Herrn Dr. Leidig die Tatsache entgegenzusetzen, daß ja auch die national-liberale Partei im preussischen Landtage unter Friedbergs Führung wesentlich anders handle als die von Wasserzmann geleitete national-liberale Reichstagsfraktion.

Unser Parteigenosse Niesel regelte in seinen Ausführungen zum Etat eine Aeußerung des Stadtverordneten Dr. Heinrich fest, aus der zu entnehmen war, daß die Mehrheitsfraktion sich ungeniert die Entscheidung darüber vorbehält, ob und wie viele Redner der Opposition bei wichtigen Gelegenheiten zum Wort kommen sollen. Niesel wies ferner nach, wie unpraktisch der einzig in Wilmerdorf geübte Brauch ist, den Etat nicht einem besonderen Ausschuss zu überweisen, sondern aus der ganzen Versammlung drei Ausschüsse zu bilden, die dann die von ihnen durchberatenden Abteilungen einem Sonderausschuss zu überweisen haben. Weiter betonte er, daß die Anstellung eines Stadtschulinspektors durchaus notwendig sei und forderte hierin sogar bei dem Stadtverordneten Leidig Zustimmung. Nachdem Niesel dann davon gewormt hatte, die durchaus nicht günstige Finanzlage der Stadt zu verschleiern, recurrierte er das Bestreben, an sozialpolitischen Einrichtungen zu sparen und oberhalb den von der Wodeanstalt zurückzubalten. In dieser Hinsicht ist der Magistrat nicht von Schuld freizusprechen. Die Mehrheit benutzte nämlich den Umstand, daß genaue Pläne noch nicht ausgearbeitet sind, sowohl die für die Wodeanstalt ausgeworfene Summe als auch die für den Rathausbau und für den Bau einer Leichenhalle in den Etat gestellten Positionen vorläufig zu streichen. Unser Parteigenosse machte weiter den Magistrat auf die Ungehörigkeit aufmerksam, daß in Wilmerdorf Heimarbeit und Portiers nicht der Versicherungspflicht unterstellt sind, wohngegen in Charlottenburg und Schöneberg für sie gestellt werden muß; auch rügte er das den Arbeiterturnern gegenüber beliebte Verfahren.

Wir erwähnen noch, daß mit einer Stimme Mehrheit eine von dem Demokraten Rall gestellte Resolution Annahme fand, in der dem Magistrat nahegelegt wurde, endlich dem Bockott der Frauen in der Armenpflege entgegenzutreten. Nach mehr als fünfständiger Beratung fand die zweite Lesung des Etats ihr Ende.

In geheimer Sitzung stimmte die Versammlung einem Antrage des Stadtverordneten Pumpsun zu, ihn von seinem Mandat zu entbinden.

### Schöneberg.

Der nächste Vollunterhaltungsabend findet am Sonntag, den 24. d. M., abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Veltiger Str. 48 statt und ist dem Komponisten Richard Wagner gewidmet. Mitwirkende sind: Frau Claire Duz, Igl. Hofopernsängerin; Frau Dr. Boerlage-Reher, Opernsängerin; Frau Reher-Geinze, Opernsängerin; Fräulein Alice Kugnitz, Konzertsängerin; Grenzbausch-Frauenchor, Solistin Fräulein Paula Straube; Herr Willi Merkel, Opernsänger; Herr Alexander Schwarz, Komponist und Kapellmeister; Herr Robert Erben, Kapellmeister. Eintrittskarten a 30 Pf. sind zu haben in der Expedition, Martin-Luther-Str. 69 und in den konsumtiven Apostel-Paulus-Str. 40 und Ebersstr. 25, sowie an der Abendkasse. Kassenöffnung 4 1/2 Uhr.

### Dannsee.

Die am Mittwoch stattgefundene Gemeindevorstandswahl in der dritten Klasse hat eine endgültige Entscheidung noch nicht gebracht. Es hat Stichwahl zwischen dem bisherigen Vertreter, Baumeister Koppo, und unserem Genossen Maurer Wilhelm Jungermann stattgefunden. Der Termin zur Stichwahl wird noch bekannt gemacht. Parteigenossen, agitiert eifrig, dann können wir auf den Sieg rechnen.

### Ober-Schönebeck.

Die letzte Gemeindevorstandswahl hatte sich in der Hauptsache mit dem Etat für 1912 zu beschäftigen. Die Schwierigkeit, ohne eine Erhöhung des Einkommensteuereinzuschlages den Anforderungen der Lehrer, Beamten und Arbeiter in bezug auf Gehalts- und Lohnregulierung gerecht zu werden, wurde dadurch behoben, daß eine Summe von circa 20.000 M. für diesen Zweck bereit gestellt wird, welche sich aus den Ueberschüssen eines Grundstücksverkaufs an die Benzin-Lagerungsgesellschaft und Erhöhung des Einkommensteuereinzuschlages zusammensetzt. Ueber die Verwendung soll die Stadtkommission nach Erledigung einer von der Lehrerschaft gegen

die Gemeinde anhängig gemachten Streitfrage beraten. Der Antrag unserer Genossen auf Anstellung des schon längere Zeit durch Ortsrat vorgezeichneten besoldeten Schöffen führte zu erregter Debatte, wozu wesentlich die ablehnende Haltung des Gemeindevorstandes beitrug, der einmal mit einem juristischen Hilfsarbeiter auskommen glaubte und andererseits ein unliebsames Zusammenarbeiten befürchtete. In der Abstimmung wurde der Antrag mit 11 gegen 7 Stimmen angenommen. Beim Titel „Armen- und Gesundheitswesen“ wurde der durch den Genossen Rauh begründete Antrag auf Eingazuehung von Frauen angenommen. Beim Titel „Vollschulwesen“ wurde erstmalig ein Betrag von 500 M. für Jahrspflege der Schulkinder eingestellt, wobei in Aussicht genommen ist, zunächst bei den Neueingekommenen Untersuchungen und eventuell Behandlungen vorzunehmen. Beim Titel „Gemeindefriedhof“ wurde der Antrag des Genossen Rauh auf Abschaffung der Gebühren für Reihengräber sowie ein weiterer, der jetzt geltende Einkommensgrenze für Gebührensbezugung von 600 M. auf 1500 M. heraufzusetzen, abgelehnt. Ein gleiches Schicksal widerfuhr dem von Genossen Grunow begründeten Antrag auf Streichung der 3500 M. betragenden Kirchenbüchsen. Die Beihilfe an den Vaterländischen Frauenverein wurde gegen die Stimmen unserer Genossen von 500 auf 400 M. erhöht. Der Antrag auf Abendung einer Petition an den Minister um Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen für den Bezirk des Zweckverbandes Groß-Berlin wurde nach längerer Debatte angenommen. Der von unseren Genossen gestellte und auch von anderen Vertretern unterstützte Antrag auf Vermehrung der Zahl der Gemeindevorsteher von 18 auf 24 wurde mit dem Zusatzantrag, die Schöffenzahl von 4 auf 8 zu erhöhen, mit 15 gegen 4 Stimmen angenommen. Die Ortszulagen der Rektoren wurden von 900 auf 1200 M. erhöht. — Mit den Arbeiten einer in Eisenbeton hergestellten Befestigung der Rospirade in der Siemensstraße soll sofort begonnen werden; die definitive Pflasterung der Straße wird jedoch im Hinblick auf große Rohrverlegungen der Stadt Berlin noch hinausgeschoben.

### Mariendorf.

Der Stadtberatung in der letzten Gemeindevorstandswahl gingen zunächst längere Ausführungen des Gemeindevorstandes über den Voranschlag voraus. Danach sind die Finanzverhältnisse der Gemeinde keineswegs günstig zu nennen, wozu die Geschäftsführung des vorhergehenden Gemeindevorstandes nicht unerheblich beigetragen hat. Um nur einigermaßen geordnete Verhältnisse herbeizuführen, bedarf es zunächst einer vollständigen Reorganisation des Verwaltungsapparates. Es ist eine neue Anleihe von einer Million notwendig, wenn anders die Weiterführung der in Angriff genommenen Bauten usw. nicht in Frage gestellt werden soll. Der Gemeindevorsteher betonte weiter, daß trotz der weiter vorgeschlagenen Erhöhung der Gemeindefinanzkraft von 100 auf 110 Proz. und der Erhöhung der Grundwertsteuer der Etat nur mit außerordentlichen Schwierigkeiten balanciert werden konnte. Seinen weiteren Vorschlag, zunächst einmal über den Etat eine Generaldebatte herbeizuführen, lehnte die bürgerliche Mehrheit gegen die Stimmen unserer Genossen ab mit der Begründung: sie kennen eine solche Generaldebatte von früher nicht.

Beim Kapitel 1: Allgemeine Verwaltung, kritisierte Genosse Reichardt, daß bei der notwendigen Sparsamkeit die Ausgaben an Gehältern und Pensionen um 17.470 M. gestiegen seien und verlangte Delegation hierüber. Der Gemeindevorsteher wies darauf hin, daß in diesem Jahre zum ersten Male Pensionen gezahlt werden müssen in Höhe von 8200 M., wovon der alte Gemeindevorsteher allein 6000 M. bezieht. Des weiteren wünscht er die Zustimmung für die Anstellung eines vereidigten Landmessers und eines Sekretärs, der sich nur mit Rechnungswesen und Staatsaufstellungen zu befassen habe. Beim Titel 2 verlangte Genosse Günther die Neuorganisation der Arbeitszeit der Nachwachser, die am Tage noch Vorträge für die Gemeinde verrichten müssen und dadurch eine unmenstrische Arbeitszeit hätten. Der Gemeindevorsteher versprach diesen Zustand abzuheben. Die allgemeine Verwaltung verlangt einen Aufschwung von 53.450 M. — Bei der Einnahme der Kapital- und Schuldenverwaltung stellte Genosse Weber unter Hinweis auf den Turnverein Mariendorf, der von der Gemeinde ein zurückzahlendes Kapital zum Turnhallenbau bekam, den Antrag, dem Arbeiternverein Mariendorf wenigstens eine Sporthalle zu überlassen. Der Gemeindevorsteher lehnte den Antrag mit dem Hinweis ab, daß die Aufsichtsbehörde dem nicht zustimme. — Bei der Armenverwaltung beantragte Genosse Günther, die im verflochtenen Herbst gegebene Kostlandsunterstützung in Gestalt einer zehnprozentigen Zulage auch in diesen Etat einzustellen; das sei bei den heutigen Lebensmittelpreisen das mindeste, was man den Armen bei einer täglichen Unterstützungssumme von 30—40 Pf. gewähren müsse. Außerdem machte Redner die Anregung, daß bei gesünderen Finanzverhältnissen daran gedacht werden müsse, eine gründliche Reform des Armenwohnungswezens, das heute ein geradzweiges jämmerliches, beinahe menschenunwürdiges zu nennen sei, platzgreifen müsse, und zwar durch den Bau eines Spitals. Die Mehrheit stimmte der Beibehaltung der zehnprozentigen Erhöhung zu und erklärte sich auch mit der weiteren Anregung unseres Genossen einverstanden. Bei den allgemeinen Aufwendungen der Armenverwaltung verlangte Genosse Reichardt die Beschleunigung der notwendigen Einführung der Generalvormundschaft. Genosse Weber forderte unter Zustimmung der Mehrheit bei der Unterbringung von Fürsorgezöglingen äußerster Vorsicht und empfahl mit Rücksicht darauf, daß die Gemeinde keinen Einfluß auf das Fürsorgezöglingenswesen habe, die Anwendung der Fürsorgeziehung nur in den allerersten Fällen. Im weiteren verlangten unsere Genossen die Verankerung der Armenkommission während der Ausübung ihres Amtes. Dem wurde zugestimmt. Der Armenetat fordert einen Aufschwung von 35.300 M. — Bei der Schulverwaltung bildete das Reformrealgymnasium Gegenstand einer langen Debatte. Für die geringe Schülerzahl muß die Gemeinde pro Kopf der Schüler nur an Lehrkräften 403 M. ausgeben, so daß die Gesamtkosten ungefähr 1000 M. pro Schüler ausmachen, was nicht weniger als 10 Proz. unserer Gemeindefinanzkraft ausmacht. Wenn der Besuch so gering bleibt, werden später vielleicht Klassen mit 3 bis 4 Schülern vorhanden sein. Die Säbender Vertreter befanden dabei einen sonderbaren Ortspatriotismus, indem sie erklärten: Die Säbender Einwohner säiden ihre Kinder deswegen nach auswärtigen Schulen, weil das Gymnasium nicht mehr in der Nähe des Ortsteiles Säbende gebaut sei. Genosse Weber beantragte hierbei, die Freistellen am Gymnasium von 5 auf 10 Proz. zu erhöhen, damit intelligenten und befähigten Schülern der Gemeindegemeinde der Besuch möglich gemacht werden könne. Dieser Antrag wurde im Prinzip angenommen und dem Kuratorium überwiefen. — Bei der „Vollschule“ verlangte Genosse Weber zunächst die Erhöhung der Position „Jahnschule“ auf 1500 M., um mehr Sorgfalt auf die Jahrspflege verwenden zu können; auch verlangte Redner die Streichung von 849 M. für die Erstellung des katholischen Religionsunterrichts. Während ersteres zur wohlwollenden Berücksichtigung angenommen wurde, lehnten die bürgerlichen Vertreter die Streichung ab. Indessen wurde der weitere Antrag unseres Genossen, die Summe für Beschaffung von Lehrmitteln und Büchern für unbedeutende Kinder auf 500 M. zu erhöhen, nach eingehender Begründung angenommen. — Bei der Fortbildungsschule verlangte Genosse Reichardt, daß der Rechenunterricht auch für ungelernete Arbeiter eingeführt wird. Dem wurde zugestimmt. — Beim Titel „Straßenverbreiterung“ beantragte Genosse Reichardt die Ausdehnung der Ferien auch auf die Straßenarbeiter. Der Gemeindevorsteher versprach nach dieser Richtung eine Revision für alle Gemeindegemeinden. — Bei „Zugemein“ sprach Genosse Reichardt seine Verurteilung darüber aus, daß für die Errichtung des Gewerbegerichts, das im Prinzip zum 1. April d. J. beschlossen ist, keinerlei Ausgaben verzeichnet seien. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß er bei seinem Amtsantritt keinerlei Vorarbeiten vorgenommen und infolge anderer brennender Fragen noch keine Zeit dafür gehabt habe. Er versprach aber die baldige Errichtung, die allerdings die Anstellung eines besoldeten Schöffen notwendig machen würde. — Bei der Steuerverwaltung stimmte die Vertretung der Erhöhung

der Gemeindefinanzkraft auf 110 Proz. zu. Ebenso der Erhöhung auf 3 M. pro Mille des bebauten und auf 4,5 des unbebauten Grundbesitzes. Interessant war dabei die vom Gemeindevorsteher zur Begründung ins Treffen geführte Statistik. Danach haben physische Personen als Einwohner 10,8 Millionen Besitz an Grundbesitz an außerhalb 10,76 Millionen und hiesige Gesellschaften 3,05 Millionen des Grundbesitzes. Dies zeigt, in welcher Weise am Ort Spekulation getrieben wird. Zum Schluß erhob Genosse Reichardt die Forderung, die noch im Orte besonders zur Erhebung gelangenden indirekten Steuern baldigt zu beseitigen.

### Mariensfelde.

Zum besoldeten Gemeindevorsteher wurde in der vorigen Gemeindevorstandswahl der Bürgermeister Dr. Klunzsch aus Briesen in Westpreußen gewählt. Am Mittwoch fand die Beratung und Beschlußfassung über den diesjährigen Etat statt. Von einer Beratung konnte eigentlich nicht gesprochen werden, denn durch den gedruckt vorliegenden Entwurf ging nur ein „Blätterrauschen“. Einnahme und Ausgabe balanciert mit 93.150 M. gegen 94.000 M. im Vorjahre. Es sollen 110 Proz. Gemeindefinanzkraft und 3 M. pro Mille als Grundwertsteuer vom bebauten und unbebauten Grundbesitz erhoben werden. Als Gebühren für die Brauchwasserkanalisation gelangen 4 Proz. des staatlich veranlagten Gebäudesteuermessungswertes zur Erhebung.

### Waldsdorf an der Elbahn.

Zur Stichwahl in der zweiten Abteilung gibt die Bezirksleitung folgenden Befehl: Am Sonntag, den 23. d. M., nachmittags von 5—8 Uhr, findet die Stichwahl zur Gemeindevorstandswahl in der zweiten Abteilung statt. Der sozialdemokratische Wahlverein tritt einmütig für die Kandidaten des Verbandes kommunistischer Vereine, die Herren Grünner und Stewert ein, nachdem sich beide Organisationen über folgende kommunale Programmpunkte geeinigt haben: 1. tunlichste Vermeidung weiterer Steuererhöhungen; 2. keine einseitige Bevorzugung der Grundbesitzer bei der Festlegung der Steuerlasten; 3. Vervollkommen der Volksschule, vor allen Dingen Schaffung besserer Schulverhältnisse in Waldsdorf-Süd, bis dahin Uebernahme des Schülerfahrgeldes auf die Gemeindefinanz; 4. Anstellung von Krankenpflegerinnen und Anschaffung von Kranken-transportmitteln durch die Gemeinde; 5. Regelung der Beseitigung von Müll, Abwässern und Fäkalien; Reinigung und Instandhaltung der Straßen und Plätze durch die Gemeinde. Wir ersuchen deshalb alle Parteigenossen, auch diejenigen, welche aus irgendeinem Grunde bei der Hauptwahl nicht gewählt haben, am Sonntag, den 23. d. M., ihre Stimme für die Herren Grünner und Stewert abzugeben.

### Gernsdorf i. W.

Der Kartoffelverkauf der Gemeinde hat bereits wieder begonnen. Um die Abgabe der Kartoffeln zu beschleunigen, findet die Bezahlung an die Gemeindefinanz statt. Der Preis für 10 Pfund beträgt 0,40 M. Die Abgabe erfolgt bis zu 50 Pfund. Der Verkauf findet nur Mittwoch und Sonnabend vormittag statt.

### Klosterfelde.

Gemeindevorstandswahl in der zweiten Klasse. Die am 17. Februar stattgefundene Gemeindevorstandswahl in der unserer Genosse Bähr in der zweiten Klasse gewählt wurde, hatte bekanntlich die Gemeindevorstandswahl für ungültig erklärt. Am 12. März fand nun die Neuwahl statt, in der auf unseren Genossen Bähr 21, auf die Gegner 21 bezw. 3 Stimmen entfielen. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Stichwahl siegte Genosse Bähr mit 24 gegen 23 Stimmen der Gegner.

### Germendorf bei Oranienburg.

Bei der Gemeindevorstandswahl der dritten Abteilung wurde Genosse Wilhelm Holz mit 28 Stimmen gewählt. Gegner waren nicht aufgestellt. Somit ist die ganze dritte Abteilung durch vier Sozialdemokraten vertreten.

### Schenefeld bei Königs-Wusterhausen.

Bei der Gemeindevorstandswahl der dritten Klasse wurde unser Genosse Karl Drucker mit 53 gegen 7 bürgerliche Stimmen gewählt. Somit zieht der dritte Sozialdemokrat in das hiesige Dorfparlament ein.

### Spandau.

Protest gegen den Waldverkauf. Gegen den beabsichtigten Waldverkauf der Stadt Spandau sowie gegen den Ankauf der Auktionsan der Oberhavel durch die Stadt fand am Mittwochabend in den Dämmerstunden zu Spandau eine vom kommunalen Wahlverein einberufene Protestversammlung statt. Der Referent Damalsche-Berlin verurteilte die Waldverkäufe und die Absicht der Stadt, an der Oberhavel eine Industrieinsel zu schaffen. In der Diskussion wurde auch der Ankauf der Auktions durch die Stadt scharf kritisiert, namentlich die Bestimmung, daß die Stadt beim Wiederverkauf auf jeden Verdienst verzichtet. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der gegen den Waldverkauf und den Ankauf der Auktions Einspruch erhoben wird. Die Bürgererschaft müsse bei solchen Millionenunternehmungen vorher gefragt werden.

Gegen den Ankauf der Auktions wendeten sich auch zwei Zuschriften, die aus Parteikreisen zugegangen sind und in denen dargelegt wird, im Gegensatz zu der von uns veröffentlichten Zuschrift eines Stadtverordneten, daß die Zustimmung zu dem Ankauf der Auktions nicht im Interesse der Bürgererschaft gelegen sei. Einmal sei der Preis ein viel zu hoher und zweitens laufe die Beschlußfassung auf eine Begünstigung eines Spekulantenkonzerns hinaus.

Was die Versammlung des kommunalen Wahlvereins betrifft, in welchem gegen den Waldverkauf protestiert wird, so sei bemerkt, daß unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung mit aller Entschiedenheit sich stets gegen den Waldverkauf gewendet haben.

### Zugendveranstaltungen.

Ober-Schönebeck. Am Sonntag, den 24. März, wird von den Besatzern des Jugendheims das Museum für Weererkunde besichtigt. Treffpunkt: Jugendheim, Marsstr. 2, nachmittags 2 Uhr. Die Eltern der Jugendlichen sowie Freunde der Jugendbewegung sind herzlich eingeladen. Jugendausflug.

### Briefkasten der Expedition.

Lesenden in Berlin, Puch und anderen Heilstätten. Diesen Genossen unterer Abteilungen, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilmittel bleiben, wollen wir wegen der Ueberweisung von Freigangspapieren sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ 11. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Bergarbeiterstreik. — Der englische Bergarbeiterstreik. Von E. Rothstein (London). — Gold, Silber und Wäre. Von R. Gausch. (Schluß). — Zur Vertilgung in Italien. Von Oba Dberg. — Literarische Rundschau: Benjamin R. Ander. Die Stellung des Anarchismus zur Kräftefrage. Von G. Effen. — Zeitschriftenchau.

Beitrag zur „Neuen Zeit“ Nr. 40: Pathologie und Anthropologie in der Kulturgeschichte. Von P. Sommer. Halle. Von Diefendorf. — Wärschau: Alons Verholz, Remoten eines Tages.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Weltanschauung“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Nr. 13 des 22. Jahrganges zugegangen. Aus dem







*Josef*

**JUNO**  
BESTE 2 Pfg. CIGARETTE

**Verband der Schneider und Schneiderinnen**

Nachstehende Firmen haben den Tarif der Herrenschneider nicht anerkannt:

- Adam, S., Leipziger Str. 28
- Albrecht u. Kucharski, Französischestr. 8
- Alber, Spittelmarkt
- Baum, S., Behrenstr. 14/16
- Behrend u. Nahr, Friedrichstr. 166
- Berg u. Zehl, Krausenstr. 3
- Beuger u. Nitta, Charlottenstraße
- Bilker, Unter den Linden 69
- Bloch u. Co., Friedrichstr. 203
- Böbling, Kanonenstr. 1
- Bollmann, Kaiser-Wilhelmstr. 31
- Bort, Markgrafenstr. 89/90
- Böhmert u. Dünker, Unt. d. Linden 13
- Böttcher, Steglitz, Schloßstr. 88
- Braun, Steglitz
- Braun, Harnisch, Französischestr. 49
- Bulle u. Bohmann, Zimmerstr. 49
- Bus, Sigm., Friedrichstr. 10
- Cavanagh, Unter den Linden 3
- Cohn, S., Kaiser-Wilhelmstr. 2
- Cunow u. Co., Friedrichstr. 99
- Dahms, Gebr., Krausenstr. 2
- David, S., Friedenau, Siglindstr. 10
- Dehgan, S., Charlottenburg, Nothmannstr. 40
- Degmann, L., Hegelstr. 96
- Dittmann, K., Friedenau, Hofstr. 5
- Dobbertin, Dresdenstr. 42
- Ebenstein, Unter den Linden 40/41
- Ehrlich, Albert, Mauerstr. 95
- Ehrlich u. Dantz, Mittelstr. 9/10
- Ehrlich, Alexanderstr. 2
- Ehling, Charlottenburg, Kanstr. 145
- Ehrlich, Joh. And. Bahr, Unter den Linden 57
- Engel, S., Klotzstr. 37
- Eppendorf, Französischestr. 62
- Erders u. Dohost, Gertraudenstr. 8/9
- Egner, Charlottenstr. 79
- Fabian u. Ehrlich, Unter den Linden 71
- Faßbinder, Köpenicker Str. 83
- Faßbinder u. Wankmann, Unt. d. Linden 2
- Fischer, Ludwig, Unter den Linden 47
- Fordan, Zimmerstr. 29
- Förder, S., Kurfürstendamm 20/21
- Frank u. Co., Französischestr. 49
- Frank, Heinrich, Markgrafenstr. 67
- Geduldig, Nothmannstr. 9
- Geisel u. Freitag, Volksdamerstr. 13
- Genossenschaft, Ute Nothmann, Kommandantenstraße
- Gerion, Herrn., Werderstr. 5/6
- Goldschmidt, Friedrichstr. 150
- Gollap, Louis, Unter den Linden 15
- Granz, Gebr., Kahl. Luft u. Turfeld, Wallstr. 1
- Groger, K., Alexanderstr. 73
- Griewisch, R., Unter den Linden 53
- Grop u. Karlmann, Nothmannstr. 58
- Grüber, R., Wilhelmstr. 23
- Gründler, Schützenstr. 33
- Gumpert, S., Steglitz, Albrechtstr. 8
- Haensch, Kruppstr. 3
- Hausen, Paul, Grenadierstr. 22
- Hausen, Dr. Dr. Dr., 123
- Hedenberger u. Beder, Unter den Linden 48/49
- Heidrich, Eddine, Leipziger Str. 9/11
- Herz, D., Französischestr. 33
- Herzberg, Gull., Zimmerstr. 24
- Herber u. Jean Jaques, Unter den Linden 33
- Hilmer, Dorosternstr. 54
- Hinkel, Französischestr. 19
- Hofmann, Hermann, Friedrichstr. 50/51
- Holters, W., Dönhofsstr. 41
- Hornuth, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 48
- Hornig u. Co., Nothmannstr. 25
- Hornig u. Wallstr., Unter den Linden 20
- Jankovská, Charlottenburg, Bismarckstr. 9
- Janz, Peter, Französischestr. 49
- Jöns, Ernst, u. Sohn, Charlottenstraße 48
- Jochen-Rub, Unter den Linden 75
- Johannson, Reanderstr. 25
- Jort, Friedrichstr. 113
- Jürgens, Friedrichstr. 216
- Kaßberger, Anhaltstr. 17
- Keller u. Nahr, Friedrichstr. 183
- Kern u. Zähr, Charlottenstr. 88
- Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
- Knebel, Friedrichstr. 30
- Kneubühler, Krausenstr. 60
- Koppel u. Hies, Dorosternstr. 42
- Koppel, R., Kronenstr. 66/67
- Koslovsky, Kanonenstr. 3
- Krause u. Goldt, Mauerstr. 77
- Krause, Französischestr. 52
- Krause, Charlottenstr. 1
- Kremer u. Vogtwardt, Kanonenstr. 10
- Kröber, Char. Lottenburg, Wallstr. 30
- Krause, M., Dramenburger Str. 4
- Kühne, Ch., Friedrichstraße
- Kunz u. Kowitz, Reußische Kirchstraße 3
- Kurtz, Friedrichstr. 153a
- Leop., Unter den Linden 61
- Lewitz, Mauerstr. 2
- Lewitz, Seydlitzstr. 31
- Lewitz, Alexanderstr. 14a
- Liebschütz, Hugo, Unter d. Linden 54/55
- Lindemann, A. u. Westendorf, Joh. Nibel, Dresdenstr. 56
- Lingott, Gebr., Alexanderstr. 67
- Lippmann, Benno, Leipziger Str. 30
- Lubahn vorm Stein, Schadowstr. 4/5
- Lucht, Jägerstr. 69, 2 Tr.
- Lukas Jr., Nothmannstr. 49
- Magnus, Unter den Linden 69 (Krausen)
- Majtas u. Schade, Bellestr. 11
- Maly, Bräderstr. 13
- Maurer, Rud., Friedrichstr. 65a
- Mayer, Freitag, Kahl. Friedrichstraße 36a
- Mehl, Chausseest. 124
- Meyer, Nothmannstr. 9
- Meyhöfer, Friedrichstr. 187/188
- Müller Eddine, Friedrichstr. 85
- Müller, Arnold, Leipziger Str. 95
- Müller, Frig., Str. Frankfurter Str. 65
- Müller, Otto, Dramenstr. 30
- Musa, Friedrichstr. 72
- Nachmann, Alte Schützenstr. 1
- Nielsen u. Thalm, Charlottenstr. 34
- Noe u. Schulze, Unter den Linden 21
- Noel u. Glöppenburg, Gertraudenstr. 25/27
- Old, Moß, Marktgrafenstr. 80
- Oldewitz, Markgrafenstr. 22
- Podomy u. Gerte, Friedrichstr. 211
- Probst u. Lemke, Friedrichstr. 44
- Prübe, Tullenstr. 27
- Prince of Wales, Friedrichstr. 188
- Reimle, Charlottenburg, Baumgartenstr. 1a
- Richter, Franz, Kanonenstr. 6, 1
- Rieschmüller, Köpenicker Str. 5
- Romann, Krausenstr. 4/5
- Rösch, Charlottenstr. 86
- Rösch, Emil, Nothmannstr. 53
- Rüdiger u. Sahr, Nothmannstr. 45
- Rudolf, Gertraudenstr. 10/12
- Rund u. Co., Alexanderstr. 37a
- Schjwabel, Nothmannstr. 53
- Santner u. Hoppel, Charlottenstr. 39
- Schäfer, Alexanderstr. 59
- Schäfer, Krausenstr. 12
- Schalin, Unter den Linden 62
- Schimmel, Königgräber Str. 4
- Schönknecht, Friedrichstr. 167/68
- Schönning u. Lindner, Krausenstr. 35/36
- Schramm, Kochstr. 18
- Schulmeister, Dresdenstr. 4
- Schulte, Joh. Broderick, Krausenstr. 71
- Schulz, Gebr., Markgrafenstr. 46
- Schwarz, Lud., Friedrichstr. 188
- Schubert u. Stors, Mittelstr. 18
- Segal, Leipziger Str. 30
- Selig, Arnold, Unter den Linden
- Sende, Dorosternstr. 30
- Singer u. Lorenz, Jägerstr. 8
- Singh, Markgrafenstr. 75
- Slala, Unter den Linden 10
- Stobinski u. Grünmader, Kochstr. 11
- Stöcher, Karl, Kiefernstr. 26/27
- Steinberg, Joh., Joh. Nibel u. Steinberg, Reußische Kirchstr. 15
- Steiniger, Charlottenstr. 48
- Steiniger, Französischestr. 19
- Steuer, R., Kommandantenstr. 48
- Stier, Karl, Dramenstr. 166
- Stolzberg, Dramenstr. 72
- Zadmann, Jerusalemstr. 9
- Zehl, Unter den Linden 61
- Zollsdorf (Englisch Compagnie), Unter den Linden 66 I
- Zorster u. Sohn, Französischestr. 13
- Zweifel, Werderstr. 6
- Zrubitz, Friedrichstr. 214
- Zunz u. Vogt, Behrenstr. 28
- Zähr, Friedrichstr. 54
- Zandoburger, Friedrichstr. 7
- Zortrefflich, Friedrichstr. 143
- Zarenhaus für Armees und Marine
- Zehnhäuser, Neue Wilhelmstr. 2
- Zentel u. Redlich, Unter den Linden 29
- Zerner, Anton, Charlottenburg, Knebelstr. 88
- Zoll u. Keller, Charlottenstr. 28
- Zoll, R., Leipziger Str. 106
- Zoll u. Sauer, Friedrichstr. 49a
- Zoosmann, D., Französischestr. 46 II
- Zobel, Karl, Kiefernstr. 124
- Zuttermann, W., u. Vogt, Behrenstraße 24

Über die genannten Firmen wird hiermit die Sperre verhängt.

Der Schneider Joseph Gaczarek, Pfaffen Straße 41, fertigt Stelckarbeit an und vermittelt solche. Über dessen Werkstätte wird hiermit die Sperre verhängt.

Die Ortsverwaltung.



Permanente  
**MÖBEL-Ausstellung**  
Bürgerlicher  
Wohnungs-Einrichtungen

von 200 bis 10000 Mark  
Moderne Wohnzimmer  
Moderne Schlafzimmer  
Moderne Speisezimmer  
Moderne Herrenzimmer  
Moderne Salons  
Mod. buntfbg. Kücheneinrichtung.

Vollständige Ausstattung von Pensionaten, Villen, Hotels usw.

Günstige Zahlungsbedingungen. Barzahlung 5% Rabatt!

Beichtigung ohne Kaufzwang erwünscht. Direkter Verkauf an das Privatpublikum. Freie Zusendung durch eigene Gespanne für Gross-Berlin. Gekaufte Möbel können beliebig lange frei lagern. Versand durch ganz Deutschland frachtfrei. Gelegenheitskäufe in gebrauchten und zurückgesetzten Möbeln.

Berliner  
**Möbel-Halle „Norden“**  
Inh. Rich. Thiele  
**128 Invalidenstr. 128**  
Ecke Borsigstraße, vis-à-vis Stettiner Bahnhof.

1. Geschäft: Ackerstrasse 120  
Speicher u. Werkstatt Invalidenstrasse 118.

**Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. b. H., München.**

Bei uns erschienen:

**Süddeutsche Volksbücher:**

**Heft 1: Paul Kampffmeyer:**  
**Weitanschauung und Sozialdemokratie.**  
Aus dem Inhalt: Vom Werden der Weitanschauung — Das Wesen der Sozialdemokratie. — Ethik und Sozialdemokratie. — Religion, Materialismus und Sozialdemokratie.

**Heft 2: Paul Kampffmeyer:**  
**Sozialdemokratie und Kirchentum.**  
Aus dem Inhalt: Kirche und Staat im kirchlichen System. — Vom kirchlichen Staat zum Staatskirchentum. — Die zusammenfassende kirchliche Herrschaftsmacht. — Das vom Staatskirchentum. — Entschieden freie Kirche und freier sozialer Staat. — Religion ist Privatangelegenheit.

**Heft 3: Lothar Engelbert Schücking:**  
**Das Elend der preussischen Verwaltung.**  
Aus dem Inhalt: Bürokratie, Amtsgeheimnis und Amtsverschwiegenheit. — Die Verwaltung durch Konservative und Zentrumsleute. — Die preussische Gemeindeverwaltung. — Demokratie, Kultur und Verwaltung. — Der Zweck des Zweckverbandes. — Zum sozialdemokratischen Kommunalprogramm für Preußen.

Preis jedes Heftes 40 Pf.

Früher erschienen:

**Dr. Fritz Brupbacher:**  
**Kindersegen und kein Ende?**  
Preis 30 Pf.

**Rudolf Franz:**  
**Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt**  
Reich illustriert. Preis 1 M.

**Rudolf Franz: Abrechnung. Politische Versuche.**  
Reich illustriert. Preis 1 M.

**Wilhelm Schröder:**  
**Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage**  
Gebunden Preis 7 M.

*Sparsame Raucher*  
rauchen

**Fehlfarben-Sortimente**  
in Beuteln enthaltend eine Mischung besonders preiswerter Marken!

**Fortuna 10 Stück 60 Pf.**  
**Hansa . . 10 „ 75 Pf.**  
**Exelsior 10 „ 1 00 M.**

**J. Neumann**  
Berlin. Begründet 1850. Hamburg.  
**Cigarrenfabriken.**  
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland.  
Fehlfarben sind in Qualität den sortierten Cigarren ebenbürtig.

Auch Teilzahlung!  
Nur **Möbel-Misch** **Stoffe**  
für engl. Damenstoffe „Neuheiten“, Herrenstoffe 140 breit, Nr. 3, 4 M. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.  
Gr. Frankfurter Str. 45/46

**Kenner kauen**  
den durch seine Güte unerreicht dastehenden

**Kapitän-Kautabak**  
General-Vertrieb: Carl Böcker, Berlin O. 27, Grüner Weg 119.

Jeder **Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann**  
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, laufe hier!  
**Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung**  
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66  
Nähe Alexanderplatz. Ute Weinmeisterstraße. am Friedrichshain. (Ringsdorf) am Ringbahn.  
Neu billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßanz., beste Verarbeitung, größte Auswahl.



Stadtverordneten-Verammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, den 21. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorherrschend: Herr Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem ehrenreichen Nachruf für den verstorbenen ehemaligen Oberrealschuldirektor Dr. Marcuse.

In den Ausschuss zur Beratung der Frage wegen Errichtung von Walberholungsstätten usw. sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtv. Koblenzer, Schneider und Dr. Wehl deputiert.

Zunächst wird die Wahl von 8 Mitgliedern in das Kuratorium für das städtische Rettungswesen vorgenommen. Gewählt werden Stadtv. Hammerstein, Landsberg, Sachs (A. L.), Dr. Gelpke, Dr. Ritter (Fr. Fr.), Dr. Wehl, Koblenzer (Soz.), Dr. Haack (A. L.).

Hierauf beginnt die Beratung des Stadthaushaltsplans für 1912.

Stadtv. Bruns (Soz.) referiert namens des Stadtschulrates über die Spezialrats Gemeindeschulen, Polizeikosten, Feuerlöschwesen, Straßenreinigung, Park- und Gartenverwaltung, Märkisches Museum, Stadtbibliothek, Gehälter der Magistratsmitglieder, Personalbesoldungsetat, Ruhegehälter, Statistisches Amt, Verwaltung der Rathäuser und städtischen Bureaus, Geschäftsbedürfnisse und Projektkosten.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Da wir in der Schuldeputation dank der Regierungspolitik nicht vertreten sind, können wir Wünsche und Klagen bezüglich des

Gemeindeschulwesens

nur bei Gelegenheiten wie diesen zum Vortrag bringen. Es sind ja in der letzten Zeit manche Verbesserungen eingetreten, viele davon nur auf Drängen von unserer Seite, nachdem sie vorher verächtet und bespöttelt worden waren. Im Etatsauschuss haben die Frage des Schularztdienstes und die Misere der Mietschulhäuser nicht die gebührende Beachtung gefunden. Von einer Heberfahung der Schulärzte soll angeblich keine Rede sein; nur zweimal im Jahre häuften sich die Arbeiten, sonst hätten sie fast nichts zu tun. Der Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte für 1910 und 1911, erstattet von Sanitätsrat Paul Mayer namens des Vereins Berliner Schulärzte, schließt mit dem Hinweis darauf, daß das Arbeitsmaß der Schulärzte stark zugenommen habe und über den ursprünglichen Rahmen weit hinausgewachsen sei; er betont, daß es notwendig sei, die Zahl der Schulen, die einem Schularzte überwiesen sind, herabzusetzen. Das klingt doch anders, als was im Ausschusse vom Magistratskommissar befundet worden sein soll. Zurzeit sind 50 Schulärzte tätig, jeder hat 4520 Kinder zu besichtigen (Hört! hört!). Jeder Schularzt hat 673 Schulanfänger zu untersuchen gehabt; 48.333 Schüler standen unter schulärztlicher Bewachung, es kommen also auf jeden Arzt 666. Ichner haben die Herren noch für die Hilfschulen, für die Nebenklassen usw. Funktionen einzulösen. Daß bei so umfangreicher Tätigkeit für unsere Schuljugend nicht viel herauskommen kann, ist einleuchtend. Es ist Pflicht der Schulverwaltung, gerade jetzt, wo die Zahl der Schüler etwas zurückgeht, für Reform zu sorgen und diese Last für den einzelnen Schularzt möglichst zu reduzieren; die Erfolge werden dann nur noch besser werden. — Wir halten uns ferner verpflichtet, die Mietschulmiserie noch besonders zur Sprache zu bringen, weil sie auch in den vom Berliner Lehrerbund herausgegebenen Protokollen eine Rolle spielt. (Aha!) Ich nehme deren Angaben keineswegs unbesiegt hin, ich kenne auch die darauf erfolgte Kritik des Magistrats. Aber es bleibt doch charakteristisch, daß auch die Lehrer an diesen Mißständen nicht glauben vorübergehen zu können. Es bestehen jetzt 5881 Schulklassen, von denen

492 Klassen mit 19.000 Kindern hausen in Mieträumen,

die ursprünglich für Wohnungs- oder gewerbliche Zwecke eingerichtet waren. Im letzten Sommer waren etwa 22 von insgesamt 804 Schulen in Mieträumen. Es gibt tatsächlich Schulen, die seit mehr als zehn Jahren in Mieträumen untergebracht sind, und die auch jetzt keine Aussicht haben, in eigene Gebäude zu kommen. Der Norden hat im Seitenflügel des Hauses Panstraße 7 nicht weniger als 26 Jahre lang eine Mietschule beherbergt; man kann also sagen, daß ganze Generationen ihre Schulzeit in unzureichenden Räumen zugebracht haben; normal eingerichtete Schulstuden, einen freien Schulhof haben die betreffenden Kinder überhaupt nie kennen gelernt. Im vorigen Jahre hat die Schulverwaltung dem Magistrat den Vorschlag in Höhe von fünf Millionen dargelegt; davon sprach der Magistrat schon drei Millionen, die Versammlung auch noch 800.000 R. In diesem Jahre sind 4 Millionen im Magistrat an Beiräten gestrichen; der Etatsauschuss sprach nichts mehr, weil wirklich zu streichen nichts mehr übrig blieb. Kann nun in solchen Räumen ein gedehnter Unterricht erteilt werden? Die Gesundheit der Schüler muß da erheblich leiden (Widerspruch); fragen Sie nur die Schulärzte. Und ganz bedenklich sieht es mit der Feuericherheit. Auch mit der Heizung sieht es bisweilen schlimm aus; in der Kolonnenstraße mußte eine Mietschule in diesem Winter der strengen Kälte wegen auf längere Zeit geschlossen werden! Die Ursache des Mißstandes liegt zum Teil auch in der Vandalenart der Förderung der Schulbauten durch unsere Bauverwaltung. Vor einigen Jahren hatte Stadtrat Rudow einen Plan aufgestellt, miedelie Grundstücke unter Berücksichtigung der der Bebauung noch zu erschließenden Gegenden die Stadt sich zu Schulhäusern sichern müßte. Was in der Beziehung seitdem geschehen ist, weiß ich nicht, aber die Stadtverwaltung sollte doch nicht erst darauf warten, bis Polizei und Regierung einschreiten. Die Mehrheit der Versammlung handelt in diesen Fragen fiskalisch; nicht von der Notwendigkeit, sondern vom Kostenpunkt läßt sie sich leiten. Das kann unseren Verfall nicht finden; ich bedauere, daß wir hier in der Öffentlichkeit darauf verweisen müssen. Sie müssen die Initiative ergreifen, dem

Ende der Mietschulen

ein Ende zu machen. Den Lehrern kann man es wirklich nicht übel nehmen, wenn sie bedauern, daß unsere Berliner Schulverwaltung an einem Mangel an Großzügigkeit und einem Ueberfluß an engbergiger Bürokratie leidet. (Oho!) Berlin, dessen Schulverwaltung so viel gepriesen wird, hat sich noch große Mühe zu geben, um nur hinter dem Durchschnitt nicht zurückzubleiben.

Stadtrat Rudow: Das System der Schulärzte befindet sich in Berlin auf einer Höhe wie in sehr wenigen Kommunen Deutschlands. Die Zahl der Kinder für einen Schularzt sollte nach der ursprünglichen Annahme 5000 betragen. Seit 1900 ist die Zahl der Schulärzte vermehrt worden und gleichzeitig die Zahl der Schüler zurückgegangen, also hätte die Schuldeputation keine Veranlassung, die Zahl der Schulärzte weiter zu vermehren. Die Schulärzte gehen tatsächlich manchmal zu weit. Es wurde z. B. von ihnen verlangt, die Kinder müßten sämtlich gemogen und gemessen werden; das ist geschehen. Wenn die Kinder aber untergewogen haben, so können doch nicht die Schulärzte den Mangel ausgleichen, sondern nur die Eltern. Die Messung kann auch keinen Maßstab für die Größe der Subjektiven abgeben. Wer soll nun die Wägungen und Messungen vornehmen? Die Ärzte wollen es nicht und die Lehrer können es nicht. — Im allgemeinen ist das Berliner Rüstzeug vorbildlich für die anderen Kommunen.

Stadtrat Rudow: Von 1906 bis 1910 ist die Zahl der Kinder in den Mietschulen von 32.000 auf 21.000 zurückgegangen. Für die im ganzen Reichsbild fehlenden 62 Doppelschulen sind bereits 20 Grundstücke erworben. Von den fehlenden entfallen 13 allein

auf das Gelände nördlich der Ringbahn. Was die Mietschulen betrifft, so sind die Ansprüche der Feuerpolizei in neuerer Zeit so gestiegen, daß wir Mietschulhäuser überhaupt nicht mehr beschaffen, sondern vorziehen werden, die alten so lange zu behalten, bis die Schulen in eigenen Häusern untergebracht werden können.

Stadtv. Barth (A. L.): Am dem Umstand, daß die Sozialdemokraten nicht in der Schuldeputation sitzen, sind wir nicht schuld, wie auch Dr. Wehl anerkannt hat. Er hat denn auch sehr resigniert gesprochen. Die Herren sitzen doch aber in den anderen Verwaltungsdeputationen und kommen da ausgiebig zum Wort und zur Geltung.

Stadtv. Dr. Wehl:

So etwas Ungewöhnliches wäre das Wägen und Messen der Schüler nicht; in England wird es auch so gehalten. Ich höre allerdings davon zum erstenmal. Ich spreche hier nur von der Tätigkeit der Schulärzte nach ihrer jetzigen Instruktion, und da kommen sich die Ärzte nach dem Bericht ihres eigenen Vereins überläßt vor. Gewiß hat das Bestreben, die Zahl der Mietschulen zu verringern, gute Früchte getragen, aber wir sind damit noch nicht zufrieden, wir wollen die Mietschulen in beschleunigtem Tempo vom Erdboden verschwinden sehen. Man muß beizeiten an den Ankauf von Schulgrundstücken und an die Errichtung von Schulhäusern auf Vorrat denken. Die Frequenz ist heute noch immer sehr erheblich; eine Herabsetzung um nur 1 Proz. erfordert schon drei weitere Doppelschulen. Wir Sozialdemokraten sind nie resigniert (Heiterkeit), wir gehen immer drauf und dran. Seit wir die Möglichkeit haben, in der geordneten Verwaltung unsere Wünsche usw. zur Sprache zu bringen, haben wir allerdings nicht mehr nötig, so viele große Reden zu halten; Beweis dafür ist ja die Tatsache, daß wir bereits heute in der zweiten Sitzung die Spezialberatung des Etats zu Ende bringen werden. — Um die Schulleistungen, um die Ferienwanderungen, die Vabereinrichtungen hat sich gerade unser verstorbenen Kollege Vorzmann die größten Verdienste erworben. Gewiß sind wir hier in der Rinderheit und bedürfen Ihrer Zustimmung, aber der Werbestraß der Ideen des Runkipal-Sozialismus können auch Sie sich schließlich nicht entziehen.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Auch ich wünschte, wir könnten die Mietschulen loswerden; aber ihre vollständige Aufhebung wird in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sein. Die Bebauung des Herrn Dr. Wehl, daß Tausende von Kindern in feuergefährlichen und unzulänglichen Räumen unterrichtet werden, kann ich aber nicht ohne Widerspruch lassen. In den Mietschulen mit kleinen Räumen ist auch die Zahl der Kinder verhältnismäßig gering. Die im Rohbau für Fabrikzwecke bestimmte gemessenen Mietschulen sind schon viel geeigneter und wir werden sie erst zuletzt aufgeben. Sämtliche Mietschulhäuser sind von der Feuerpolizei nachgeprüft worden, auch werden immer und immer wieder die sogenannten Feuerproben vorgenommen. Zu Befürchtungen ist keine Veranlassung.

Der Etat der Gemeindeschulen wird nach den Anträgen des Etatsauschusses bewilligt.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Man kann zugeben, daß in den letzten Jahren Mißstände auf dem Gebiete des

Polizeiwesens

in der londonisierten Form wie feinerzeit in Roabit nicht hervorgetreten sind, aber das ist kein Verdienst der Polizei, sondern der Berliner Bevölkerung. Die Stadt Berlin muß über 8 Millionen für die Polizei bezahlen. Herr v. Puitzamer hat in seiner berühmtesten letzten Herrenbauernrede einer Verstärkung der Polizei, auch der Berliner, das Wort geredet und Zusendungen an sie nach Art der Ostmarkenzulagen empfohlen; er hat gleichzeitig die Polizeibeamten aufgefordert, noch schärfer gegen die Bevölkerung vorzugehen; die Polizei in Roabit war ihm noch zu milde vorgegangen. Gegen solche Reuerungen müssen wir hier als Vertreter der Stadt Berlin ganz entschieden Widerspruch erheben. Die Witwe Hermann muß noch heute um das höchste Entschädigung kämpfen, das sie vom preussischen Fiskus verlangt; die Totschläger des Arbeiters Hermann sind noch heute nicht ermittelt. Höchstwahrscheinlich hat sich der Totschläger unter dem Kommando des Polizeileutnants Singer befunden; trotzdem also der Kreis, um den es sich handelt, sehr klein ist, sind die Ermittlungen nach dem Täter erfolglos geblieben. Noch heute geht die Polizei roh und brutal bei Verhaftungen vor. Daß auf den Polizeimachen geschildert wird, daß im Publikum der Glaube herrscht, daß die Schulleute auf den Wachen sich an den Inhaftierten vergreifen, ist in einem Berliner Gerichtskenntnis festzustellen worden. Ganz besonders rücksichtslos geht die Polizei gegen die

Jugendbewegung der Arbeiterschaft

vor. Ein Polizeileutnant ist vom Gericht mit 30 R. Geldstrafe bestraft worden für das an einen jugendlichen Arbeiter gerichtete Wort: „Galt's Maul, a grüner Lämmel!“ Wegen den von uns eingeschickten Jugendauschuss wird dieselbe Polizeivillfür ausgesetzt; der Jugendauschuss sollte durchaus als politischer Verein gebrandmarkt werden, während er nichts weiter als belehrende Vorträge für die Arbeiterjugend veranstaltet. In gleicher Weise wird gegen das „Jugendheim“ für die Arbeiterschaft vorgegangen. Überall greift die Polizei ein und sucht die Arbeit in diesen Vereinstätigkeiten zu stören. Die Behandlung der Arbeiterturnvereine durch die Polizei ist bekannt. Das Reichsgericht hat ausgesprochen, daß bei Schulentlassenen das Verlangen eines Unterrichtserlaubnisbescheines von dem Turnlehrer unzulässig ist; dennoch fährt die Polizei mit ihren Drangsalierungen gegen diese Turnvereine und ihre Lehrer unentwegt fort. Als Kollege Hoffmann bei den Jugendlichen einen Vortrag halten wollte, hat der Polizeipräsident auch bei Hoffmann angefragt, ob er auch einen Unterrichtserlaubnisbeschein hätte. Hoffmann entgegnete, er antwortete prinzipiell nur auf schriftliche Anfragen; diese Anfrage unterblieb, aber auch Hoffmann wurde das Abhalten von Vorträgen untersagt! Soweit geht der Polizeipräsident; er setzt sich einfach über unser höchstes deutsches Gericht hinweg, ebenso wie die preussische Unterrichtsverwaltung, obgleich dies Verhalten direkt ungesetzlich ist. Freilich ist der Polizeipräsident nur das ausführende Organ der Potsdamer Aufsichtsbehörde, aber auch er darf doch nichts Ungeheures tun und müßte sich weigern, derartige Anordnungen auszuführen. Aber nichts davon. Wir müssen gegen solches Verhalten der Polizeiverwaltung Widerspruch erheben. — Die Polizei kann auch das Institut der Polizeibrigaden schlimmerer Art noch immer nicht entbehren. Einer dieser Vertrauensmänner der Polizei ist erst vor kurzem nach zweijährigem Gefängnis aus der Strafanstalt entlassen worden! Die Fälle, wo unschuldige Personen wegen Verdachtes des Raubmordes usw. verhaftet wurden, haben sich gehäuft. In dem Falle des Raubmordes der Frau Hoffmann in der Blumenthalstraße wurden zwei Personen verhaftet, die nach langer Unterjuchungshaft wieder entlassen werden mußten, weil gegen sie nicht das geringste vorlag. Sehr böse ist auch die Art und Weise der Vernehmung durch die Polizei in solchen Dingen. Der Gewerkschaftsbeamte Schabel, der fast 60jährige Krankenpfleger Griehl mußten wieder entlassen und das Verfahren eingestellt werden; in den betr. Zeitungsnotizen waren sie aber schon als völlig überführt hingestellt worden! Solche Polizeinotizen sollte die antändige Presse nicht aufnehmen, sondern in den Papierkorb werfen. Daß die Polizei sich auch heute noch der Spitzel im Kampfe gegen politische Parteien bedient, ist erst kürzlich festgehalten worden. Ein Kriminalbeamter Prawitz hatte unter dem angenommenen Namen Reimann 5 Jahre lang an der Redaktion und Expedition anarchistischer Blätter teilgenommen! Ich lege die Photographie dieses angenehmen Polizeibeamten auf den Tisch des Hauses nieder. Solches Verfahren der Polizei ist doch geradezu unerhörte und eine Korruption allerhöchster Art. Wir müssen

aufs entschiedenste gegen die Ausübung der Polizei in Berlin Protest erheben. Wenn die Stadt Berlin die Polizeiverwaltung in Händen hätte, würden solche Zustände doch nicht möglich sein.

Beim Etat der Bauverwaltung gibt auf eine Anfrage des Stadtv. Jumberg (A. L.) Bürgermeister Dr. Reide die Erklärung ab, daß die Vorarbeiten zur Vergrößerung des Bittoriaparks durch einen Teil des Aufmarschgeländes mit allem Eifer gefördert werden.

Bezüglich des Baues eines Stadtbibliothekgebäudes erklärt auf Anfrage des Stadtv. Dr. Lebh I (A. L.) Bürgermeister Dr. Reide, daß aus der Platzfrage jetzt eine Raumfrage geworden sei. Für das Gebäude sei Terrain des Anselnspeichers in Aussicht genommen; es seien prominente Persönlichkeiten über ihre Ansicht betreffs des notwendigen Raumes befragt worden.

Das Referat über die städtischen Werke, Markthallen, Gas- und Speicheranlagen, Straßenbahnen, über den Hoch- und Tiefbau, über die Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke durch Vermittlung von Vereinen, über den Kunstfonds hat Stadtv. Gronewaldt (A. L.) übernommen. Im Gasetat ist der Rabatt für gewerbliches Gas von 250.000 auf 200.000 R. herabgesetzt worden; im Tiefbauamt sollen für Umpflasterungen statt der geforderten 600.000 R. nur 560.000 R. bewilligt werden. Für den Berliner Arbeiter für Obdachlose ist eine Erhöhung des Zuschusses für 1912 von 30.000 auf 40.000 R. infolge einer Petition des Vereins beantragt.

Zum Etat der Kanalisationswerke bemerkt

Stadtv. Mann (Soz.): Die Rieselwärtter sind von der Teuerungszulage ausgeschlossen und empfinden das sehr schmerzlich. Sie fangen mit 2,75 R. Tagelohn an, der von 5 zu 5 Jahren auf 3 und 3,75 R. steigt, daneben haben sie für etwa 30 R. Deputat. Die Gesamtsomme des Jahresverdienstes erreicht nur die Hälfte des für den Bezug der Teuerungszulage bestimmten Maximums, es steigt allerhöchstens auf 1188 R. Noch schlechter als die Rieselwärtter stehen die Tagelöhner und Hofarbeiter da; deren Löhne wurden vor kurzem auf 2 R. im Sommer, auf 1,50 R. im Winter erhöht; aber im Etat waren keine Mittel mehr vorhanden, und sie belamen zunächst nichts. In der Hoffnung, wenigstens die Teuerungszulage zu erhalten, wurden sie getäuscht; auch auf die Lohnerhöhung müssen sie noch bis zum Inkrafttreten des neuen Etats warten. Bis dahin muß durch die Gewährung der Teuerungszulage ein Ausgleich geschaffen werden. Wenn sie auch Deputat haben, so ist ihr Lohn doch so dürftig, und das Deputat, soweit es aus Gartenland besteht, hat in diesem dürren Sommer ihnen nur Arbeit, aber keinen Gewinn gebracht. Ihr ganzes Einkommen ist höchstens auf 800 R. zu berechnen. Die magistratische Auffassung bezüglich des Deputats ist allzu engherzig. Die in der vorigen Sitzung gegebenen gleichen Anregungen wegen des Arbeiterpersönals hat der Bürgermeister freundlich aufgenommen; was für diese zutrifft, trifft doch in noch viel höherem Maße für die Arbeiter auf den Gütern zu.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Teuerungszulage hatte doch den Sinn, daß für die Verteuerung der Nahrungsmittel ein Äquivalent geboten werden sollte; wer aber freie Station hat, wird von dieser Teuerung nicht betroffen, sondern die Stadt hat dafür aufzukommen; er bekommt in den Nahrungsmitteln selbst das, was die anderen in Gehalt der Zulage erhalten. Das Gleiche gilt von jenen, die Deputate erhalten; es würde ungerecht sein, wenn man anders verfahren wollte.

Eine längere Erörterung entsteht beim Hoch- und Tiefbauetat.

Stadtv. Möbler (A. L.) bejährt den Magistrat von neuem, die Befestigung des scheußlichen Monitums des Schwebenbahngeländes in der Brunnenstraße endlich energisch zu bereinigen. Außerdem tritt er nochmals ein für die Führung der Hochbahn in der Schönhauser Allee direkt im Zuge der Brücke über die Ringbahn; man brauche dazu die Brücke nur auf die Breite der Straße zu bringen, was nicht viel koste und die beabsichtigte Einschränkung überflüssig machen würde.

Der Oberbürgermeister gibt die Erklärung ab, daß die Befestigung des Geländes nunmehr ernstlich betrieben werden wird. Stadtbaurat Krause und Stadtrat Alberti suchen darzutun, daß der Wunsch des Stadtv. Möbler betr. die Ringbahnbrücke unerfüllbar ist, zumal eine rechtliche Verpflichtung, sich auf die Verbreiterung einzulassen, weder für die Eisenbahnverwaltung, noch für die die Hochbahn bauende Firma bestehe.

Im übrigen werden sämtliche vorangeführte Einzelrats durchweg nach den Anträgen des Etatsauschusses bewilligt.

Für die Steueretat ist Stadtv. Liebenow (A. L.) zum Berichterstatter bestellt.

Durch die Heranziehung von 4 Millionen aus der Abfindungssumme von 23 Millionen, die die „Große“ an die Stadt gezahlt hat, ist es dem Ausschusse gelungen, noch einmal die Balance im Etat für 1912 ohne Erhöhung der Einkommensteuer über 100 Proz. hinaus herzustellen. Es soll hier bei 100 Proz. verbleiben, dagegen soll auch die im Vorjahre beschlossene Erhöhung der Realsteuern von 150 auf 165 Proz. beibehalten werden.

Eine Diskussion entsteht nicht mehr. Nach den gefaßten Beschlüssen balanziert der Etat in Einnahme und Ausgabe mit 349.902.917 R.

Stadtv. Bruns (Soz.): Meine Freunde lehnen auch in diesem Jahre den Etat ab. (Ahl) und Heiterkeit bei der Mehrheit.) Wir haben sowohl im Etatsauschuss als auch in der Versammlung versucht, den Etat so zu gestalten, wie er unserer Auffassung entspricht; unsere Bemühungen haben leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Der Etat verkörpert aber auch die Prinzipien, nach denen die gesamte Verwaltung geführt wird. Meine Freunde sind mit diesen Prinzipien nicht einverstanden. Sie finden eine Einschränkung der Ausgaben, insbesondere für kulturelle Zwecke, der gesunden Entwicklung der Stadt widersprechend. Auch finden wir die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung nicht in dem uns ausreichenden erscheinenden Maße berücksichtigt, insbesondere nicht in bezug auf die Gesundheitspflege, die Gemeindeschuleinrichtungen und auch in bezug auf die Wohnungsfrage. Diese Erwägungen veranlassen uns, den Etat abzulehnen.

In der Gesamtabstimmung wird darauf der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten endgültig genehmigt.

Ramens des sogenannten Pflasterauschusses erstattet Stadtv. Geride (Fr. Fr.) Bericht über die Vorlage betreffs die Auswahl der im Etatsjahre 1912 neu- oder umzupflasternden Straßen und Plätze. Das Verzeichnis ist diesmal ganz erheblich beschnitten worden.

Stadtv. Jubel (Soz.) führt Beschwerde über die Geldverschwendung, die eine bloße Umpflasterung der Grünauer Straße bedeuten würde, wenn sie nicht gleichzeitig reguliert und der Fahrdamm mit Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse verbreitert wird.

Stadtbaurat Krause: Diese Verbreiterung ist bereits beschlossen.

Stadtv. Jubel: Aus der Vorlage geht das nicht hervor. Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen ohne allgemeineres Interesse schließt die öffentliche Sitzung gegen 10 Uhr. In der nächsten Woche findet voraussichtlich keine Sitzung statt.

Eingegangene Druckchriften.

Die Freien Gewerkschaften in Gesehung und Volkst. Von Dr. Sophie Klammann. 3 R. Dunder u. Dumblot, Leipzig. Die Theorie der Volkswirtschaft. Von R. Kaplow. Deutsch von Dr. W. Rademacher. 253 Seiten. A. Row, Leipzig. „Du sollst ein Segen sein“. Roman eines Lebens von Helene Bött. 520 Seiten. Gutenberg-Verlag, Berlin W. 10. Alkerli Romisches und Jekultisches. Von R. Eckardt. Karl Georgi, Bonn. 1,50 R.



# Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6 Berlin C. Gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passend!

## Anzüge - Ulster - Paletots

21 25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 75 Mk.

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 45 Mk.

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt - Grosse Auswahl - Vorzügliche Passform.

Der neue Frühjahrskatalog wird auf Verlangen gratis und franko zugesandt



An den Sonnabenden bis 9 Uhr abends, Sonntags nur von 12 bis 2 Uhr geöffnet.

## Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 49, bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Gardinen!** Steppdecken! Vorhänge! Tischdecken! außerordentlich billig! Vorwärts! 5 Prozent Rabatt extra! Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Bettdecken, Kissen, etc. etc. Sonntag geöffnet.

**Hermannsplan 6** Pfandleihanstalt. Jedenfalls allerbilligster Wareneinkauf. Kissen, Vorhänge, Teppiche, etc. etc. Sonntag geöffnet.

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Vorwärts! 5 Prozent Rabatt. Sonntag geöffnet.

**Monatsanzüge und Sommerpaletots** von 2 Mark sowie Hosen von 1,50, Bekleidungsstücke von 12,00, Bräutigam von 2,50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu kaum zu billigen Preisen, aus Pfandleihen verlassene Sachen kauft man am billigsten bei Rob. Rindfleisch 14.

**Vorwärts!** erhalten für 10 Prozent billiger, selbst bei Bekleidungsstücken. 11815\*

**Teppiche,** farblich, für halbes Preis.

**Gardinen, Stores,** angehängt, billig.

**Teppiche,** farblich, für halbes Preis.

**Gardinen, Stores,** angehängt, billig.

**Teppiche,** farblich, für halbes Preis.

**Gardinen, Stores,** angehängt, billig.

**Teppiche,** farblich, für halbes Preis.

**Gardinen, Stores,** angehängt, billig.

**Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots** aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Verkaufsbüro Germania, Unter den Linden 21. 12889\*

**Wollen zu Hoch** Casinos und Sigismund Lacrotz, Die wahre Qualität des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 66\* Laden.

**Flischer Teppichhaus,** gegr. 1884, Potsdamerstraße 109. Spotbillige Kissen, Vorhänge, Teppiche, etc. etc. Sonntag geöffnet.

**Wollwaren,** Woche 1,00, billige Preise. Große Frankfurterstraße 92, Rindfleisch 14 (Werbung), Rindfleisch 14. 9058\*

**Teppiche (Gardinen),** Steppdecken, Vorhänge, Tischdecken, etc. etc. Sonntag geöffnet.

**Wollwaren,** Woche 1,00, billige Preise. Große Frankfurterstraße 92, Rindfleisch 14 (Werbung), Rindfleisch 14. 9058\*

**Gardinen, Stores,** angehängt, billig.

**Teppiche,** farblich, für halbes Preis.

**Gardinen, Stores,** angehängt, billig.

**Teppiche,** farblich, für halbes Preis.

**Gardinen, Stores,** angehängt, billig.

**Teppiche,** farblich, für halbes Preis.

**Gardinen, Stores,** angehängt, billig.

**Teppiche,** farblich, für halbes Preis.

**Arbeiter-Wohnungen.** Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis, Zinsvergütung, keine Anzahlung, bequeme Abschaltung nach Wunsch der Käufer. Gabelier Tischlermeister, Rindfleisch 14. 11149\*

**Teilzahlung, Möbel** Einrichtung, Stühle und Küche 15 Mark. Berlin, Unter den Linden 21. 11149\*

**Möbelanschaff.** Kellere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 11188\*

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Möbel, Kellere,** Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Große Auswahl jeder Art. Stühle und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interests erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

**Sofa 24,00** Kleiderständer 16,00, Spiegel 8,00, Tischstühle 36,00, ganze Küchenzeile, elegant, 28,00, sofort verlässlich Waldemarstraße 76, Vorderhaus I links. 48/14\*

**Zentrale für Arbeitermöbel** liefert Möbelausstattungen in gediegener Arbeit an Kaufinteressenten auch auf Teilzahlung und bietet Parteimitglieder um Besuch der großen Lager. Niedrige Anzahlung, Zinsvergütung, Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schay, Brunnenstraße 100, Eingang Kankamerstraße.

**Mahagonibüfett,** innen eich, erstklassige Tischarbeit, reich geschnitten; Säulenbüfett, maholam, 185,-, Fabrik Stallstraße 25, am der Hochbahn! 11728\*

**Sofort verlässlich, Händler** verkaufen, hochmoderner Dubodenspiegel, Spiegelkasten, gediegener Herrenschreibtisch, Trumeau, hochlegantes Büfett, Umbau, Herrenschreibtisch, Englische Betten, Chaiselongue, Auszugstisch, Küche, Diwan, etc. etc. Jandorferstraße 4, I. Etage rechts. 439

**Waldschlafflofa 20,00,** Waldschlafflofa, billig, Chausseestraße 74 I. Schiller. 477

**Verlässlich (Händler nicht gemindert!)** moderne Büfett, Küchenzeile, elegantes Büfett, Umbau, Herrenschreibtisch, Englische Betten, Chaiselongue, Auszugstisch, Küche, Diwan, etc. etc. Jandorferstraße 11, vorn I rechts bei Berger. 47/8

**Musikinstrumente.** Pianinos, neue, gebrauchte, muntere Tonfälle, solide Arbeit, dieses Material Teilzahlung. F. Rindfleisch u. Co., nur Potsdamerstraße 31. 47/4

**Bilder.** Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Hochhaus. Weinmeisterstraße 2. 10068\*

**Fahrräder.** Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,-, Holz, Blumenstraße 44. 10038\*

**Fahrrädergelegenheiten.** Motorfahrräder, billig, Rindfleisch 14, Große Frankfurterstraße 14. 45/11

**Eisen-Email-Schildertafel-Brennmeister,** der selbst arbeitet, gesucht. Versierte Kraft mit guten Fertigkeiten, gesunder Arbeiter, wird für einen kleineren kommunalen Beschäftigten nach auswärts gesucht. Anfragen an Direktor Jauernik, Hotel „Saxonia“, Königgräber Straße.

**Tüchtiger Einkäufer frisches Fleisch** für bei hohem Gehalt sofort gesucht. - Vorstellung zwischen 11 und 2 Uhr vormittags.

**Kaufhaus des Westens** BERLIN W 50, Taubentzen-Strasse 21-24

**Kontinentalrad, Herrenfahrrad,** wie neu, 30,00, sowie Damenfahrrad sofort Weberstraße 42, Duergebäude parterre. 46/11\*

**Kaufgesuche.** Zahngelüste, Goldschmied, Platin, Silberabfälle, Stanniol, Quecksilber, Abfallmehlerei Friedrichstraße 139 (Waldenbammstraße). 46/17\*

**Platinabfälle,** per Gramm 5,75 Mark, Gold, Silber, etc. etc. Goldschmied, Platin, Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Zahngelüste, Goldschmied, Platin,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Zahngelüste, Goldschmied, Platin,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Zahngelüste, Goldschmied, Platin,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Zahngelüste, Goldschmied, Platin,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Zahngelüste, Goldschmied, Platin,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Zahngelüste, Goldschmied, Platin,** Silber, etc. etc. Rindfleisch 14. 29555\*

**Patentanwalt Müller, Gütlicherstraße 81. 24398\***

**Kunststofferei von Frau Kolosky** Schlichtentee, Rindfleisch 14. 11149\*

**Patentanwalt Bessel, Gütlicherstraße 81. 24398\***

**Wärzliche! Heinrich Koberl,** Rindfleisch 14. 11149\*

**Wohnungen.** 2 Stuben, Küche, Korridor, Bad, etc. etc. Rindfleisch 14. 11149\*

**Zimmer.** kleines möbliertes Zimmer, etc. etc. Rindfleisch 14. 11149\*

**Arbeitsmarkt.** Tüchtige Arbeiter, etc. etc. Rindfleisch 14. 11149\*

**Stellengesuche.** Tüchtige Arbeiter, etc. etc. Rindfleisch 14. 11149\*

**Stellenangebote.** Tüchtige Arbeiter, etc. etc. Rindfleisch 14. 11149\*

**Verschiedenes.** Tüchtige Arbeiter, etc. etc. Rindfleisch 14. 11149\*

**Stellengesuche.** Tüchtige Arbeiter, etc. etc. Rindfleisch 14. 11149\*

**Stellenangebote.** Tüchtige Arbeiter, etc. etc. Rindfleisch 14. 11149\*

**Verschiedenes.** Tüchtige Arbeiter, etc. etc. Rindfleisch 14. 11149\*

**Stellengesuche.** Tüchtige Arbeiter, etc. etc. Rindfleisch 14. 11149\*